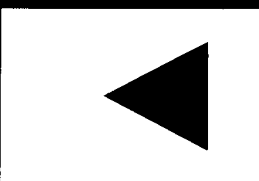
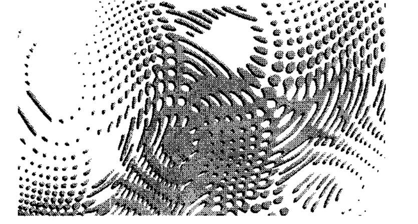
Alter Kaffee – Neue Tassen
Der Fortschritt vernetzt Hannover

Außerdem: Kolumbianischer Werkschutz ▶ Multikulti-Rassismus ▶ Entschleierte Räume ▶ Zapatistische Langsamkeit ▶ Postkoloniales Zimbabwe ...

iz3w 

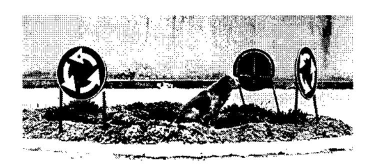
blätter des informationszentrums 3. welt





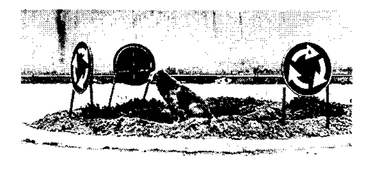
In dieser Ausgabe

Politik und Ökonomie



Schwerpunkt: EXPO

Kultur & Debatte



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

AFRIKA IRREAL

Der Staatsbesuch eines Ministers im Ausland ist meist keine aufregende Angelegenheit. Zum ritualisierten Ablauf gehören rote Teppiche, Phototermine und wohlfeile Tischreden ebenso wie die kungelnden »Hintergrundgespräche« mit den begleitenden PressevertreterInnen, die meist froh sind, dem Redaktionsalltag entfleucht zu sein. Auch der Kurztrip von Außenminister Fischer Ende März durch den afrikanischen Kontinent war da keine Ausnahme. Und dennoch war er in vielerlei Hinsicht aufschlussreich.

Schon die Auswahl der Reiseziele verriet, welches Bild von Afrika im Auswärtigen Amt vorherrscht: Mit Nigeria (Öl) und Südafrika (Importeur deutscher Waffen und Standort deutscher Konzerntöchter) standen die wirtschaftlich interessantesten Staaten auf der Liste, mit Mosambik das Objekt einer zur Zeit des Fischer-Besuches auf ihren Höhepunkt zustrebenden Spendenkampagne. Dabei war alles gut gemeint. Eine »Begegnung auf Augenhöhe« sollte die lange aufgeschobene Afrikareise des Außenministers werden, verkündete das AA vorab und sagte gar der bisherigen »Geber-Nehmer-Mentalität« den Kampf an. Fischer rief dazu auf, »Eurozentrismus und Paternalismus« hinter sich zu lassen. Ob ihm aufgefallen ist, dass seine im gleichen Atemzug ausgesprochene Floskel von der besonderen »historischen Verantwortung Europas« gegenüber Afrika in gewissem Widerspruch dazu steht?

Wohl kaum. Denn Fischer glaubt zu wissen, was für Afrika gut ist. Den von der nigerianischen Regierung geforderten bedingungslosen Schuldenerlass lehnte er (übrigens gegen die Einwände von deutschen Wirtschaftsvertretern) rundweg ab; erst müsse das Land bei der Bekämpfung von Korruption und bei der Demokratisierung Fortschritte machen. Wie Bundeswehr und BGS Mosambik bei der Bewältigung der Flutkatastrophe zur Hilfe eilten, fand der Außenminister so toll, dass er ein »nationales Krisenzentrum« im Berliner Außenministerium einrichten will, um solche Einsätze künftig besser koordinieren zu können. Fischer ist sich auch nicht zu fein, selbst Hand anzulegen: »In einer ärmlichen Lehmhüttensiedlung überreicht der Außenminister ein neues Arbeitsgerät. Eine glückliche Frau bekommt eine Nähmaschine – aber keine aus Europa, die sind zu kompliziert«, so vermeldete es ironiefrei die Frankfurter Rundschau.

Überhaupt, die Presse. Die Berichterstattung über Fischers Reise reduzierte Afrika auf Katastrophen, Korruption, Gewalt und Analphabetismus. Abgesehen davon war allenfalls von Rohstoffen und Exportmärkten die Rede. Besonders erhellend ist, wie über eine Verzögerung beim Abflug Fischers aus Nigeria berichtet wird. Die FR kolportierte genüsslich: »Joschka Fischer kann (...) am Ende froh sein, dass er nach einer Stunde Behördenpoker Starterlaubnis bekommt, ohne sie teuer bezahlen zu müssen. Eine anonyme Flughafenautorität hat dafür von der deutschen Luftwaffencrew 5800 Dollar in bar verlangt. Eine Kraft, die zum Ausstellen einer Quittung autorisiert wäre, ist nicht auffindbar. Erst nach lautstarkem Wortwechsel auf Beamtenebene gibt der Tower grünes Licht...«

In der taz hieß es zu selbigem Ereignis: »Undenkbar, dass kein Benzin für die Maschine eines Staatsgastes da ist. So war es in Nigeria, einem der größten ölproduzierenden Staaten der Welt. Mit vier Stunden Verspätung musste Fischer Richtung Mosambik abreisen.« Wen wundert's da noch, wenn die taz Südafrika als »unafrikanisch« tituliert und dies so begründet: »Nach dem brodelnden Nigeria und dem überschwemmten Mosambik hat die biedere Regierungshauptstadt Pretoria etwas Irreales. Hier funktioniert alles, es gibt genug Benzin und Telefone, es ist angenehm kühl.« In solchen Beispielen wird deutlich, in welchem Ausmaß der afrikanische Kontinent noch immer bloße Projektionsfläche ist. In unserer nächsten Ausgabe *(iz3w Nr. 246)* wollen wir uns dieser Problematik mit einem Themenblock widmen.

Dass der stereotypisierende Blick auf Afrika keineswegs nur auf Negativszenarien verengt ist, zeigt sich bei der bevorstehenden Weltausstellung EXPO 2000. Dort soll den BesucherInnen in Halle 12 unter anderem die »Seele Afrikas« näher gebracht werden. Dazu wird ein großer Obelisk als »Wahrzeichen für die Lebenskraft« Afrikas aufgebaut, und wer mag, kann nach der Besichtigung »über einen Basar bummeln oder sich von einer der zahlreichen Musik- oder Tanzgruppen faszinieren lassen«. Wer hungrig ist, wird in einem »Erlebnisrestaurant« von »einheimischen Spezialitäten wie Kudu, Strauß und Springbock-Steaks« verwöhnt, verspricht die EXPO-Hannover GmbH weiter. Die Welt als exotistisches Panoptikum – so sieht er aus, der kosmopolitane Anspruch einer Provinzgroßstadt, deren größter Stolz bislang vor allem die Scorpions waren, dieser veritable Volkswagen der deutschen Rockmusik. Dass auch wir uns nun der EXPO mit einer Kontroverse *(S.4)* und einem Themenschwerpunkt *(ab S.18)* widmen, ist daher einerseits fast zu viel der Aufmerksamkeit – und andererseits doch gerechtfertigt, denn auch diese EXPO wird auf den Punkt bringen, was uns an der Welt nicht gefällt.

die redaktion

Kontroverse: An der EXPO beteiligen?

► Seit geraumer Zeit wird in der Dritte-Welt- und Umweltbewegung diskutiert, ob man sich an der bevorstehenden EXPO 2000 in Hannover beteiligen soll. Die EXPO-Planer hatten im Vorfeld ausdrücklich zu einem »kritischen Dialog mit der Zivilgesellschaft« aufgerufen, etwa über die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung. Während beispielsweise der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) jede Vereinnahmung durch die EXPO ablehnt und sich »dieser Art von kritischem Dialog« verweigert, versprechen sich andere NGOs von ihrer Beteiligung an der Weltausstellung, dort auch emanzipatorische Inhalte sichtbar werden zu lassen.

Keine Chance dem »Dialog«

von der **Redaktion alaska**

► Darüber, was Daimler-Chrysler, Siemens, Bayer und überhaupt Bundesregierung und Konzerne auf der EXPO machen, besteht wenig Zweifel. Sie stellen sich als die Macher der Zukunft dar und werben für eine Sicht der Welt, in der ihnen wie von selbst die Rolle der Problemlöser zufällt. Das heilige Kapital zieht los und tötet die Drachen dieser Welt. Auf der EXPO stellt es seine Waffen aus und erklärt den Leuten, wo die Drachen leben, wie sie aussehen und wieso sie an allem schuld sind (und nicht etwa die Raubritter, der Zehnt oder die miesen Fürsten). Das ist wichtig, denn Drachentöten kostet Geld und mutet der Welt einiges an Opfern und Unterordnung zu. Aber wer will schon St.Georg mit juristischen Auflagen kommen, mit Artenschutz-Bedenken oder mit der zarten Frage, ob nicht die Drachentöter das Problem sind?

Die EXPO ist ein Großprojekt symbolischer Politik. Ihre Ziele sind klar definiert und werden offen gehandelt. Es geht darum, Akzeptanzbeschaffung für alle Spielarten der Gentechnologie zu betreiben und Kapitalismus und transnationale Konzerne als Segen der Menschheit und Garanten der Zukunft zu präsentieren. »Überzogene« Technologiekritik und falsche »Skepsis« gegenüber »der Wirtschaft« sollen bekämpft und Imperialismus, Rassismus, Patriarchat, ungehemmter Industrialismus und die grotesk ungleiche globale Verteilung des Reichtums aus der Schusslinie genommen werden. Stattdessen werden »Bevölkerungsexplosion«, Gendefekte, wildgewordene Bakterien und eine irgendwie zu klein geratene Erde als die wahren Menschheitsprobleme ausgewiesen. Die Menschen sind auf die Opfer vorzubereiten, die es sie kosten wird, wenn unter Zukunftssicherung weiterhin die Konzentration aller Mittel auf High-Tech und Standortoptimierung verstanden wird.

Die vereinigte Drachentöter Inc. will uns ins kapitalistische Mittelalter zurückführen

Nebenbei soll die EXPO 2000 ein Meilenstein deutscher Normalisierung sein, sprich einer Vergangenheitsbewältigung, die darin besteht, dass man aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und sich wieder ungefähr so benimmt wie 1870. Man muss sich das Ganze wie eine wahnsinnig teure Wahlwerbung vorstellen, nur dass nicht gewählt wird. Und die Möglichkeiten, diesem Projekt dadurch in die Quere zu kommen, dass man daran teilnimmt, sind ungefähr so groß wie die, durch Partizipation, Dialog und »Watching« die Wirkung der CDU-Wahlwerbung zu verändern, nämlich gleich null.

Das heißt nicht, dass jedes der assoziierten Weltweiten Projekte zwangsläufig Mist sein muss. Es heißt nicht, dass die Amnesty-Ausstellung zu Folter und Menschenrechten im Themenpark »Mensch« der Selbstdarstellung der chemischen Industrie, die unter dem Motto »Leben ist Chemie« die Halle dominiert, nicht eine sarkastische Note hinzufügen kann. Es heißt nur, dass man gegen die Kernbotschaften der EXPO nichts unternehmen kann, wenn man sich auf ihre Plattform begibt. Das ist aber das einzige, worauf es politisch ankommt: Sich gegen diese Kernbotschaften zu stellen und den Erfolg des Projektes EXPO so weit wie möglich zu beeinträchtigen.

Für die anderen Wahrheiten, die die EXPO-Botschaft Lügen strafen, wird es keine Halle geben. Etwa dafür, dass sich neue Technologien keineswegs immer nach einer Phase anfänglicher Bedenken bewähren und etablieren – die Atomtechnologie ist ein Beispiel gescheiterter High-Tech, von der heute (fast) allgemein anerkannt ist, dass sie wieder abgewickelt werden muss. Oder dafür, dass in den Lebensstandard-Rankings der UNO relativ »technologieschwache« Länder mit an der Spitze liegen, sofern sie eine verhältnismäßig flache Einkommenspyramide und ein allgemein zugängliches, billiges Gesundheitssystem haben, wie etwa Cuba. Oder dafür, dass aus neuen Durchbrüchen der Gen- und Reprotechnologie, Bevölkerungspolitik, einzelnen Phrasen von der »Einen Welt« und ihrer »nachhaltigen Entwicklung« sowie einem erneuerten männlich-weißen Sendungsbewusstsein ein Herrschaftspaket fürs 21. Jahrhundert geschnürt wird. Kurzum: dass die Welt nicht an der »Weiterentwicklung« des Nordens als Herrschafts- und Gesellschaftsmodell genesen kann, sondern nur an der umfassenden und schrittweisen Abwicklung dieses Modells.

Die bei allen Großprojekten herrschender Politik fällige Prüfung, ob Formen kritischer Partizipation oder des »Dialogs« möglich und sinnvoll sind, fällt bei der EXPO besonders ungünstig aus. Erstens gibt es für Lobbyarbeit von vorneherein keinen Platz, weil die EXPO eine Werbeveranstaltung und symbolische Politik ist – keine UNO-Konferenz oder GATT-Runde, auf deren konkrete Ergebnisse man vielleicht im Detail Einfluss nehmen kann. Zweitens braucht kritische Partizipation autonome Räume, deren Zugang und inhaltliche Grundlage nicht von oben reguliert werden. Diese Möglichkeit eigenständiger Artikulation kann man dann abwägen gegen die unvermeidliche Akzeptanzbeschaffung, die auch mit solchen Formen von Teilnahme einhergeht. Auch hier gibt es bei der EXPO nichts abzuwägen.

Drittens ist der Diskurs, den die EXPO in die Welt posaunt, so tumb und altbacken, dass man sich völlig unmöglich macht, wenn man hier mitdiskutiert. Gab sich herrschende Politik vor fünf Jahren noch Mühe, im Zeichen der nachhaltigen Entwicklung Motive und Versatzstücke der sozialen Bewegungen einzubinden und Herrschaft und Kapitalismus etwas raffinierter zu modernisieren, spielt die EXPO 2000 geistig im 19. Jahrhundert. Markt und Technik werden's richten, gebt uns alles was ihr habt und schließt die Augen vor den Folgen: Es ist finsteres kapitalistisches Mittelalter, in das uns die Vereinigte Drachentöter Inc. zurückführen will, mit den technologischen Waffen des 21.Jahrhunderts allerdings. Hiermit gibt es keinen Dialog zu führen. Die Haltung zur EXPO kann nur lauten: Schafft die Drachentöter ab, und lasst uns unsere Probleme anders lösen.

► **Die alaska** ist die Zeitschrift des BUKO. Ein Heft zur EXPO erscheint im Mai 2000 (Bernhardst. 12, 28203 Bremen, Tel./Fax 0421-72034, redaktionalaska@vobis.net).





Zusammen Kaffee trinken?

Chancen gegen Global Players

von **Eckhard Wittulski**

► Als 1992 das EXPO-Motto »Mensch-Natur-Technik« festgelegt wurde, wurde ausdrücklich auf die beim UN-Umweltgipfel in Rio beschlossene Agenda 21 Bezug genommen. Alle teilnehmenden Staaten wurden verpflichtet, ihre Präsentationen am Thema der EXPO auszurichten – ein Novum in der Geschichte der Weltausstellungen. Die Planungen zur EXPO fanden dennoch mehr oder weniger hinter verschlossenen Türen statt. Nichtregierungsorganisationen waren nur marginal eingebunden, ein öffentlicher Diskurs blieb weitgehend aus. Grund genug für die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke (agl) und GERMANWATCH, sich mit den entwicklungspolitischen Aspekten der EXPO auseinanderzusetzen und das EXPO-Watch-Büro zu gründen. Denn obwohl die Agenda 21 Umwelt und Entwicklung als gleichberechtigte und untrennbare Themen behandelt, zeichnete sich schon früh ab, dass die entwicklungspolitischen Aspekte nur am Rande behandelt werden. Das EXPO-Watch-Büro untersucht gemeinsam mit Kooperationspartnern, ob und inwieweit die Weltausstellung ihrer thematischen Verpflichtung gerecht wird.

Glaubt man den aktuellen Veröffentlichungen der EXPO, so nimmt die Agenda 21 eine zentrale Rolle ein: Ob Länderpräsentationen oder Themenpark – die Konzepte einer nachhaltigen Entwicklung sind allgegenwärtig. Allerdings lediglich verkürzt und als Minimalforderung: Es komme darauf an »Energie zu sparen, (...) gegen den sauren Regen an (zu)gehen, (...) bedrohte Arten (zu) schützen, illegale Mülltransporte (zu) unterbinden« sowie »das Bewusstsein der Menschen durch Erziehung, Ausbildung und Kampagnen (zu) schärfen«. Wer sich mit dieser Beschreibung der Inhalte der Agenda 21 nicht zufrieden gibt, sondern darauf besteht, dass nachhaltige Entwicklung einer grundsätzlichen Umorientierung ganzer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme bedarf und die Situation in den sog. Entwicklungsländern eine besondere Rolle spielen muss, wird von der EXPO enttäuscht.

Hinzu kommt, dass die ausstellenden Nationen zwar auf den Grundgedanken der Agenda 21 verpflichtet sind und entsprechende Präsentationsskizzen vorlegen mussten. Was aber letztendlich ein Land ausstellt, bleibt ihm überlassen. Und so schwankt die Bandbreite zwischen besserer Tourismusbörse und selbstbewusster Leistungsschau. Deutschland scheint da mit schlechtem Beispiel voranzugehen. In Vorbereitung ist eine ehrgeizige Landespräsentation – nicht so ganz im Sinne der Agenda 21.

Präsentationen von Ländern des Südens, z.T. erst ermöglicht durch Zuschüsse aus dem Etat des BMZ, schneiden teilweise besser ab. Über das Programm der Weltweiten Projekte, an denen viele Länder des Südens beteiligt sind, wird zum ersten Mal eine EXPO global stattfinden, werden weltweit zukunftsweisende Ideen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung präsentiert. Das Themenspektrum der ausgewählten Projekte reicht dabei von nachhaltiger Forstwirtschaft und künftiger Energieversorgung bis hin zu sozialen Fragestellungen und urbaner oder ländlicher Entwicklung. Entwicklungspolitische Themen bilden einen besonderen Schwerpunkt. Die Leistungsfähigkeit, aber auch die Probleme der Entwicklungsländer sollen durch Weltweite Projekte bei der Weltausstellung angemessen einbezogen werden, um den partnerschaftlichen Dialog der Gruppen dieser »'einen Welt' zu fördern«, so die EXPO.

Es gibt zwar kein richtiges Leben im falschen, aber ein richtigeres

Die Weltweiten Projekte werden an verschiedenen Orten auf dem Weltausstellungsgelände, z.B. in den Länderpavillons, im Themenpark und im Global House zu sehen sein. Diese liefern, eingebettet im Rahmen eines umfassenden Ansatzes der Agenda 21, der nachhaltigen Entwicklung einen wichtigen Ansatzpunkt verantwortungsvollen Handelns und zeigen auf, dass auf der ganzen Welt eigenverantwortliches Handeln möglich ist. Sie verdeutlichen, dass Lösungsansätze an sich aber oftmals wirkungslos bleiben, wenn nicht umfassende Strukturreformen auf allen Ebenen gesellschaftlichen Handelns folgen.

Es steht zu befürchten, dass der Begriff der nachhaltigen Entwicklung durch die EXPO insgesamt eine weitere Verflachung erfahren wird: Wer Wasser und Energie spart und sich gesund ernährt, handelt noch lange nicht »nachhaltig«. Die EXPO leistet somit dem defizitären Wissens- und Diskussionsstand in Bezug auf die Agenda 21 Vorschub. Damit ist die EXPO aber lediglich das, was viele Weltausstellungen vorher auch schon waren: Ein Spiegel der Welt. Zu diesem Spiegel gehört allerdings, dass Institutionen und Initiativen, die an lokalen und regionalen Lösungsansätzen arbeiten, ihre Projekte vorstellen. Dass sie dies neben den millionenschweren Präsentationen der Industrie tun, gehört für sie leider zum Alltagsgeschäft.

Es gibt zwar »kein richtiges Leben im falschen«, aber ein »richtigeres«. Soll heißen: Auch Brot für die Welt und amnesty international, die ihre Anliegen auf der EXPO präsentieren, aber auch viele umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen und Verbände, die über die dezentralen Projekte an der EXPO beteiligt sind, wissen nur zu gut, dass sie an der Gesamtausrichtung des »Megaevents« nichts Grundlegendes ändern werden. Sie sind aber auch nicht so realitätsfremd, nicht ihre Chance zu sehen und durch Beteiligung zu zeigen, dass es anders gehen kann, als die Global Players es glauben machen wollen. Für viele Projekte aus dem Süden, die vielleicht eine einmalige, wenn auch nur eine kleine Chance haben, hier im Norden wahrgenommen zu werden, war die typisch deutsche Diskussion – »das ist eine Show der Herrschenden, wie könnt ihr euch da beteiligen« – kaum zu vermitteln. Sie sehen die Bühne in Hannover als Möglichkeit, ihre gelebten Entwürfe einer anderen Lebens- und Wirtschaftsweise vorzustellen. Gleiches gilt übrigens auch für einige der an der EXPO teilnehmenden Länder des Südens. Ob dieses Anliegen auch wahrgenommen werden wird, liegt nicht an ihnen. Arrogant, wer ihnen das zum Vorwurf machen will.

► **Eckhard Wittulski** ist Mitarbeiter des EXPO-Watch-Büros (Husarenstr. 27, 30163 Hannover, Tel. 0511/ 394 91 90, www.expo-watch.org)

Schon vergessen?

Zimbabwe und die Kontinuität des Kolonialismus

von **Jochen Müller**

▶ Genau 20 Jahre nach der Unabhängigkeit von Zimbabwe lassen die Medien derzeit wenig Gutes an dem südafrikanischen Land – schon gar nicht an Präsident Robert Mugabe. Er habe die Landbesetzungen gefördert, denen jetzt weiße Farmer zum Opfer gefallen sind. Indem er den Rassenhass schüre, wolle er von der extremen sozialen Misere ablenken, in die er selbst das Land in den vergangenen Jahren geführt habe, und sich den Sieg bei den anstehenden Wahlen retten. Bilder einer aufgebrachten, brutal gegen weiße Farmer vorgehenden schwarzen Landbevölkerung untermalen diese Analysen.

Tatsächlich ist die Situation in Zimbabwe durch eine lange Misswirtschaft geprägt, die nicht zuletzt Mugabe zu verantworten hat. Tatsächlich auch zeichnet sich seine Führung durch eine zuletzt immer ausuferndere Korruption aus – viele der wenigen Begünstigten der sich nur schleppend bewegenden Landumverteilung sind Familienangehörige oder Kader der Staatspartei ZANU. Und tatsächlich wiegelt er die Landbevölkerung gegen »die Weißen« auf, denn erstmals ist sein Wahlsieg ernsthaft bedroht. Unter der Führung des Gewerkschaftlers Morgan Tsvangirai hat sich eine Oppositionsbewegung (MDC) konstituiert, die vor allem in den Städten Rückhalt hat. Sie wird von vielen Weißen im Lande unterstützt – u.a. weil sie sich gegen entschädigungslose Enteignungen ausspricht.

Jenseits der berechtigten Kritik und Empörung zeugen die Reaktionen in Europa jedoch von erschreckender Ignoranz. Wie inzwischen häufig in der Dritte-Welt-Berichterstattung wird auch im Fall Zimbabwe allein die politische Führung für die Krisenerscheinungen verantwortlich gemacht, weil diese sich nicht an die westlichen Spielregeln des Good Governance gehalten habe. Sämtliche weltwirtschaftlichen Bedingungen werden ignoriert. Die Landfrage in Zimbabwe wird lediglich als lokale soziale Krise dargestellt. Dabei geht es hier doch nicht zuletzt um das Verhältnis von weißen und schwarzen StaatsbürgerInnen in der postkolonialen Gesellschaft. Denn die Wurzeln der jetzt entstandenen Dynamik reichen weit in die Geschichte zurück – und das verbietet es, Zimbabwes Problem auf die Figur eines machtversessenen Präsidenten und seiner Clique zu reduzieren. Auf diese Weise wird eine ganze Kolonialgeschichte nebst ihren Langzeitfolgen entsorgt – und das mit rassistischem Unterton.

Dargestellt werden die LandbesetzerInnen nämlich meist in schlechtester kolonialistischer Tradition als wütende, fanatisierte Kinder, die nicht begreifen, dass sie lediglich instrumentaliert werden. Um so »aufgehetzt« zu werden, bedarf es jedoch nicht nur eines Robert Mugabe, sondern Menschen in einer bestimmten Situation, Menschen mit einer Geschichte, mit Überzeugungen und der Bereitschaft, dafür aktiv zu werden. Sie oder ihre Eltern waren es, die bis vor 20 Jahren unter menschenverachtender Diskriminierung und härtester Unterdrückung durch den Siedlerkolonialismus zu leiden hatten und dagegen kämpften. Mit dem Befreiungskrieg und der Unabhängigkeit – Zimbabwe war bis 1980 die letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent – hatten sich für sie Hoffnungen auf ein Leben in Würde und materieller Sicherheit verbunden. Nachdem das Land aber in den 80er Jahren noch als Modell galt – u.a. auch für einen Weg aus dem südafrikanischen Apartheitsregime – waren die vergangenen Jahre durch rapide zunehmende Verelendung großer Bevölkerungsteile geprägt, während eine kleine – schwarze und weiße – Elite im Land die Pfründe unter sich aufteilt. Jetzt reißt vielen der Geduldsfaden.

Mit rassistischem Unterton wird die Kolonialgeschichte entsorgt

Das entschuldigt nicht die teils brutalen Übergriffe oder die Verschwörungstheorien gegen »die Weißen« im Land, gegen die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien und gegen die Oppositionsbewegung. Ebensowenig rechtfertigt es die positive Bezugnahme auf den deutschen Faschismus als quasi stellvertretenden mächtigen Gegner Englands und Frankreichs, der in vielen einst kolonisierten Dritte-Welt-Staaten verbreitet ist und jetzt erneut zum Ausdruck kommt, wenn sich einer der Führer der LandbesetzerInnen den womöglich noch aus den Tagen des Befreiungskrieges stammenden Kampfnamen »Hitler« zulegt, wie es von der hiesigen Presse wiederholt aufgegriffen wurde. Das alles zeigt aber, dass das Trauma einer beinahe 100 Jahre währenden Kolonialherrschaft nicht überwunden ist. Wie sollte es auch – gerade mal zwanzig Jahre danach.

Auf der politischen Tagesordnung steht mit der Situation in Simbabwe also die Geschichte der Dekolonisierung. Für die Gewährung der Unabhängigkeit hatten die meist eher zermürbten als militärisch besiegten Kolonialstaaten weitgehende Zugeständnisse von der Führung der neuen Staaten verlangt. Dazu zählte häufig die Garantie, dass Angehörige der Besatzungsmacht, von denen mittlerweile viele im Land geboren waren, nicht verfolgt oder enteignet würden und eine politische Vertretung erhielten. Ein charakteristisches Beispiel für die damals geführten Diskussionen um die koloniale Hinterlassenschaft ist der Disput zwischen Albert Camus und Jean Paul Sartre um das Schicksal der französisch-algerischen SiedlerInnen nach dem Befreiungskrieg: Camus, selbst in Algerien aufgewachsen, wandte sich gegen eine Trennung der Menschen nach nationaler Identitätszuschreibung, während Sartre darauf bestand, dass alle »Franzosen« Algerien verlassen müssten. Schwer (schon damals), sich eindeutig auf eine Seite zu schlagen. Meist blieb jedenfalls ein großer Teil der »einheimischen Weißen« – und mit ihnen die krasse Ungleichheit insbesondere bei den Landbesitzverhältnissen. Das jüngste Beispiel für diesen Kompromissweg ist Südafrika. Bis heute bewohnen und bearbeiten im ganzen südlichen Afrika und in vielen lateinamerikanischen Staaten große Teile der zu Kolonialzeiten vertriebenen (indigenen) Landbevölkerung die meist wenig fruchtbaren Gebiete oder werden als ArbeiterInnen auf den entstandenen Großgrundbetrieben zu Hungerlöhnen ausgebeutet.

Aus dieser grob erzählten Geschichte ergibt sich keine Lösung für die komplexe und belastete Situation in Zimbabwe. Ihre Betrachtung lässt aber innehalten in der schnellen Be- und Verurteilung. Denn bemerkenswerter als die Landbesetzungen selbst ist eigentlich, dass sie so selten vorkommen. Auch lässt sich vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte erst erkennen, wie unerträglich selbstgerecht und vermessen die Reaktionen in den ehemaligen Kolonialstaaten und ihren Medien daherkommen, wenn aus diesem Munde jetzt moderates, rationales Verhalten eingefordert wird. Und es lässt einen erschauern, wenn der britische Afrika-Staatssekretär Peter Hain Robert Mugabe als »unzivilisiert« beschimpft. Als wäre nie etwas gewesen.

▶ **Jochen Müller** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

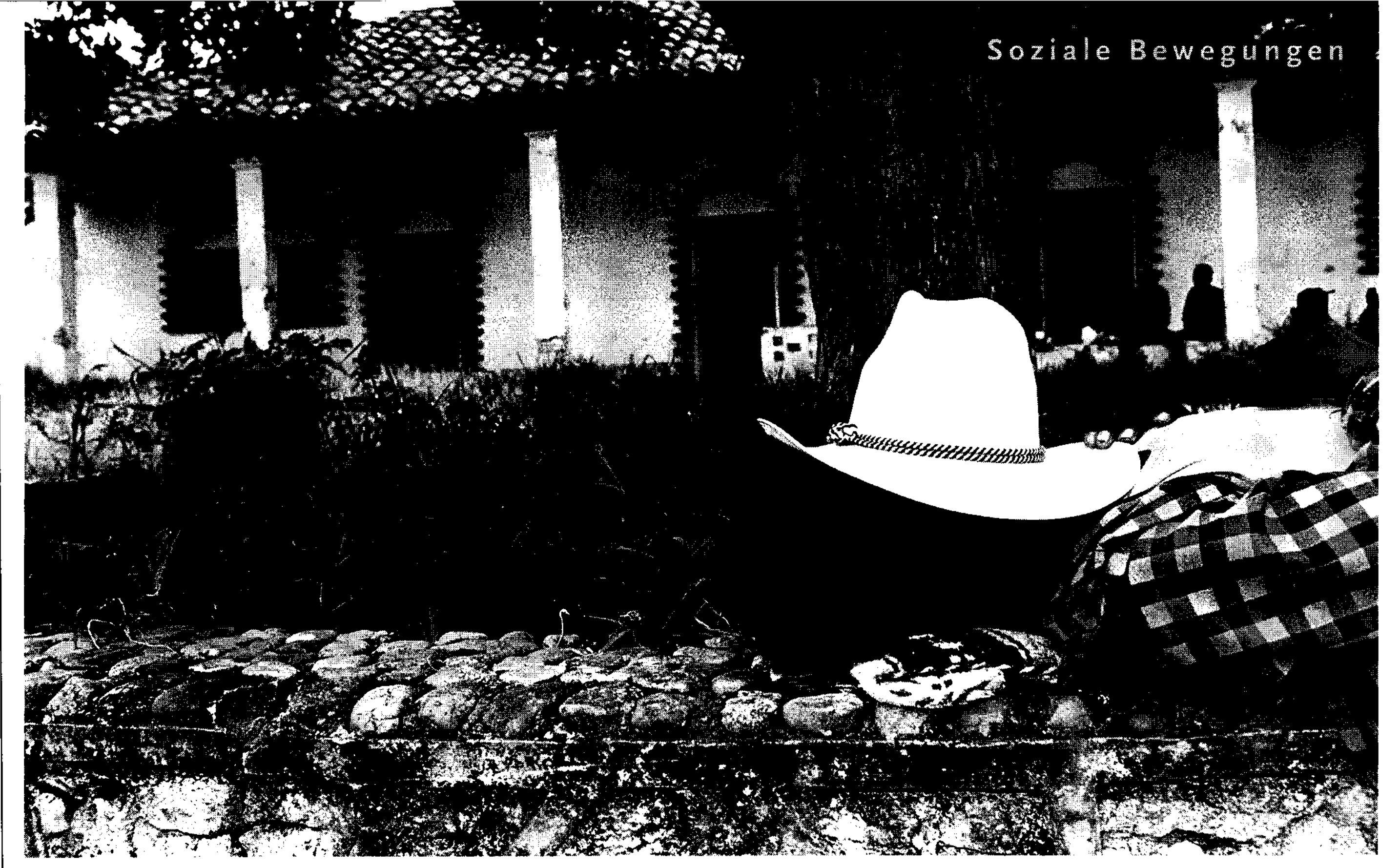


Foto: H. Sachs/version

Was tun, wie solidarisch sein?...

▶ *In unserer Reihe zu weltweiten »Sozialen Bewegungen« stellten wir eingangs die Frage, ob »jede Bewegung nur Politik im Wartestand sei – das bloße Verlangen also, selber mitzutun im Staate« (iz3w 240). Die Zapatistas verneinen diese These. Sie, von denen viele sagen, sie hätten die nun schon seit 20 Jahren geübte Kritik an Befreiungsbewegungen in neue Politikformen umgesetzt, lehnen die Staatsmacht ab. Anders als die meisten Befreiungsbewegungen (vgl. etwa die Kontroverse um die PKK in iz3w 242 und 243) nehmen sie auch nicht Bezug auf die Nation, sondern postulieren einen Universalismus, der sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Grenzen zu überschreiten versucht.*

Jenseits einer bereits artikulierten Kritik am Zapatismus (u.a. iz3w 222 u. 233) stellt Ana Esther Ceceña im folgenden Beitrag noch einmal den Ansatz der zapatistischen Bewegung sowie die Perspektiven vor, die er u.a. für einen neuen Klassenbegriff eröffnet. In der nächsten iz3w-Ausgabe wird dann die Rezeption des zapatistischen Aufstandes in der Solidaritätsbewegung kritisch analysiert.

Im Tempo des Langsamsten

Die neuen Politikformen im Zapatismus

von **Ana Esther Ceceña**

▶ Die zapatistische Bewegung, die sich am 1. Januar 1994 im mexikanischen Südosten erhob, wurde von vielen als eine romantische oder voluntaristische Bewegung interpretiert, die getrennt vom zentralen Widerspruch zwischen den Klassen verlaufe. Roger Bartra etwa schreibt: »Es handelt sich um vereinfachende Ideen von Leuten, die in einer anderen Epoche als der unsrigen leben. Eine dieser alten Ideen ist die der Autonomie, die sich auf die Möglichkeit bezieht, dass sich Gemeinden und Regionen mit hohem indigenen Bevölkerungsanteil in eigenen Formen regieren, die an die ethnischen Besonderheiten der Bevölkerung angepaßt sind. (in: Fractal, Nr. 8, Mexiko-Stadt 1998). Im Gegensatz dazu wird hier die These vertreten, dass die zapatistische Revolution einen wichtigen historischen Bruch kennzeichnet. Sie wird nicht zu unrecht die »erste Revolution des 21. Jahrhunderts« genannt. Der zapatistische Aufstand stellt eine theoretische und politische Herausforderung dar, nicht nur in Mexiko, sondern weltweit.[1]

Das erfolgreiche Auftreten einer indigenen bäuerlichen Bewegung – anstatt der sehnlich erhofften Initiative der Arbeiterklasse – hat viele orthodoxe Linke überrascht und provoziert. In der Linken hatten der Positivismus, wie auch die strukturalistischen Interpretationen der kritischen Analysen von Marx, zu einer Überbewertung des Ökonomischen geführt, aus dem sämtliches individuelle und gesellschaftliche Verhalten in allen Lebensbereichen abgeleitet wurde. Die Fabrik stieg dabei zum Paradigma kapitalistischer Entwicklung auf und Klassen wurden »als solche« definiert. Auf diese Weise können jedoch kapitalistische Verhältnisse nicht als historische verstanden werden, die von vielfältigen Bedingungen in ihrem räumlichen und zeitlichen Kontext abhängen. Die Linke war in der Folge nicht in der Lage, die Vielfalt verschiedener sozialer Bewegungen zuzulassen und versuchte erbittert, diese auf strikte



Stereotypen des sozialistischen Übergangs und des vorherbestimmten revolutionären Subjekts zu reduzieren und festzulegen.

Klasse und Masse

► Die zapatistische Widerständigkeit gegen den Neoliberalismus hebt jedoch die Universalität der Ausbeutungs- und Herrschaftssysteme genauso hervor wie die Universalität der Proletarisierung und den Widerstand dagegen. Sie begreift die diversifizierten und komplexen Arbeitsprozesse und Ausbeutungsformen als Teil eines sich weltweit ausbreitenden Systems. Dieses System kombiniert Geschichten, Erfahrungen, Kulturen, geographische und klimatische Bedingungen mit den konkreten Produktionsbedingungen und neuen Technologien. Vor diesem Hintergrund rühren für den Zapatismus auch die spezifische Zusammensetzung des Proletariats – verstanden als heterogenes, in Widerspruch zum Kapital stehendes Kollektiv – und die Beschaffenheit der jeweiligen Räume, in denen revolutionäre Alternativen entstehen können, aus dem Zusammenspiel aller Dimensionen gesellschaftlichen Lebens.

Das beinhaltet einen neuen Klassenbegriff: Die Klasse stellt demnach nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle Formation dar. Außerdem ist sie von einer Vielzahl von Elementen geprägt, die den Prozess sozialer Reproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft sichern – neben der Produktion materiellen Reichtums auch Wissensformen, Strategien, Unterhaltung, etc.. Daher konstituiert sich die subalterne Klasse auch nicht nur im Gegensatz zu den unterschiedlichen Ausbeutungsbedingungen (Automatisierung, Subkontraktierung, Maquiladoras, informelle Arbeit, intellektuelle Proletarisierung, Heimarbeit, etc.), die als kombinierte Komponenten das globale System prägen. Sie konstituiert sich ebenso in außerökonomischen Herrschaftsverhältnissen, deren Bedeutung in dem Maße zunimmt, wie die direkte ökonomische Herrschaft durch Ausschluss zunehmender Bevölkerungsteile von den Entscheidungsprozessen an Bedeutung verliert. Dies bedeutet umgekehrt aber auch, dass die gegenseitige Anerkennung der Lohnabhängigen und ihre Formierung als Klasse in der Lage sind, Machtnetze und -mechanismen einzureißen.

Die subalterne Klasse befindet sich heute in einem Prozess interner Redefinierung, der Verschiebung von Grenzen und der Gegenüberstellung von Geschichten und Erfahrungen des Lebens und der Arbeit, die es ihr ermöglichen, ein Bewusstsein von sich selbst zu erlangen: als ein heterogenes, sich aber artikulierendes Kollektiv. Die Gewalt und Dimension von Ausbeutung, Herrschaft und Exklusion ist derart groß, dass die Widerstände gegen Ausbeutung gleichzeitig Widerstände gegen das Ganze der Macht sind. Das ist der Moment, in dem gegen Herrschaft in allen ihren Formen gekämpft wird. Auch wenn es für die orthodoxe Linke eine schmerzhafte Geburt wäre, könnte dies ein Ort sein, an dem neue Formen von Politik entstehen.

Die subalterne Klasse existiert nicht im voraus und ist nicht allein aus ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln bestimmt. Sie bildet sich als »Erfahrung« (E.P. Thompson) im Gegensatz zum Kapital heraus. Dementsprechend kann auch das revolutionäre Subjekt nicht als solches existieren, sondern konstituiert sich in der gegenseitigen interpersonalen und interkollektiven Anerkennung. Diese Kultur der Intersubjektivität entsteht in den alltäglichen Widerständen und der Solidarität gegen Exklusion. Sie ist der Raum der Klassenkonstitution und damit der Möglichkeit, dass eine neue Welt entsteht.

Keine Macht der Organisation

► Zentraler Bezugspunkt aller bisherigen revolutionären Bewegungen ist das Problem der Macht: Wer übt Macht aus? Wer ist Opfer? Das Problem der Macht rückte auch in der leninistischen Tradition, die bis heute in den meisten Organisationen der subalternen Klasse vorherrscht, an einen herausragenden Ort. Dabei wurde die kapitalistische Entwicklung, die die industrielle Produktion ins Zentrum stellte, jedoch weniger als Strategie der Aneignung und Monopolisierung verstanden, sondern zum akzeptierten Paradigma von Modernität und Fortschritt. Das autoritäre Konzept einer kapitalförmig organisierten Gesellschaft wurde nicht in Frage gestellt. Die Machtverhältnisse sollten lediglich umgekehrt und gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats gesetzt werden. Dies führte dazu, dass in den Arbeiter-Organisationen die Schemata bürgerlicher Herrschaft reproduziert wurden. Die Revolution reduzierte sich auf ein Ereignis, war kein Prozess. Alle partikularen Forderungen oder jegliche Konfrontation von Ideen wurden zu untergeordneten Bitten, womit sie ihre kreative Kraft verloren und aufhörten, Bewegung zu sein.

Tradition und Realität verbinden sich zur Utopie von einer Welt, in der »viele Welten Platz finden«

Der Kampf um die Machteroberung ist Bestandteil jener Welt, gegen die die Zapatistas kämpfen. Sie beschränken sich nicht auf die Umkehrung der gerade bestehenden Machtverhältnisse, sondern stellen eine Welt in Frage, die auf deren Basis organisiert ist. Was sie die Schaffung einer neuen Welt nennen, setzt ein zivilisatorisches Projekt voraus, das mit den Vorstellungen von einer dominanten Klasse bricht und Herrschaft an sich radikal in Frage stellt. So erfordert der zapatistische Vorschlag einer direkten Demokratie mit seiner Figur des mandar obedeciendo (gehorchend befehlen) die Auflösung der Beziehung zwischen Regierenden und Regierten sowie einen grundlegenden Bedeutungswandel der Aufgabe des »Regierens«. »Gehorchendes Befehlen« macht eine horizontale Struktur der Entscheidungsfindung durch ein heterogenes Kollektiv denkbar. Es stellt eine Neuerung innerhalb des revolutionären Denkens dar und ist eines der attraktivsten Momente des zapatistischen Diskurses. Die Ablehnung einer »Professionalisierung« der Politik und eines Repräsentativsystems, das den Willen der Repräsentierten ersetzt, teilen in Mexiko große Teile der Gesellschaft. Die Zapatistas verstehen politische Führungsrollen nicht abstrakt, sondern erkennen nur solche an, die sich innerhalb des Prinzips des »gehorchend Befehlens« verorten. Es gibt keine Avantgarde, sondern Interessengemeinschaft (comunidad), es gibt keine Partei, sondern Bewegung, Organisierung ist nicht formal, sondern real. Sie entsteht aus Bedürfnissen und Erfahrungen, aus dem Alltäglichen in seinem Verhältnis zu generellen Weltanschauungen, aus der Utopie, die sich aus der Neubestimmung gesellschaftlicher Werte bildet. Eine »revolutionäre Avantgarde«, die die subalterne Klasse besser versteht als sie sich selbst und die es sich zur Aufgabe gemacht hat, eben diese Klasse zu dirigieren, zu organisieren und zu erziehen, ist innerhalb dieser neuen Konzeption von Politik ein Widersinn.

Die Errichtung von Hegemonie (im Sinne Gramscis), wobei Unterschiedlichkeit nicht eliminiert, sondern genutzt wird, stellt den



»Gehorchendes Befehlen« löst repräsentative Politk ab — Foto: H. Sachs/version

Zapatismus – und alle sozialen Bewegungen – vor verschiedene Herausforderungen: sich zu entwickeln, ohne andere zu zerstören (die Zapatistas sagen: caminar al paso del más lento; im Tempo des Langsamsten gehen); langfristige Strategien auszuarbeiten, die gleichzeitig kollektive Praxis sind; keine Vernachlässigung einer demokratischen Gegenwart im Hinblick auf eine gerechtere Zukunft; die Revolution zu machen und sie nicht nur zu theoretisieren, wobei praktische Kreativität aber durch weitgehende und vor allem aufrichtige und respektvolle Analysen und Reflexionen stimuliert werden sollte.

Im Dickicht globaler Möglichkeiten

► Jenseits des proletarischen Internationalismus ist es für die zapatistische Praxis zentral, dass der Kampf gegen den Neoliberalismus nur über weltweites Handeln möglich ist. Er muss von allen Ausgeschlossenen, Diskriminierten und Ausgebeuteten geführt werden, denn Ausbeutung erreicht nicht nur alle Regionen der Welt, sondern auch alle Bereiche des Lebens. Andere Lebensverhältnisse werden unterworfen und an ökonomische Bedürfnisse und Tempi angepasst. Ausgebeutet sind die ArbeiterInnen und ihre Familien, d.h. jene, die aus kapitalistischer Sicht direkt in die produktiven Aktivitäten involviert sind, genauso wie jene, die für den globalen Reproduktionsprozess abkömmlich sind und nicht als produktiv angesehen werden. Menschen sind unter verschiedenen Bedingungen Ausgeschlossene oder Ausgebeutete – immer aber sind sie Ausdruck einer Polarisierung.

Das die Ausgebeuteten von den Zapatisten als »Ausgeschlossene« angesprochen werden, ist nicht zufällig. Während nämlich mehr und mehr Menschen ausgeschlossen werden, sind gleichzeitig die Ausbeutungsbeziehungen durch die diversifizierten Arbeitsverhältnisse immer weniger sichtbar. Die Zapatisten versuchen, solche Machtverhältnisse zu entschleiern und beziehen auch jene Ausgeschlossenen innerhalb von Organisationen ein, die gewerkschaftliche oder Klassenkämpfe führen. Aus dieser Perspektive stellt die zapatistische Stimme den Autoritarismus in seinen vielfältigen Facetten grundlegend in Frage. Ihr Alternativvorschlag geht in Richtung einer partizipativen Demokratie, so wie sie in den indigenen Gemeinden, die das zapatistische Projekt vorantreiben, derzeit wiedergewonnen wird. In den sogenannten autonomen Landkreisen geschieht dies mittels der Schaffung autonomer Räume, um sich zu organisieren und selbst zu regieren. Ihre längerfristige historische Perspektive erlaubt den Gemeinden, andere Formen gesellschaftlicher Organisation zu erahnen, die gekennzeichnet sind durch ein Zusammenspiel einer Kultur der Intersubjektivität mit einer Kultur der Differenz/des Andersseins. Die Gemeinden stärken ihre Praktiken konsensualer Entscheidungen und Beziehungen. Sie lernen, Vielfalt ohne Hierarchien zu begreifen, umfassenden Respekt im Umgang miteinander und ohne eine Avantgarde erste Widerstandsnetze zu weben. Tradition und Realität verbinden sich, um die Utopie einer anderen Modernität zu schaffen, einer »Welt, in die viele Welten passen«.

Die spezifische Kombination der Rebellion von bislang als »anders« Diskriminierten mit der kollektiven Organisierung ohne Vermittlungen und Hierarchien, mit absetzbaren MandatsträgerInnen sowie der Überzeugung, dass die bestehenden Machtstrukturen immer nur das diskriminierende Anderssein reproduzieren, gibt dem zapatistischen Diskurs eine universelle Gültigkeit. Im Gegensatz zur Logik von Wettbewerb und Akkumulation ermöglicht es der Vorschlag, das »Tempo des Langsamsten zu gehen«, das Konsensprinzip zur Basis kollektiver Entscheidungsfindung zu machen. Die Eliminierung des ineffizienten und minderwertigen Anderen, die dem kapitalistischen Wettbewerb eigen ist, wird zur Notwendigkeit des Gegenübers. Diese partizipative Demokratie, die Autoritarismus und Machtverhältnisse zerstört, ist die einzige Möglichkeit, eine universale Interessengemeinschaft aufzubauen, die den neoliberalen Kapitalismus zerstören könnte. Sie eröffnet einen Raum, den der Kapitalismus noch nicht mittels der Legalität des Marktes erobern kann. Hier konstituiert sich ein kollektives Subjekt, das die Negation des objektivierten Individuums darstellt.

Die universale Utopie entwickelt sich aus der Gesamtheit spezifischer Utopien und Widerstände gegen das Subjekt der Herrschaft, das Kapital. Widerstand ist der Weg vom Objekt zum Subjekt. Widerstand ist die Möglichkeit, oder besser: das Dickicht von Möglichkeiten, die aus der Zivilgesellschaft einen Raum der Hoffnung und des Werdens machen – den Raum der Revolution als Erfahrung, der Würde als Lebensform und der Demokratie als generellem Organisationsprinzip. Die Zivilgesellschaft ist schon von sich aus der Ort der Differenz. Sie ist das Laboratorium und der Kern, um eine neue Welt zu schaffen, von der die Zapatistas träumen: Mittels der Respektierung der Differenz und der Möglichkeit aller Unterschiedlichen, mit ihrem Denken, ihrer Kultur, ihrer Erfahrung und ihren verschiedenen Geschlechtern an den kollektiven Entscheidungen teilzunehmen. Darin besteht die radikale Negation der Macht und ihrer Intermediäre. Dies ist das Anzeichen einer »neuen revolutionären Kultur«, die von den Zapatistas und allen anderen »ohne Gesicht« geformt wird.

Anmerkungen:

1 Zapatismus nenne ich eine Strömung politischen Denkens und Handelns, die sich um die EZLN herum formiert. Marcos sagte einmal, dass »es den Zapatismus nicht gibt«, womit er meint, dass er lediglich als Prozess besteht. Zapatismus ist daher weder Partei noch Institution, sondern eine widerständige und kämpfende Bewegung, die sich permanent entwickelt (hier liegt auch das Verständnis des Mottos »fragend gehen wir«; preguntando caminamos).

► **Ana Esther Ceceña** ist Professorin für Wirtschaftswissenschaft an der Universidad Nacional Autónoma de México.

Der gekürzte und bearbeitete Text ist in ganzer Länge erschienen in: U. Brand/A. E. Ceceña: Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999. 327 S., 39,80 DM. Übersetzung aus dem Spanischen: Ulrich Brand.

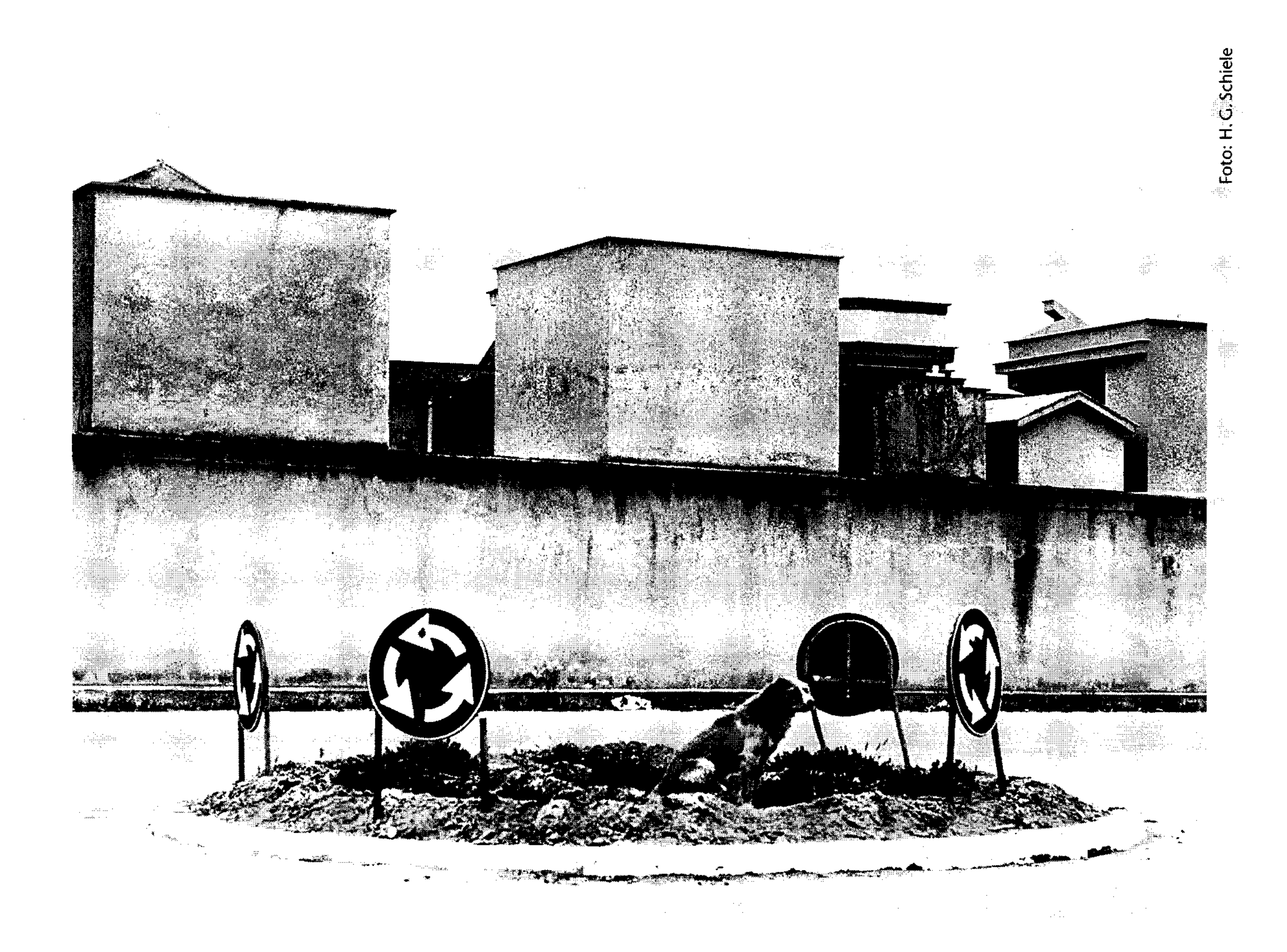


Foto: H. G. Schiele

Offensive des Lächelns

NGOs als Hoffnungsträger neuer Weltpolitik

von **Achim Brunnengräber, Christian Stock und Peter Wahl**

Die Folgen von Globalisierung und neoliberaler Deregulierung haben auch in der entwicklungspolitischen Szene das Bedürfnis nach neuen Formen der Steuerung globaler Entwicklungen geweckt. Dabei gelten insbesondere die Nichtregierungsorganisationen als Hoffnungsträger einer »Weltzivilgesellschaft«, die Globalisierungskrisen effektiver als die Nationalstaaten bearbeiten und bewältigen kann. Den Vertretern von Global Governance-Konzepten gelten NGOs per se als Garanten für mehr Demokratie, Transparenz und Gerechtigkeit. Nach den bisherigen Erfahrungen mit internationalen NGO-Netzwerken und wegen des zugrunde liegenden funktionalistischen Verständnisses von Zivilgesellschaft erscheint dies jedoch zweifelhaft.

► In allen vorliegenden Überlegungen zu den Strukturen einer Global Governance haben die bisher vor allem auf nationaler Ebene tätigen nicht-staatlichen Organisationen und Institutionen einen hohen Stellenwert. Die in Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und NGOs organisierten Interessen sollen ihren nationalen Horizont erweitern und sich globalen Problemstellungen und neuen Allianzen zwischen Verbänden, Unternehmen und staatlichen Institutionen öffnen. Klassische Hierarchien etwa zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren – so verspricht es der Global Governance-Diskurs – sollen dabei abgebaut werden. Dem unterliegt die Hoffnung, dass durch derartige transnationale Verknüpfungen Lösungen für globale Problemlagen zustandekommen, die alle Interessen berücksichtigen und befriedigen können. Diese Hoffnung ist jedoch aus einigen Gründen trügerisch. Vor allem ignoriert sie die erheblichen Unterschiede im Organisations- und Machtpotenzial zwischen einzelnen organisierten Interessen. Diese erscheinen im harmonisierenden Weltbild des Global Governance-Diskurses als gleichermaßen durchsetzungsfähig. So werden etwa Widerstandsgruppen gegen Staudammprojekte auf der einen und Energiekonzerne und Staatsapparate auf der anderen Seite als gleichberechtigte Partner dargestellt, obwohl sie aller Erfahrung nach meist ungleiche Gegner sind.

Die von den Architekten der Global Governance-Strukturen imaginierte »Netzwerkgesellschaft« (Dirk Messner) und die ‚schlan-

In unserer Reihe zu Entwicklungstheorie und -politik nahm sich zuletzt Claudia von Braunmühl des entwicklungspolitischen Trends zu »Globaler Strukturpolitik« an (iz3w 244). Unter diesem Schlagwort sowie dem synonym verwendeten Begriff »Global Governance« werden umfassende neue Konzepte verstanden, die die herkömmliche, in jüngerer Zeit meist neoliberal dominierte Weltpolitik kritisieren und demgegenüber auf transnationale, demokratischere und partizipatorische Politikformen zur Regulierung der Globalisierung und ihrer ökonomischen und ökologischen Krisen setzen. Der Beitrag in dieser Ausgabe knüpft an v. Braunmühls kritische Bewertung dieser gegenwärtig sehr populären Ansätze zu einer Globalen Strukturpolitik an und widmet sich einer Akteursgruppe, der eine besondere Bedeutung für die zukünftige Gestaltung von Weltpolitik zugesprochen wird: den Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

die redaktion

ken' Staaten einer Global Governance sind keineswegs hierarchiefrei, sie sind lediglich durchzogen von komplexeren, dadurch aber auch intransparenteren Strukturen. Netzwerke können nicht schon allein deshalb positiv bewertet werden, weil in ihnen Kooperation zwischen den beteiligten Interessenvertretern stattfindet. Gerade informelle Netzwerke führen oft dazu, dass mächtige Interessen sich leichter durchsetzen können, weil wirksame Regeln und Kontrollmechanismen fehlen. Insbesondere gilt dies für transnationale korporatistische Strukturen, die noch weniger demokratisch kontrollierbar sind, als sie es schon auf nationaler Ebene sind. Beispielhaft belegen lässt sich dies anhand des »European Roundtable of Industrialists« (ERT). In der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, ist der ERT die wohl einflussreichste Lobbyorganisation in Europa. Ihr Ziel ist die Beeinflussung der EU-Politik. In ihr sind 45 Vorstandsvorsitzende nahezu aller großen europäischen Konzerne vertreten. Der ERT strebt die maximale Flexibilisierung von Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetzgebung an und forciert Privatisierungen in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Transport. Bei den aus Mitgliedern des ERT und EU-Politikern gebildeten Arbeitsgruppen, beispielsweise zu Themen wie Telekommunikation oder Gentechnik, werden Gewerkschaften und Verbraucherverbände nicht beteiligt, obwohl dort wichtige Weichenstellungen anvisiert werden. Diese hochorganisierten, finanzkräftigen und professionell geführten Organisationen agieren seit vielen Jahren als Lobbyisten, als Politikberater und Einflussgruppen hinter wie vor den Kulissen der Weltwirtschaftspolitik und setzen die WTO, Weltbank, IWF und andere internationale Institutionen erfolgreich unter Druck.

Like-minded NGOs

► Während also Unternehmensinteressen in internationalen Institutionen durchsetzungsfähig sind, bleiben Sozial- und Umweltverbände schon aus strukturellen Gründen benachteiligt. Sie haben wegen ihrer begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen größte Probleme, reelle Erfolge über seltene Einzelfälle hinaus zu erzielen. Überdies sehen sich z.B. Umweltverbände selbst im Bereich der Umweltdiskussion mit konkurrierenden Unternehmensverbänden wie dem »World Business Council for Sustainable Development« oder der »Global Climate Coalition« (GCC) konfrontiert. Letzterer gelang es, die Position der US-Industrie in der internationalen Klimapolitik durchzusetzen und wirksame Vereinbarungen zur Reduzierung von CO_2-Emissionen zu blockieren. Das zeigt, dass transnationale korporatistische Strukturen nicht erst eingefordert werden müssen. Sie sind schon seit langem ernüchternde Realität.

Der Global Governance-Ansatz reproduziert top down-Vorstellungen von Politik

Wohin transnationaler Korporatismus führen kann, zeigen auch die beiden zivilgesellschaftlichen Beiräte für Gewerkschaften und für Unternehmerverbände bei der OECD. Die Einbindung der Gewerkschaften in die OECD hat im Falle des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) dazu geführt, dass die Verhandlungen zwei Jahre lang unbemerkt von der Öffentlichkeit geführt werden konnten. Es waren Umwelt- und Entwicklungs-NGOs, die die Verhandlungen erst publik machten. Aber auch dann beharrten die meisten Mitgliedsverbände der Beiräte, darunter der DGB, bis zum Scheitern des Abkommens darauf, dass man den vorliegenden Vertragsentwurf »konstruktiv verbessern müsse« und ihn nicht wie die Mehrheit der NGOs »fundamentalistisch« ablehnen könne. Die korporatistische Einbindung hatte dazu geführt, dass Alternativen zum bloßen Mitspielen in den Institutionen aus dem Blick geraten waren. [1]

Auch der bestehende Trend zur Transnationalisierung von Groß-NGOs läuft den von Vertretern einer Global Governance propagierten Zielen zuwider. Vorreiter waren hier einige große und finanziell gut ausgestattete Naturschutzverbände in den USA. Greenpeace International und der World Wide Fund for Nature (WWF) waren von Anfang an daraufhin konzipiert, nach dem traditionellen Vorbild international operierender Verbände nationale Gliederungen auch außerhalb ihrer Herkunftsländer zu etablieren. Programmatik, Organisationskultur und Methoden unterliegen dabei einem gemeinsamen Schema. Ähnliche Expansionsbestrebungen lassen sich bei einigen humanitären Organisationen wie Médecins sans Frontières beobachten. Durch die Transnationalisierung einiger NGOs und NGO-Netzwerke entstehen neue und starke Akteure, die dazu tendieren, Dominanzzentren in der internationalen NGO-Szene zu werden und mit anderen transnationalen NGOs in Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen zu treten. Gleichzeitig reproduziert dieser Prozess das generelle Nord-Süd-Gefälle. Die Möglichkeiten der NGOs aus dem Süden, ihre Interessen zu artikulieren, sind ungleich geringer als die von NGOs aus den Industrieländern (*vgl. iz3w 234*). Nur in Ausnahmefällen und insbesondere in explizit politischen Kampagnen kann es zu beträchtlichem Einfluss von kritischen Süd-NGOs kommen. So ist es z.B. dem Third World Network (TWN) gelungen, in der NGO-Kampagne gegen das MAI eine Führungsrolle zu spielen und auch zahlreiche NGOs aus Industrieländern auf seine Seite zu ziehen. Damit ging auch eine gewisse Radikalisierung der gemeinsam artikulierten Positionen einher. Auch in der Kampagne zur WTO hat das TWN einen starken Einfluss. In jüngster Zeit artikulieren sich verstärkt auch andere Netzwerke aus dem Süden, wie »Focus on the Global South« mit Hauptsitz in Bangkok sowie die Entschuldungskampagne »Jubilee South«, in der vor allem von südafrikanischen NGOs Impulse für eine Stärkung des Südens ausgehen. Allerdings reproduzieren auch diese Trends in der Zivilgesellschaft der Entwicklungsländer die machtpolitischen

Realitäten auf staatlicher Ebene. Das subsaharische Afrika z.B. ist – von Südafrika abgesehen – auffallend unterrepräsentiert.

Lean Management

► Viele NGOs wollen jedoch gar nicht – wie in der Global Governance-Architektur eigentlich intendiert – als politischer Akteur auftreten, der als kritisches Korrektiv oder gar Widerlager zur Regierungsseite agiert. In UN-Sonderorganisationen wie der WHO oder der UNDP spielen NGOs, Fachverbände und Lobby-Organisationen schon seit längerem eher eine Rolle als technische Durchführungsorganisationen, die ehemals staatliche Aufgaben lediglich übernommen haben. Dies gilt vor allem bei Organisationen wie dem Internationalen Roten Kreuz, aber auch für private Träger der Entwicklungshilfe. Neben die durch funktionale Arbeitsteilung zwangsläufig entstehenden Verbindungen treten in einem solchen korporatistischen Verbund meist auch Abhängigkeitsbeziehungen, z.B. durch staatliche (Teil-)Finanzierung. Bei UN-Institutionen, die nicht über nennenswerte Exekutivapparate und Finanzmittel verfügen, existiert auch umgekehrt eine Abhängigkeit von NGOs, auf deren technisch-organisatorische Ressourcen und Expertise sie angewiesen sind. Schon zu Beginn der neunziger Jahre hat daher die Weltbank die Vorteile von technischen NGOs erkannt und eine Vorreiterrolle bei deren Integration in die Politik gespielt. Ziel dieser Integration war u.a., »die öffentliche Anerkennung und Legitimität von Regierungsleistungen zu erhöhen«, wie es in einem Weltbank-Bericht hieß.

Diese Form von NGO-Partizipation kommt nun dem neoliberalen Anti-Etatismus sehr entgegen, dem die Übertragung staatlicher Aufgaben im Bereich Soziales, Umwelt und Entwicklung an private Träger ein prinzipielles Anliegen ist. Zumal NGOs meist kostengünstiger als Beamtenapparate oder kommerzielle Unternehmen arbeiten und den neoliberalen Vorstellungen von »lean management«, »Kundenorientierung« (in der Entwicklungspolitik ist von Zielgruppenorientierung die Rede) und »lean production« sehr nahekommen. Dies erklärt, warum auch in Großbritannien und den USA schon unter konservativen Regierungen technische NGOs eine große Akzeptanz fanden.

Eine in den Global Governance-Konzepten vorgesehene kritische Einflussnahme auf die politische Ebene der Entscheidungen ist in diesem Verständnis von Partizipation nicht vorgesehen. Die bisherigen Erfahrungen von NGO-Partizipation bei der Weltbank zeigen deutlich die Grenzen und Risiken von Kooperation: Integration, Kooptierung und Instrumentalisierung. Dies gilt um so mehr, als seit dem Scheitern des MAI eine regelrechte Offensive des Lächelns gegenüber NGOs eingesetzt hat. Selbst Organisationen wie die WTO und die EU, die bisher wenig Neigung für NGOs entwickelt hatten, öffnen sich für »den Dialog mit der Zivilgesellschaft«. Die Vermutung liegt nahe, dass es den mächtigen Institutionen der Weltpolitik nur darum geht, das ideologische Marketing der neoliberalen Globalisierungsoffensive zu verbessern. Auch dazu kann also die Partizipation von NGOs und die Vernetzung von Interessensorganisationen dienen.

Zivilgesellschaft auf tönernen Füßen

► Tatsächlich klingt in den sich eigentlich als Alternative zum Neoliberalismus verstehenden Global Governance-Konzepten selbst bereits ein technokratisches, auf bloßes Management ausgerichtetes Verständnis von Zivilgesellschaft an. Je nach strategischer Schwerpunktsetzung wird die Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich verstanden: Einmal werden die Organisationen der Umwelt-, Friedens- oder Menschenrechtspolitik darunter subsumiert. Das andere Mal sind es Parteien, Gewerkschaften, Medien oder gar die Unternehmensverbände, die als Zivilgesellschaft firmieren. Aus dieser Perspektive ist die Zivilgesellschaft ein Gebilde, das im Wesentlichen aus mehr oder minder etablierten und institutionalisierten Organisationen besteht. Was als Zivilgesellschaft bezeichnet wird, sind also nur ihre institutionalisierten Strukturen. Diese werden daraufhin abgeklopft, welche Leistungen sie für das komplexer gewordene politische System erbringen können. Die Funktion der NGOs wird im Wesentlichen in der Entlastung staatlicher Politik gesehen, die sich mit gestärkter Handlungsfähigkeit den zentralen Politikfeldern zuwenden soll. Unstrittig ist dabei, dass der Staat das »Steuerungszentrum« bleiben und wichtige »Scharnierfunktionen« wahrnehmen muss, auch wenn er selbst nicht mehr in allen Bereichen wie etwa der öffentlichen Wohlfahrt aktiv ist.

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist somit in den Global Governance-Konzepten von vornherein jeden kritischen Gehalts beraubt, wie er beispielsweise beim Zivilgesellschaftstheoretiker Gramsci angelegt ist. Weil zivilgesellschaftliche Artikulationsformen als grundsätzlich vereinbar mit den staatlichen Steuerungsansprüchen gesehen werden, wird die Zivilgesellschaft selbst Teil des hegemonialen Globalisierungsprojektes. Was Gramsci in kritischer Absicht als »integralen Staat« beschrieben hat, nämlich die widersprüchliche Einheit von Staat und Gesellschaft, die die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie mittels der Herstellung von Konsens zu organisieren versteht, wird im Global Governance-Diskurs zu einem erstrebenswerten Ziel im Prozess der Neugestaltung des Politischen.

Soziale Bewegungen und Individuen, marginalisierte Bevölkerungsgruppen oder ausgegrenzte Minderheiten spielen dementsprechend in den Governance-Konzepten keine nennenswerte Rolle. Diese gehen nicht von den einzelnen Menschen und ihren Bedürfnissen aus, sondern von repräsentativen Organisationen und Institutionen. Damit folgen sie der üblichen top down-Vorstellung von Politik. Ihnen ist ein funktionalistisch verkürzter Demokratiebegriff eigen, der Partizipation auf die (Mit-)Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der vorgefundenen Strukturen von Staat, repräsentativer (Parteien-)Demokratie und Markt begrenzt. Nicht Emanzipation oder größtmögliche gesellschaftliche Einflussnahme stehen im Vordergrund solcher Überlegungen zur Zivilgesellschaft, sondern deren Rolle als ökonomische und politische Effizienzressource und als außerökonomische Produktivkraft. Damit steht die zivilgesellschaftliche und demokratische Legitimation von Global Governance auf tönernen Füßen. Zu einer tatsächlichen Demokratisierung des hochgradig vermachteten Globalisierungsprozesses tragen die NGOs im Rahmen des bestehenden internationalen Systems weit weniger bei, als es sich die Vordenker von Global Governance und Globaler Strukturpolitik ausmalen.

Anmerkung:

1 Dass es solche Alternativen durchaus geben kann, haben insbesondere die Proteste gegen die WTO-Ministerkonferenz in Seattle deutlich gemacht. Neben dem Politiktypus der auf Dialog und Lobby fixierten NGOs gibt es zunehmend Organisationen, die inhaltlich und von den Aktionsformen her radikalere Positionen vertreten. Diesem Trend haben sich durchaus auch einige NGOs angeschlossen. Die Trennungslinie zwischen NGOs und Bewegungen wird durchlässiger, wie überhaupt eine der Erfolgsbedingungen der Proteste von Seattle die gelungene Verknüpfung von NGO-typischen Arbeitsweisen und Massenmobilisierung war. Man könnte von einer Tendenz zur Herausbildung von Fraktionen der Zivilgesellschaft (»like-minded NGOs«) entlang thematischer und politischer Interessenkonvergenzen sprechen. Diese Koalitionen entstehen nicht nur zwischen NGOs, sondern auch zwischen bewegungs- und basisorientierten Akteuren sowie zwischen diesen und NGOs. Im Global Governance-Diskurs haben diese Entwicklungen bislang jedoch kaum Widerhall gefunden.

Der Beitrag basiert auf der Studie »Global Governance – Alternative zur neoliberalen Globalisierung?«, die Ende Mai im Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster) erscheint. Dort finden sich auch die hier entfallenen zahlreichen Literaturangaben.

► In seinem Buch »Die Völkermord-Demokratie« weist der Jesuitenpfarrer Javier Giraldo darauf hin, dass in Kolumbien »jährlich so viele Fälle von politischem Mord und Verschwundenen« registriert werden »wie in Chile in den 17 Jahren Militärdiktatur« zusammengezählt. Trotz formal demokratischer Verhältnisse steht der Terror gegen die kolumbianische Opposition jenem der lateinamerikanischen Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre in nichts nach. Nirgends auf dem Kontinent gibt es heute so viele Morde an GewerkschafterInnen, kritischen JournalistInnen und linken PolitikerInnen wie in Kolumbien.



Erklärt wird diese hohe Todesrate gängigerweise mit den bewaffneten Konflikten, die das Land seit nun 52 Jahren erschüttern. Außer auf die Guerillaorganisationen FARC und ELN, die in zwei Dritteln des kolumbianischen Staatsgebietes präsent sind, verweisen Medien auf die Drogenmafia und rechte Privattruppen als Urheber der Gewalt. Doch bei genauerer Betrachtung stellt man fest, dass der vermeintliche »Vielfrontenkrieg« viel weniger verworren ist, als es zunächst erscheint. Im Kampf gegen Selbstorganisierung und linke Opposition kooperieren in Kolumbien Armee, Politik, Unternehmerverbände und Drogenmafia eng miteinander. Ihr gemeinsames Ziel ist die Zerschlagung einer immer noch überraschend vitalen Opposition und die unbehinderte Aneignung der Bodenschätze in den ländlichen Gebieten. Paramilitarismus und Vertreibungen in Kolumbien haben nicht mehr vorrangig das Ziel, die Guerilla zu bekämpfen, sondern neoliberale Verwertungsbedingungen herzustellen. Denn Kolumbien ist ein für die internationalen Investoren hochinteressantes Land. Es besitzt große Vorkommen an Erdöl, Steinkohle, Gold und Smaragden. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, warum der US-Kongress Ende März 1,4 Milliarden US-Dollar Militärhilfe an Kolumbien bewilligt hat.

Erweiterter Werkschutz

Die Ökonomie des Terrors in Kolumbien

von **Raul Zelik**

► Februar 2000. In Caracas verhandelt die ELN-Guerilla mit Gesandten der Pastrana-Regierung über die Demilitarisierung eines Gebietes im nordkolumbianischen Departement Bolívar. Auf einer Fläche von 5000 Quadratkilometern möchte die Rebellen-Organisation die sogenannte »Nationalkonvention« abhalten, eine zehn Monate dauernde Zusammenkunft aller gesellschaftlichen Gruppen, auf der über Veränderungen im Land debattiert werden soll. Von rechts kommt es zu massivem Druck. Paramilitärs zwingen 20.000 Bauern zu Protestmärschen gegen die Nationalkonvention. Nach Aussagen der Associación Campesina del Rio de Cimitarra, einer der letzten Basisorganisationen der Region, gehen die Todesschwadronen von Haustür zu Haustür, kassieren 15 Dollar pro Familie und verlangen mit vorgehaltener Waffe, dass mindestens ein Mann pro Haushalt an den Demonstrationen teilnimmt. In den Folgetagen sperren die paramilitärischen Demonstranten die wichtigsten Straßenverbindungen zur Atlantikküste. Polizei, Marine und Armee leisten dabei logistische Unterstützung. Innenminister Humberto Martínez, der sich offiziell von den Protesten distanziert, verschlechtert seinerseits mit öffentlichen Erklärungen das Klima zwischen ELN und Regierung. 14 Tage später – die Paramilitärs haben ihre Demonstrationen wieder beendet – überfallen bewaffnete Gruppen Dörfer im Umkreis des umstrittenen Gebiets. In weniger als einer Woche werden 100 Menschen massakriert. Der Schwerpunkt der Operationen sind die sogenannten Montes de María, 80 Kilometer südlich der Touristenmetropole Cartagena. Augenzeugen berichten, dass die Marine in einer der betroffenen Ortschaften die Zufahrtsstraßen abgeriegelt habe, um das Vorrücken der Guerilla zu verhindern. Danach hätten die Todesschwadronen auf dem Hauptplatz mehr als 20 Menschen im Alter von 7 bis 75 die Kehle durchgeschnitten und sie verbluten lassen.

Demilitarisierung unerwünscht

► In Funk und Fernsehen jedoch ist nur die Armee-Version zu hören, wonach es »bei Gefechten zwischen Guerilla und Paramilitärs um die Vorherrschaft in der Region an die 100 Tote gegeben habe«. Der Paramilitär-Kommandant Carlos Castaño setzt nach. In einem Fernsehinterview, für das er von den Kommentatoren aller führenden Blätter – darunter auch den vermeintlich 'kritischen' El Espectador und El Colombiano – gerühmt wird, rechtfertigt er die Aktionen damit, dass es sich bei den Toten um »Guerilleros in Zivil« gehandelt habe. Die Augenzeugen selbst kommen nicht zu Wort. Mit den Verbrechen, die gleichermaßen barbarisch wie kühl kalkuliert ausgeführt werden, werden drei zentrale Botschaften transportiert: 1. Eine Demilitarisierung des Gebietes ist nicht erwünscht. 2. Sie wäre auch nicht sinnvoll, weil nach Abzug der Armee Paramilitärs und Guerilla ihre Auseinandersetzungen verschärfen würden. 3. Falls es doch zu einer Nationalkonvention kommen sollte, wissen alle Teilnehmer, was sie zu erwarten haben, wenn sie den Mund aufmachen: den Tod.

Das Beispiel zeigt, wie sich der Paramilitarismus zu einer umfassenden Strategie entwickelt hat, bei der Repression, Mediendarstellung und politische Mobilisierung ineinander greifen. Terror und Politik miteinander

zu kombinieren, ist sicherlich nicht neu, aber die Form, wie dies in Kolumbien geschieht, geht darüber hinaus, was man aus anderen Ländern kennt, in denen so genannte Low-Intensity-Warfare-Konzepte (Kriegführung geringer Intensität, vgl. dazu auch iz3w 238, »Kriege im Frieden«) zur Anwendung kamen. Besonders charakteristisch für die Situation in Kolumbien ist, dass es nur noch zweitrangig um die Bekämpfung der Guerillaorganisationen und ihrer sozialen Basis geht. Immer stärker werden die militärstrategischen Aspekte von unmittelbar ökonomischen verdrängt.

So auch in Bolívar. In der Serranía San Lucas, einem Kordillerenausläufer in der Region, befindet sich eines der größten Goldvorkommen des amerikanischen Kontinents, ein Vorkommen, das bisher von kleinen Schürfern ausgebeutet wurde, seit 1997 jedoch – nicht zufällig auch der Beginn der paramilitärischen Operationen vorort – von transnationalen Unternehmen wie Corona Goldfields beansprucht wird. Dazu kommen geschätzte 120 Millionen DM jährlich aus dem Kokaanbau, dessen Kommerzialisierung direkt von Paramilitärs kontrolliert wird. (Der Drogenhandel ist zur wichtigsten Einnahmequelle der Ultra-Rechten bei der Finanzierung des Kriegs geworden.)

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine Demilitarisierung auch weit reichende ökonomische Konsequenzen hätte. Bei einer Räumung des Gebiets müssten die Goldmultis damit rechnen, von Kleinbauernorganisationen, Gewerkschaften und Guerilla zur Zahlung von Mindestlöhnen und Steuern sowie zum Bau von Sozialeinrichtungen gezwungen zu werden. Darüber hinaus hätten die Kokahändler mit Sanktionen seitens der ELN zu rechnen, die den Drogenanbau ablehnt und zu unterbinden versucht. Der Paramilitarismus verfolgt in Bolívar also konkrete ökonomische Ziele. Es geht um den 'freien' Zugang zu Ressourcen und die Amortisation der Drogen-Investitionen.

Privatisierter Paramilitarismus

► Der Aufbau irregulärer Truppen stand in Kolumbien ebenso wie im restlichen Lateinamerika zunächst in Zusammenhang mit der US-amerikanischen »Nationalen Sicherheitsdoktrin«, die, beseelt vom Antikommunismus, eine allgemeine politische Stabilisierung anstrebte. In militärischer Hinsicht versuchte man diese über die Einbindung der Zivilbevölkerung in den Konflikt zu gewährleisten. Partisanenbewegungen, die 'dem Westen' in China, Algerien und Kuba empfindliche Niederlagen zugefügt hatten, wurden mit parastaatlichen Mitteln bekämpft. In Kolumbien führte dies Mitte der 60er Jahre zur Gründung sogenannter »Nationalmilizen«: Verbände, die »zur militärischen Organisierung der zivilen Bevölkerung beitragen sollen, damit diese Kampfoperationen unterstützen kann«. (zit. nach Giraldo 1996, The genocidal democracy, S. 80). Nach der Niederlage 1975 in Vietnam wurden diese Konzepte weiter entwickelt. Es entstanden – um im offiziellen Jargon des Pentagon zu bleiben – »Low Intensity Warfare« Strategien. Die USA greifen mit Ausbildern und 'Special Operation Forces' präventiv in Konflikte ein, direkte Interventionen jedoch werden vermieden. So investierte die US-Regierung bei den Kriegen in Zentralamerika, Afghanistan oder Angola zwar viel Geld, verstand es aber gleichzeitig, Verantwortlichkeiten auszulagern. Der Krieg wurde von Einheimischen bzw. Söldnertruppen geführt. Größere Bedeutung erlangte außerdem die Öffentlichkeits- und Geheimdienstarbeit. Man stellte fest, dass eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung erstens ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz und zweitens Informationen über die Strukturen des Gegners benötigt. Zu diesem Zweck gründete man »paramilitärische« Organisationen der Bevölkerung (in Guatemala »Zivilverteidigungen«, in der Türkei »Dorfschützer«), über die die Armee den Konflikt in die Zivilbevölkerung hineintragen konnte.

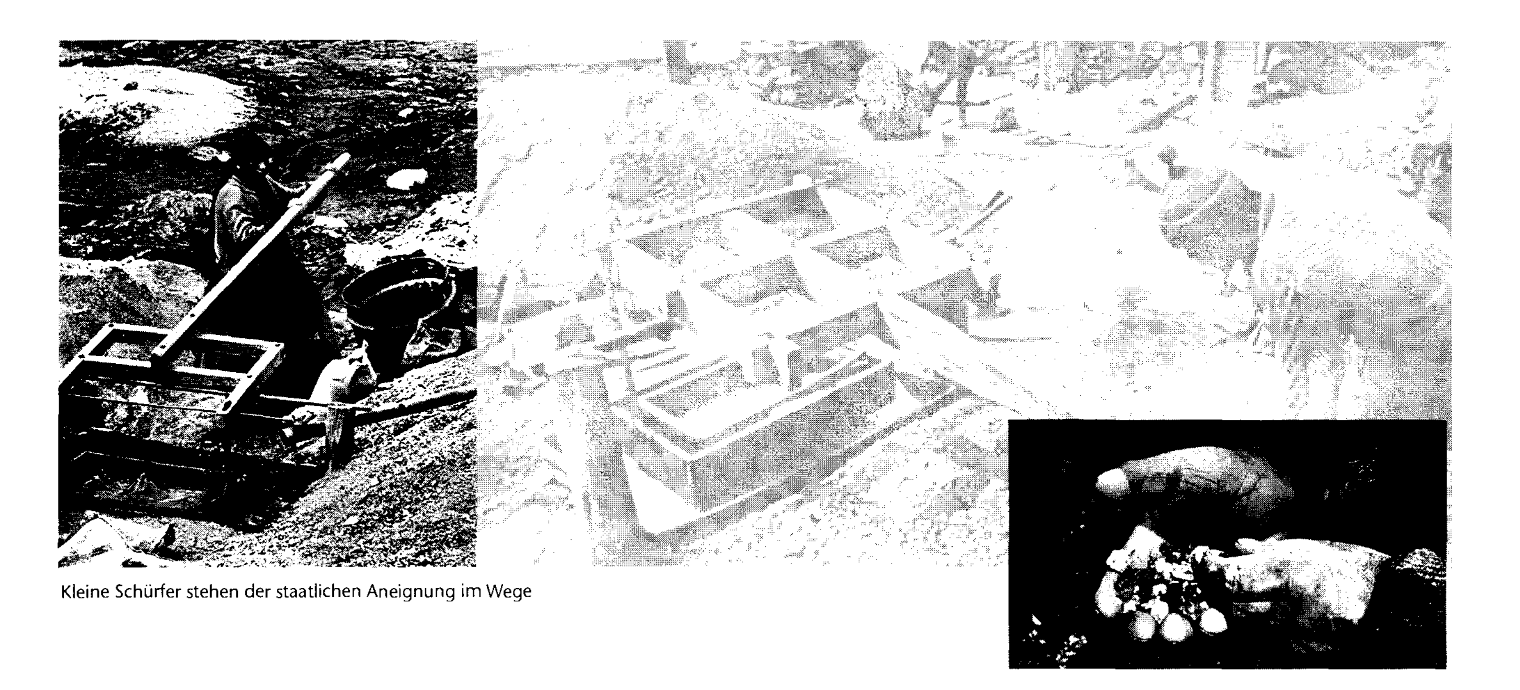
In Kolumbien kommt es nicht zu Vertreibungen, weil Krieg geführt wird, ...

In Kolumbien erhielt dieses Konzept jedoch noch eine weitere Komponente: Die Privatwirtschaft engagierte sich. Der Paramilitarismus wurde nicht mehr nur als staatliches Instrument der Aufstandsbekämpfung begriffen, sondern auch als eine Art 'erweiterter Werkschutz' – auch wenn staatliche Stellen die Privattruppen protegierten und z.T. selbst aufbauten. Beim gemeinhin als Gründungsversammlung des heutigen Paramilitarismus bezeichneten Treffen 1982 in der Garnisonsstadt Puerto Boyacá spiegelte sich diese Interessenlage wieder. »Die Gruppe konstituierte sich unter dem Militärbürgermeister Oscar Echandía« mit Beteiligung »von Vertretern der Texas Petroleum Company, Mitgliedern des Viehzüchterkomitees, Politikern, Armeeangehörigen, Händlern und anderen besonderen Gästen.«[1] 1983 gesellte sich zu der Allianz eine weitere wichtige Fraktion des Kapitals hinzu: die Drogenmafia des Medellín-Kartells. Carlos Rodríguez Gacha, Schwiegersohn des legendären Pablo Escobar, wurde zu einem der wichtigsten Anführer der Paramilitärs. Das Interesse der Drogenmafia wies zwar einige Besonderheiten auf – das Kartell wollte in der Region u. a. Koka-Laboratorien einrichten –, aber letztlich ging es auch ihr darum, die bestehende Gesellschaftsordnung gegen soziale Proteste zu verteidigen.[2]

Das konkrete Ziel der einsetzenden Operationen war die Zerschlagung des sozialen Netzes, aus dem sich die Opposition in der Region (zwischen Bogotá und der Erdölmetropole Barrancabermeja) speiste. Hauptgegner war nicht die Guerilla, sondern Erdölgewerkschaften, Bauernverbände und die Kommunistische Partei, die die Ausbeutung der Ölvorkommen und die Ausbreitung der Latifundien beschränkten. Die Strategie erwies sich als ausgesprochen effizient. Innerhalb von vier Jahren war ein Gebiet von 200 mal 100 Kilometern in den Händen von Armee und Todesschwadronen. Mit Massakern, selektiven Morden, Drohungen und Bombardierungen wurde die Sozialstruktur regelrecht umgepflügt. Zehntausende BäuerInnen verließen die Region und wurden durch Armeeangehörige ersetzt, Kleinbauernland verwandelte sich in Großgrundbesitz. Das Konzept war so erfolgreich, dass es auch in anderen Wirtschaftsregionen zur Anwendung kam. So heuerten die Bananen-Unternehmerverbände UNIBAN und AUGURA ausländische Söldner an, um in der Plantagenregion Urabá mit Unterstützung der XVII. Armeebrigade ein umfassendes Paramilitärnetz aufzubauen. Schon 1993 waren die Gewerkschaften auf den Plantagen vollständig aufgelöst. Insgesamt sind nach Statistiken der kirchlichen Untersuchungskomission Justicia y Paz in Kolumbien seit Mitte der 80er jährlich um die 3000 politische Morde verübt worden, dazu kommt eine Dunkelziffer von weiteren 30.000 'anderen' Gewalttaten. Legale oppositionelle Gruppen existieren kaum noch, regierungskritische Menschenrechtsarbeit wird nur noch von einem winzigen Kreis von Personen geleistet. Zwei Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht.

Größte Artenvielfalt

► Auf dem ersten landesweiten Treffen von Kriegsflüchtlingen im Februar 2000 in Bogotá wurde offensichtlich, dass sich diese Strategie noch weiter ausweiten wird. In keinem der 35 Redebeiträge wurden Gefechte zwischen Paramilitärs / Armee und Guerilla als wichtigste Fluchtursache genannt. Hingegen berichteten 30 von 35 RednerInnen, dass das Auftauchen der Todesschwadrone in ihren Herkunftsgebieten in unmittelbarem Zusammenhang mit ökonomischen Großprojekten gestanden habe. So wurden mehrere Tausend Embera-Katio-Indígenas 1998/99 vertrieben, weil sich ihre nördlich von Medellín gelegenen Wohnorte auf dem Gelände des Staudammprojektes Urrá befinden. Vertriebene aus Norte de Santander an der Grenze zu Venezuela wiesen auf das Interesse der Multis an den Steinkohlevorkommen in ihrer Region. Die U'wa-Indígenas berichteten, dass sie erst unter Druck gerieten, als die OXY-Company nach Öl zu suchen begann. Und im Chocó (Pazifikküste) schließlich wurden 1998 mehrere Tausend Schwarze Opfer von Vertreibungen, weil in der Gegend eine interozeanische Verkehrsverbindung geplant ist, die für die Errichtung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone


Kleine Schürfer stehen der staatlichen Aneignung im Wege

von strategischer Bedeutung wäre, und damit die Bodenpreise explodierten.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass eine enge Verbindung zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik, wachsenden Investitionen der Transnationalen und der Ausbreitung des Paramilitarismus existiert. Die Todesschwadronen sind gewissermaßen eine Voraussetzung für die »Entgrenzung« des Kapitals, wie auch Berichte der Gewerkschaften unterstreichen. So bereitet das gewerkschaftliche Bildungsinstitut INS für den Herbst ein internationales Meinungstribunal gegen Coca-Cola und Nestlé vor. Dabei sollen v. a. paramilitärische Aktivitäten behandelt werden, die in den Niederlassungen der Unternehmen auf der Tagesordnung stehen und in verschiedenen Fillialen zur Zerschlagung der Gewerkschaften führten. Der Ölarbeiterverband USO wiederum wirft British Petroleum, einem der wichtigsten Ölmultis im Land, vor, mittels eines privaten Sicherheitsdienstes Informationen über die Betriebsgewerkschaften an die kolumbianische Polizei weiter gegeben und ein illegales Sicherheitsnetz in der Nähe ihrer Förderanlagen in Yopal (Casanare) aufgebaut zu haben.[3]

... sondern der Krieg wird geführt, damit es zu Vertreibungen kommt

Ob die Paramilitärs nun dabei auf Anweisung der Konzernzentralen handeln oder nicht, ist kaum zu klären. Fest steht, dass der Paramilitarismus den Unternehmen eine bessere Rendite garantiert: weniger Streiks, niedrigere Löhne, weniger Proteste gegen Großprojekte. Das Auftreten des Paramilitarismus unterscheidet sich sogar je nach wirtschaftlichem Interesse. Schwarzenorganisationen von der Pazifikküste berichten, dass dort, wo Verkehrsverbindungen geplant sind und deshalb Bodenspekulation betrieben wird, auf Vertreibung gesetzt wird, während an den Orten, wo die Gen-Erforschung im Vordergrund steht – der kolumbianische Westen besitzt die größte Artenvielfalt der Welt und ist deswegen zum Untersuchungsobjekt von Gen-Multis geworden –, 'nur' selektive Morde verübt werden. Das Know-How der Einheimischen ist für die Erforschung von Flora und Fauna unverzichtbar. Verfolgt würden deshalb nur jene Aktivisten von Schwarzen- und Indígena-Organisationen, die sich der Durchkapitalisierung der Natur widersetzen.[4]

Ein Sprecher der Sozialen Bewegung der Vertriebenen Antioquias fasste die Angelegenheit auf dem Flüchtlingstreffen denn auch unter dem ökonomischen Aspekt zusammen: »Wir haben hier eine 500jährige Geschichte der Vertreibung. Früher waren wir Opfer von Kirche und Krone, später der Großgrundbesitzer, heute von Drogenhändlern und Multis.« Auch Belen Torres vom Bauernverband ANUC hält diesen Aspekt für zentral. »In Kolumbien kommt es nicht etwa zu Vertreibungen, weil Krieg geführt wird, sondern der Krieg wird geführt, damit es zu Vertreibungen kommt.« Diese Logik ist nicht neu. Was sich jedoch geändert hat, sind Interesse und Ausmaße der Operationen.

Tatsächlich haben sich allein die Paramilitärkommandanten Carlos Castaño und Victor Carranza seit 1990 3 – 3,5 Millionen Hektar fruchtbares Land angeeignet. Der Paramilitarimus ist ein Instrument, um Investitionen zu schützen, aber er ist gleichzeitig auch selbst zum ökonomischen Faktor geworden. Die Agenten des Terrors profitieren von ihren Verbrechen und haben ihre Position innerhalb der Eliten ausgebaut. Mehr noch: Ihnen ist es gelungen, einen Teil der Bevölkerung ökonomisch an sich zu binden, denn auch niedrige und mittlere Schergen der Todesschwadronen können sich bereichern. So mutiert der sich re-regulierende Kapitalismus in Kolumbien zu einem durchmilitarisierten Raub- und Terrorsystem.

Anmerkungen:

1 Carlos Medina Gallego »Autodefensas, paramilitares y narcotráfico en Colombia«. Der Fall ist ausführlich belegt, da u. a. Bürgermeister Echandía selbst umfangreiche Aussagen bei der kolumbianischen Staatsanwaltschaft machte.

2 Das Medellín-Kartell wurde 1989 zum Angriffsziel der Regierung, weil es sich zunehmend verselbständigt hatte. Der Drogenhandel blieb dennoch ein Kernstück der paramilitärischen Allianz. So gehörten die heutigen Kommandanten der Todesschwadrone, die Castaño-Brüder Fidel und Carlos, in den 80er Jahren zu den Vertrauten Pablo Escobars. Heute gilt Carlos Castaño in Medellín als Chef des neuen Kartells. 80 % des für die USA bestimmten Kokains wird nach Angaben der DEA aus den nordkolumbianischen Häfen in Urabá verschifft – einer Region, die unter totaler Kontrolle Castaños und seiner Paramilitärs steht. Zwar ist vorstellbar, dass auch er eines Tages vom kolumbianischen Staat 'fallen gelassen' wird, aber in den vergangen 15 Jahren konnte er sich sowohl hinsichtlich des Drogenhandels als auch der von ihm durchgeführten Kriegsverbrechen völliger Straffreiheit erfreuen.

3 Recherchen über den Fall wurden u. a. von EnviroNews Service und einem britisch-kolumbianischen Journalistenteam der Zeitungen El Espectador und The Guardian veröffentlicht.

4 Die Information stammt aus eigenen Recherchen, u. a. Interviews mit einem Aktivisten aus Chigorodó, Urabá. (vgl. Zelik / Azzellini 1999, Gespräch mit Juan Perea)

► **Raul Zelik** veröffentlichte zuletzt den Kolumbien-Roman *La Negra* (Ed. Nautilus, 2000) und das Sachbuch *Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung* (ISP-Verlag, 1999)

Weg-Kreuzungen

Von Touristen, Geschäftsreisenden und »Schüblingen«

von **Tina Goethe und Stephan Günther**

Mobilität ist zu einem der wichtigsten Faktoren in der »freien« Marktwirtschaft geworden. Auch in der Globalisierungsforschung gilt sie als Synomym der Freiheit. Dabei gehen einige der GesellschaftswissenschaftlerInnen sogar so weit, Migration und Flucht ebenso unter »grenzenloser Mobilität« zu subsumieren, wie beispielsweise die Freiheit, in den Urlaub zu fliegen. Diese Freiheit aber ist nach wie vor – trotz der ökonomischen Globalisierung – an den Besitz des richtigen Passes gebunden. Nirgends wird das so deutlich, wie bei den sich kreuzenden Wegen von TouristInnen und MigrantInnen.

► Die Begriffe Mobilität und Migration fassen fast alle Formen menschlicher Bewegung zusammen: Von Urlaubs- und Geschäftsreisen über die Arbeits- und Ausbildungsmigration bis hin zur Flucht vor Armut, Krieg oder Verfolgung. Mobilität bezieht sich dabei mehr auf die Möglichkeit, sich jederzeit frei bewegen zu können. Migration hingegen bezeichnet eher eine längerfristige Bewegung. MigrantInnen sind oft gerade nicht mobil – sie besitzen meist weder die finanzielle, noch die infrastrukturelle oder rechtliche Möglichkeit, sich von hier nach da und wieder zurück zu bewegen. In Deutschland beispielsweise unterliegen Menschen im Asylverfahren einer Residenzpflicht: sie dürfen den Ort, in dem sie gemeldet sind, nicht ohne Erlaubnis verlassen.

Hans Magnus Enzensberger stellte bereits 1958 eine Verbindung zwischen Tourismus und Flucht her, als er mit seiner Fluchtthese die Ursachen des Massentourismus zu erklären versuchte. Die Menschen flüchteten, so sein Ansatz, vor ihrem tristen, industrialisierten Alltag in die Ferne. Auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der 1998 unter dem Titel: »Grenzenlose Gesellschaft?« stattfand, sprach der Zürcher Kultursoziologe Hans Peter Meier-Dallach gar von einer »Welt-Flucht-Gesellschaft«. Nicht nur Waren zirkulierten seiner Ansicht nach immer grenzenloser in einer globalisierten Welt, sondern eben auch Menschen. Er zeichnet Kreuzungen, an denen Flüchtlinge und TouristInnen aufeinander treffen. Heinz-Günter Vester referiert in seinem Buch »Tourismustheorie«, dass »Unterwegssein (...) für wachsende Menschenmassen – Touristen und Migranten – zur gemeinsamen Erfahrung« zu werden scheine, auch wenn er ihnen einschränkend immerhin »unterschiedliche Gründe und Freiheitsgrade in der Mobilität« zugesteht. Die »dezentrierende Erfahrung des Unterwegsseins« wird laut Vester zur »Chiffre der postmodernen Welt«. »Flughäfen (könnten) mit ihrer Unhäuslichkeit und Ungemütlichkeit als hyperreale Fluchtorte postmoderner Rast- und Heimatlosigkeit, als Symbol der Postmoderne schlechthin angesehen werden ».

»Flughäfen: hyperreale Fluchtorte als Symbol der Postmoderne«

Was aber haben Flüchtlinge und TouristInnen, was haben Flucht und Reise gemeinsam, das legitimierte, sie als MigrantInnen zusammenzufassen und ihnen gar gemeinsame Erfahrungen zu unterstellen? Zunächst offenbar nur die Tatsache, dass beide reisen und möglicherweise im gleichen Flugzeug sitzen. Tourismus ist für die Einzelnen nur eine kurzfristige Bewegung, die nichts mit einer Verlagerung des

Wir sitzen alle im gleichen (Luft)schiff

► Zum Auftakt der Internationalen Tourismusbörse in Berlin informierte eine »Lufthansa-Crew« das Messepublikum über die neue »deportation.class« ihrer airline. Zur Demonstration dieser Beförderungsart schoben sie einen »Deportee« – unter Motorradhelm, an einen Rollstuhl gefesselt und in Begleitung von Sicherheitspersonal – durch die Messehallen. Mit der Kampagne »Gegen das Geschäft mit Abschiebungen« richtet sich die Initiative »kein mensch ist illegal« vor allem gegen die Deutsche Lufthansa, die ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stellt. Nach ihren Schätzungen werden ca. die Hälfte der 10.000 Flüchtlinge, die jährlich vom Rhein-Main-Airport abgeschoben werden, mit Linienmaschinen der Lufthansa ausgeflogen. Um bei den übrigen Reisenden kein Aufsehen zu erregen, werden die unfreiwilligen Passagiere, zum Teil gefesselt und geknebelt, über die hintere Flugzeugtreppe in die Maschine verfrachtet und in die letzte Reihe bugsiert – schließlich ist man bei der Airline um Diskretion bemüht. Trotz der Todesfälle bei Flugabschiebungen, den damit verbundenen Protesten, die selbst von Teilen des Lufthansapersonals geäußert wurden, will die Fluggesellschaft auf das lukrative Geschäft nicht verzichten. Denn im Gegensatz zu Angeboten für Urlaubsreisen wird für eine Abschiebung der Linienflugpreis verlangt. Sollten die abgeschobenen Flüchtlinge je nach Deutschland zurückkehren, müssen sie zunächst ihre Abschiebung beim deutschen Staat bezahlen – für ihren eigenen Flug und den ihrer eventuellen BGS-Begleiter.

»kein mensch ist illegal« versucht nun durch verschiedene Aktionen auf Flughäfen, in Reisebüros, im Internet und auf der jährlichen Aktionärsversammlung von Lufthansa Druck auf das Unternehmen auszuüben: »Wir werden alle MitarbeiterInnen der Gesellschaft auffordern, den Transport von ‚Schüblingen' abzulehnen und über Möglichkeiten des Protestes gegen Abschiebungen aufklären. Denn nicht nur der Bundesgrenzschutz und die Geschäftsführungen der Luftfahrtgesellschaften

»räumlichen Zentrums der Lebensführung« zu tun hat, geschweige denn vermag, »die zentralen Lebensinhalte zu relativieren oder außer Kraft zu setzen«, wie Vester pathetisch erklärt. Als Migration ist der Tourismus nur als Ganzes auszumachen, auf vorstrukturierten Routen, als Tendenzen und als kalkulierte Massen-Bewegung. TouristInnen und touristische Zielgebiete entsprechen aus der Perspektive der Industrie Waren, die im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage verhandelt werden. Längerfristige Auswirkungen für die Reisenden selbst sind normalerweise nicht auszumachen.

Flüchtlinge werden dagegen zu ihrer Fahrt gezwungen – egal, ob sie fliehen oder mittels Abschiebung zwangsrückgeführt werden. Flucht bewegt sich daher im Gegensatz zum Tourismus nicht in vorbereiteten Bahnen und ist eher im »informellen Sektor« anzusiedeln. Die Routen sind zwar auf Grund der Wohlstandshierarchie vorgegeben, aber keinesfalls vororganisiert. Arbeitsmigration und Flucht sind auch für die Einzelnen längerfristige Bewegungen und bringen anhaltende Auswirkungen. Genau das versuchen Europa und die USA mit aller Macht abzuwehren, wenn schon Einwanderung, dann kontrolliert, abgestimmt auf die wirtschaftlichen Interessen des Landes und mit Rücksicht auf die »Befindlichkeiten des eigenen Volkes«. Deutlich wird dies an der aktuellen Green-Card Debatte.

Doch eine Kategorisierung in freiwillige (Reisen) und erzwungene Migration (Flucht) verkennt, dass es unendlich viele Zwischenformen gibt. Arbeitsmigration etwa kann aus purer ökonomischer Not, auf Anwerbung oder nach einer persönlichen Herausforderung erfolgen. Angeworbene, etwa indische Computer-ExpertInnen, können so im Jet nach Deutschland neben ihren Landsleuten sitzen, die aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen. Auf dem Heimaturlaub können sie in derselben Maschine sitzen, die Goa-UrlauberInnen und ‚Schüblinge' (vom deutschen Staat als abzuschiebende Menschen definiert) transportiert. Ähnliches gilt für osteuropäische MigrantInnen: Die einen jobben in einem irregulären Arbeitsverhältnis und müssen jederzeit mit ihrer Abschiebung rechnen, die anderen werden angeworben. Nur den Transporteuren der Ware ‚Fluggast' ist es egal, ob sich dahinter Geschäftsreisende, TouristInnen oder ‚Schüblinge' verbergen. (vgl. Kasten zur Lufthansa).

Den Transporteuren ist es egal, ob sie TouristInnen oder »Schüblinge« befördern

Jakob Maurer sinniert in seinem Buch »Mobilität ohne Grenzen« über das Wesen der Bewegungsfreiheit: »Mobilität als Möglichkeit, Orte zu verlassen, hängt zutiefst mit der Freiheit zusammen. Nicht umsonst werden Menschen zur Strafe eingesperrt«. Seitenweise besingt er das Wegfallen räumlicher und zeitlicher Grenzen, politökonomische Grenzen hingegen bleiben gänzlich unerwähnt. Dabei ist die Herkunft – neben den ökonomischen Rahmenbedingungen und Interessen – nach wie vor wichtiges Kriterium für das Maß an Mobilität, denn EuropäerInnen können in die meisten Staaten der Welt visumsfrei einreisen, während AfrikanerInnen kaum eine Chance haben, an den Einreisestempel für die ‚Schengen-Gemeinschaft' zu kommen. Europa schließt präventiv den Großteil der Menschheit von dem Recht der freien Mobilität aus, während seine Tourismusindustrie bald jeden Flecken auf der Welt als Vergnügungsperipherie zugänglich macht.

Tourismus findet nach wie vor in erster Linie von Nord nach Süd statt. Zwar ist, wer das nötige Geld hat, auch als Südafrikanerin oder Pakistani im Bayrischen Wald willkommen. Doch Reisenden mit außereuropäischem Pass wird ihr TouristInnenstatus nicht ohne Nachweis geglaubt. Sie werden bei der Einreise am Flughafen meist einem entwürdigenden Verhör unterzogen. »Daheim in Asien kann eine Frau Ärztin oder Fernsehstar, Politikerin oder einfach nur eine angenehme Person sein, 165 cm groß und aufrechten Ganges. An einem westeuropäischen Flughafen wird sie zum reisenden Zwerg, der gegen vorgefasste Meinungen ankämpft – dass sie durch die Hintertür einwandern will, dass sie Drogen schmuggelt, Babys oder Hausangestellte vermittelt.«[1] Wenn also Jakob Maurer aus der rasanten Zunahme des weltweiten Verkehrsaufkommens folgert, dass die »grenzenlose Mobilität zum Inbegriff der Freiheit geworden« sei, zeigt dies nur die eine Seite der Medaille. Zwar ermöglicht das erhöhte Angebot an Verkehrsmitteln auch manchen Flüchtlingen zu entkommen, am Frankfurter Flughafen aber, der als ein »weltweites Projekt« der Expo geführt wird, endet diese Freiheit in der Regel in der Abschiebezelle.

Anmerkung:

1 Nalini Singh: Inquisition an der Grenze. In: Jürgen Hammelehle: Zum Beispiel Tourismus. Süd Nord Lamuv Verlag, 1995.

▶ **Tina Goethe** und **Stephan Günther** sind MitarbeiterInnen des **iz3w**.

tragen Verantwortung für Abgeschobene. Auch Piloten, Stewardessen, das Bodenpersonal und PolizistInnen können sich weigern, als willfährige Handlanger der staatlichen Abschiebepolitik zu fungieren und damit womöglich das Leben von Flüchtlingen retten. Manchmal genügen laute Worte oder die schlichte Weigerung von Passagieren, sich beim Start der Maschine hinzusetzen.«

Vergleichbare Aktionen im Zusammenhang mit Protesten gegen die brutale Vorgehensweise der Beamten, bei denen innerhalb eines Jahres vier Flüchtlinge zu Tode kamen, konnten Swissair, Sabena (Belgien) und Martin Air (Niederlande) dazu bewegen, keine Abschiebungen mehr durchzuführen. Eine gesetzliche Beförderungspflicht gibt es auch in Deutschland nicht. Nur wenn die Behörden die Einreise mit einer Lufthansa-Maschine nachweisen können, gibt es Ausnahmen, etwa wenn die Einreise direkt am Flughafen verweigert wird. Zudem haben Bundesgrenzschutz (BGS)-Beamte an Bord eines Flugzeugs keinerlei Machtbefugnis: »Die polizeilichen Befugnisse dieser Beamten enden mit dem Schließen der Außentüren des Flugzeugs. Die Polizeivollzugsbeamten sind daher ab diesem Zeitpunkt im Hinblick auf ihre Rechte und Befugnisse an Bord den übrigen Passagieren gleichgestellt und haben keinen Sonderstatus. Das gilt sowohl für den inländischen wie für den ausländischen Luftraum.« (BGS-Inspektor Sperner) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs bedürfe der Ermächtigung durch den Flugkapitän, der nach Schließen der Außentüren die uneingeschränkte Kommandogewalt innehat. Widerstand gegen Beamte an Bord ist also Notwehr gegen rechtswidriges Handeln Unbefugter (der BGSler). Passagiere, Crew und vor allem der Kapitän sind damit verpflichtet einzuschreiten. In Einzelfällen hat Protest von Mitreisenden, die auf die brutale Vorgehensweise der Beamten oder auf Hilferufe der Abzuschiebenden reagiert haben, dazu geführt, die Abschiebung zu verhindern.

Informationen zur Kampagne gegen die Fluggesellschaften unter:
www.deportation-alliance.com und
www.contrast.org/borders
Fon: 0172-8910825, Fax: 06181-184892,
Email: grenze@ibu.de

…er Kaffee – neue Tassen

In Weltausstellungen verdichten sich seit jeher Zeit und Raum. Auf ein paar tausend Quadratmetern offenbaren sich hegemoniale Perspektiven auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Menschen. Der Geist der Weltausstellung ist auch in Hannover der Geist des Nordens. Dennoch markiert die Expo 2000 einen Wandel. Nicht in dem Sinne zwar, dass in Hannover der moderne technokratische Glaube an Fortschritt, Technologie und Machbarkeit gebrochen wäre; nicht, dass nunmehr Kritik an der Leistungsschau des Kapitalismus laut würde oder gar dessen weltweite Folgen betrachtet würden – dann müsste schließlich das ganze Modell Expo seinen Geist aufgeben. Gewandelt hat sich aber der Charakter der Expo, denn Fortschritt und Technik werden in der Öffentlichkeit nicht mehr ungebrochen mit Glückserwartung und Zukunftsverheißung verbunden.

Die soziale Wirklichkeit bleibt draußen vor der Expo-Tür

Vielmehr bedürfen sie einer neuen Legitimation. Und das ist die Aufgabe einer Weltausstellung, die eine ihrer früheren Funktionen, technischen Fortschritt und neue Produkte vorzustellen, längst an Industrie- und Fachmessen abgegeben hat. »Die Aufgabe von Weltausstellungen« schreibt die Expo-Leiterin Birgit Breuel, »besteht darin, neue Fragen des zivilisatorischen Wandels aufzugreifen, die Veränderungen des Denkens, der Werte, der sozialen Strukturen, die (...) alle Gesellschaften – die der Industrienationen und die sich entwickelnden Nationen – erfasst hat, deutlich zu machen, sowie neue Zukunftskonzepte vorzustellen.« Breuel erklärt auch, wie die Weltwirtschaft sich entwickeln soll: »Heute wird erkannt, dass konkrete Lösungen für die Probleme von unten her wachsen müssen, dass im Rahmen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mittelständische Unternehmen, lokale Behörden und private Initiativen in einer Vielfalt von dezentralen Aktivitäten einen neuen Aufbruch viel effizienter bewirken können, als es durch zentrale Administrationen je möglich wäre. (...) Der marktwirtschaftliche Suchprozess kann hier Motor sein.« Gesucht wird dabei auch nach der Menschenwürde, zu der laut Breuel doch mehr gehöre, »als die Abwesenheit von Hunger und Not« – vor allem nämlich erweise sich Menschenwürde »in der Eigenverantwortung und dem Recht auf Kreativität und Eigenständigkeit des einzelnen oder von Gruppierungen bei der Realisierung von Ideen und Zielen.«

So oder ähnlich lesen sich die meisten offiziellen Verlautbarungen zur Expo 2000. Die ganze Eine Welt wird aufgefordert, ihre Vorschläge in einem »Zukunftslabor« zu präsentieren. Mit ihrem Leitthema 'Mensch-Natur-Technik' orientiert sich die Weltausstellung dabei explizit am seit der UN-Konferenz in Rio gängigen Umweltdiskurs und der dort verabschiedeten Agenda 21. Die Kernformeln dieser neuen Legitimation sind Nachhaltigkeit und Partizipation. Mit ihnen wird Ein- und Umkehr sowie gleichberechtigte »Partnerschaft« auf dem »Marktplatz der nationalen und globalen Ideen und Lösungen« suggeriert, und mit ihnen lassen sich kritische Stimmen aus der entwicklungs- und umweltpolitischen Szene integrieren, was für die Glaubwürdigkeit von derartigen Großveranstaltungen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Das klingt gut und ist bestimmt hübsch anzuschauen. Hübsch anzuschauen deshalb, weil die großen technischen und kleinen traditionellen »Lösungen« für Umweltprobleme im Vordergrund der Ausstellung stehen und soziale Wirklichkeiten konsequent ausgeblendet werden – Hunger und Armut bleiben draußen vor der Expo-Tür. Die Ausstellung soll die Millionen mit »praktischen, anfassbaren und machbaren Beispielen« umschlingen – Elend steht nicht auf dem Gefühlsprogramm. Hier setzt die Menschenwürde nicht Essen und Wohnen voraus, sondern beginnt mit »Eigenverantwortung und Kreativität«. Platter Optimismus soll verbreitet werden. Und so bleiben mit den Fragen nach Ursachen der zu bewältigenden Probleme auch die komplexen Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd, Männern und Frauen, Konzernen und NGOs, Institutionen und Individuen ausgeklammert. Deren reale Existenz macht jedoch die im Expo-Logo symbolisierte Formel vom Netzwerk gleicher TeilnehmerInnen und deren gleicher Zukunftsoptionen zur populistischen Farce. Die Vielfalt gehört bloß zum Geschäft: Der Süden wartet vor allem mit Tradition, Kultur, Kreativität, Erholung und Unterhaltung auf, während die Medaillen auf dieser »Olympiade der Visionen« wie gehabt unter den Wettbewerbern des Nordens verteilt werden.

So bleibt die Expo, was sie war – eine Leistungsschau. Technische Konzepte vor allem aus den Bereichen Bio-, Gen- und Informations- bzw. Kommunikationstechnologien werden mit allen Mitteln der Ausstellungskunst vorgeführt. Sie zeigen eine sterile, mechanische und geordnete Zukunft. Menschen aus Fleisch und Blut, Individuen mit ihren tatsächlichen und tagtäglichen Bedürfnissen gerinnen zu statistischen Größen, normierten Datenkonstrukten, Abziehbildern. Gleichzeitig erfüllt die Expo ihre Funktion als Fest, als ein Ort kollektiver Selbstvergewisserung. Ins Wanken geratene Paradigmen kapitalistischer Entwicklung werden mittels neuer Schlüsselbegriffe relegitimiert.

Vor allem mit solchen Diskursverschiebungen und den neuen Formen der Akzeptanzbeschaffung beschäftigt sich dieser Themenblock. Wie werden bestehende Herrschaftsverhältnisse symbolisch reproduziert und inszeniert? Wie vollzieht sich eine Modernisierung, die ihre Kritik gleich mit aufnimmt? Als buchstäbliches »Global Village« kann auf der Expo in geballter Form betrachtet werden, was die Welt bewegt, wie Hegemonie funktioniert und wie sie verschleiert wird. 1000 gute Gründe gibt es also, die Weltausstellung »lahmzulegen« (zu Gegenveranstaltungen rund um die Expo *s. S. 49*). 1000 Gründe aber auch, sich das Ganze trotzdem anzusehen.

die redaktion



Foto: EXPO

›Die Gewißheit unwiderstehlich vordringender Cultur«

Die Weltausstellungen als Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse

von **Thomas Hohner**

In Weltausstellungen spiegeln sich die verschiedenen Phasen kapitalistischer Expansion wider. Sie sind industriell-technische Leistungsschauen, die zunächst den Glauben an den allgemeinen Fortschritt der Menschheit verkörperten. Dann prägte lange Zeit die Konkurrenz der Nationalstaaten ihr Bild. An deren Seite traten zuletzt mehr und mehr die multinationalen Konzerne. In beider Interesse liegt es, das mittlerweile angekratzte Image des Fortschritts aufzupolieren. In Hannover wird dazu der Realität einer konkurrenzgetriebenen, zerstörerischen Weltwirtschaft ein erneuertes universelles Ideal übergestülpt – das Trugbild einer globalen Verantwortungsgemeinschaft.

► Schon immer war es die Erwartung, etwas sehen zu dürfen, was sie vorher nie gesehen hatten, die die BesucherInnen in Weltausstellungen trieb. Während aber bei den ersten Ausstellungen noch die Faszination von Maschinen und Technik selbst die Menschen anziehen konnte, steht heute vor allem die Befriedigung der Bedürfnisse eines Massenpublikums nach Spektakel und Ereignis im Vordergrund. 40 Millionen Menschen sollen zur Schlussabrechnung im Herbst die Expo 2000 in Hannover besucht und die dort präsentierten Entwürfe für die Welt der Zukunft bestaunt haben. Die Ausstellungsleiterin Birgit Breuel verbindet mit diesen Mengen ein ganz bestimmtes Ziel: »Die Lösungen sollen sich als Bilder in den Köpfen der Menschen festsetzen«, sagt sie. Damit schlägt sich in der Hannover-Expo ein Mentalitätenwandel nieder: Stellte die Geschichte der Weltausstellungen bisher vor allem die dominante Vorstellung unentwegten Fortschritts und unentwegter Expansion dar, soll es numehr auch um die Lösung von Problemen gehen, die diese Entwicklung mit sich gebracht hat.

Freiheit und Fortschritt (1851-1900)

► Schon die erste Weltausstellung »The great Exhibition of the Works of Industry of All Nations« in London 1851 zog 17.000 Aussteller, 25 beteiligte Länder, aber vor allem 6 Millionen BesucherInnen an. England, die damalig führende Industriemacht, war Ausstellungsland dieser ersten Industriemesse mit internationaler Beteiligung. Der Kapitalismus begann sich jedoch überall durchzusetzen, die Weichen wurden gerade Richtung Wirtschaftsliberalismus gestellt, Fürstentümer und Königreiche wandelten sich zu Nationalstaaten. Über Landesgrenzen hinweg wurden immer mehr Rohstoffe eingeführt und Waren verkauft. Neue Verfahren wurden entwickelt, neue Rohstoffe gefunden, Erfindungen gemacht. Messen waren erforderlich, um Neuheiten verfolgen zu können und die eigenen Produkte mit denen anderer Aussteller zu vergleichen. Die großen Industrieunternehmen begannen bereits international miteinander zu konkurrieren. Die Weltwirtschaft nahm Konturen an.

In London stand die Dampfmaschine im Zentrum, deren zwei die für die Ausstellung notwendige Energie lieferten. Der Kristallpalast, zentraler Ausstellungsort, 563 Meter lang und 124 Meter breit und bis zu 33 Meter hoch, komplett aus Glas und Eisen konstruiert, setzte architektonische Maßstäbe, wie so einige Gebäude auf folgenden Weltausstellungen. Und noch etwas erwies sich als richtungweisend für alle folgenden Weltausstellungen: »Einen Schritt weiter, und wir treten aus der Cultur in die Wildniß der Urwälder. (...) Wir sind in dem Gebiete der 'Scioux', des zahlreichsten und kriegerischsten Stammes,

der noch übrig ist von der großen Familie der Rothäute. Inmitten dieser Embleme des rohesten Culturzustandes – wie freudig ist die Gewißheit der unwiderstehlich vordringenden Cultur.« (R. Scherer, Londoner Briefe über die Weltausstellung, Leipzig 1851, S. 237) Schon in London gehörte zur Weltausstellung der Blick auf die Sitten und Gebräuche anderer Kulturen. Die erste Welt produzierte und reproduzierte ihr Bild der dritten Welt – geprägt durch Kolonialismus und Sozialdarwinismus, der in vollster Blüte stand. Unter den Exponaten aus den Kolonien befanden sich schon 1851 der eine oder die andere »Wilde«.

Bis ins Jahr 1900 dominierte dann Frankreich die Ausrichtung von Weltausstellungen. 1889 setzte Paris mit dem Eiffelturm der Weltausstellung und dem 19. Jahrhundert das Denkmal schlechthin. Eisen und Stahl als Grundstoff nahezu aller neuer Maschinen, aber auch als wichtiger Baustoff drückt dem 19. Jahrhundert seinen Stempel auf. Die deutsche Industrie und das deutsche politische System waren u.a. durch die von Ausstellung zu Ausstellung größer, schwerer und länger werdenden Kanonen repräsentiert. Der Donner dieser Exponate der Firma Krupp hallte aus dem gerade gewonnenen Krieg gegen Frankreich auf der Expo in Wien 1873 noch nach, die dem neu gegründeten Deutschen Reich hochwillkommene Repräsentationsmöglichkeiten bot.

Konkurrenz und Krieg (1900-1933)

► Die Jahrhundertausstellung fand in Frankreich statt und sollte alle Vorgänger übertrumpfen. Aber im Paris von 1900 ballten sich die Schauobjekte zu einem unüberschaubaren Wust. Der Versuch eines 18-klassigen Ordnungssystems scheiterte kläglich. Die Welt war zu komplex geworden, um sie in einer universellen Ausstellung darstellen zu können. Ausstellungsteile – Maschinen, Eisenbahnen und Automobile – mussten aus dem Stadtzentrum ausgelagert werden. Erstmalig diente dementsprechend kein Gebäude als Wahrzeichen, sondern ein Verkehrsmittel – die sogenannte »Plate-forme roulante«, ein rund drei Kilometer langer elektrisch betriebener rollender Gehsteig. Dieser symbolisierte auch die beiden Neuerungen, die das kommende Jahrhundert prägen sollten: Elektrifizierung und Mobilität. In Paris wurde erstmalig mechanische in elektrische Energie umgewandelt. Die zweite Schlüsselinnovation, das Auto, war in großer Zahl und vielfältigen Modellvarianten und – kaum ausgestellt – auch in rasch zunehmender Zahl auf den Straßen zu sehen.

Während Konzerne mit ihren Visionen protzen, wollen die USA keinen eigenen Pavillon bezahlen

Die Architektur zeigte sich zur Jahrhundertwende rückwärtsgewandt. Keine Spur von Modernität. Stattdessen triumphierte der Prunk und Pomp opulenter Stuckfassaden. Die Flucht in den Historismus war Ausdruck einer zunehmenden Beunruhigung der Zeitgenossen. Mehr und mehr präsentierten sich die Gesellschaften gespalten. Die Arbeiterbewegung hatte an Kraft und Selbstbewusstsein gewonnen, nachdem durch die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer manifester geworden waren. Auch die Geschwindigkeit der Wirtschaftsentwicklung, verstärkter Außenhandel, Imperialismus, Kolonialisierung und die verschärfte Konkurrenz zwischen den Industriestaaten trugen zur allgemeinen Verunsicherung bei. Entsprechend widersprüchlich gaben sich auch viele Nationen – z.B. das deutsche Reich mit seiner Kombination des autoritär rückwärtsgewandten »Wilhelmismus« mit geichzeitig modernsten Produktionsmethoden.

Die große Zeit der französischen Ausstellungen war damit zu Ende. Dafür sprangen vor allem die USA ein, die den alten Kontinent hinsichtlich der technischen und industriellen Entwicklung mittlerweile überholt hatten. In St. Louis (1904), San Francisco (1915) und Chicago (1933/34) präsentierten sie sich in ihrer neuen Rolle als Weltmacht. In ihren Baustilen verharrten die Weltausstellungen bis 1933 zwar in vergangenen Epochen. Unter ihren Dächern aber wurden immer noch die neuesten Entwicklungen präsentiert, wie z.B. 1904 Luftschiffe und Telegraphie, 1915 Fords Montageband oder 1933 das Cellophan.

Mehr noch zogen gleichzeitig die wiederkehrenden ethnologischen Ausstellungen die BesucherInnen an. In Paris hatte die Zurschaustellung des Alltagslebens fremder Völker in der Kolonialausstellung ihren Platz gefunden. Dort boten »Eingeborene« der Kolonialgebiete Mokka und Bauchtanz sowie einen Hauch von Exotik und Spektakel. Illusionskabinette zählten zu den Publikumsattraktionen wie z.B. das Panorama »Tour du monde«, in dem in einem weiten Rundgemälde eine Reise um die Welt dargestellt werden sollte. Deren BewohnerInnen saßen in ihren Trachten vor jeweils dem Stück Leinwand, das ihre Heimat darstellen sollte. Längst waren die Fremden nicht mehr so bedrohlich wie noch 1851, dafür aber umso nützlicher. Natur und Fremde wurden als gebändigt und verwertbar präsentiert, der Norden als Triumphator über den Süden. In St. Louis reflektierten dann die Vereinigten Staaten ihren neuen Status als Kolonialmacht mit einem »philippinischen Dorf«, in dem 1200 Menschen lebten, von denen neun an Unterkühlung starben. Die Weltausstellung im belgischen Gent bot 1913 einen »Kongo-Pavillon« mit 152 Meter Durchmesser zur Beweihräucherung des belgischen Imperialismus auf. Die Weltausstellungen waren ein

Expo Facts

► Rechtsgrundlage für Weltausstellungen ist das völkerrechtliche Übereinkommen zu Internationalen Ausstellungen von 1928 (Neufassung: 1972). Zuvor hatte es keine Vereinbarungen gegeben: Wer zuerst kam, ma(h)lte zuerst. Die 44 Beitrittsstaaten des Übereinkommens stellen die Mitglieder des »Bureau International des Expositions« (BIE). Nur ein Staat kann sich beim BIE um die Ausrichtung einer Expo bewerben. Bei den Weltausstellungen, die nicht länger als sechs Monate dauern und keinen kommerziellen Zwecken dienen dürfen, sondern Bildungsveranstaltungen sein sollen, wird zwischen »großen« Weltausstellungen (solche, die sich mehreren gesellschaftlichen Aspekten widmen) und »kleinen« (ein Aspekt, bspw. den Weltmeeren/1998 in Lissabon) unterschieden. Alle fanden in Nordamerika und europäischen Staaten statt (außer Osaka/Japan 1970), die vor allem ihr Weltbild präsentierten.

Auf Betreiben der Deutschen Messe AG bewarb sich Deutschland, dessen erster Anlauf kurz nach Gründung des Deutschen Reichs gescheitert war, erst zum zweiten mal um die Expoausrichtung und erhielt im Juni 1990 gegen internationale Konkurrenzbewerbungen den Zuschlag. »Offizielle Teilnehmer« der Expo in Hannover, die zu den »großen« Weltausstellungen zählt, sind Staaten und internationale Organisationen, die von der Regierung des gastgebenden Landes eingeladen wurden. Daneben gibt es »inoffizielle Teilnehmer« – Unternehmen, öffentliche und private Institutionen sowie Regionen oder Kommunen, die sich präsentieren wollen. Als sogenannte »Welt«- oder »Produktpartner« der Expo erhalten Unternehmen wie Daimler-Chrysler, Deutsche Bahn, Telekom, Coca Cola oder Sony gegen Zahlung von 10-50 Mio. DM die Möglichkeit, sich und ihre Produkte im weltweiten Expo-Rahmen darzustellen. 700 Mio DM kamen durch diese Sponsorengelder der beteiligten Wirtschaftsunternehmen zusammen. Ohne diese hätten die

wichtiges Medium der Legitimation kolonialer Expansion.

Hatten die ersten Weltausstellungen noch die Hoffnung transportiert, einen Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung leisten zu können, war diese Idee mit dem Beginn des 1. Weltkrieg zerstoben. Zunehmend dominierten Nationalstolz und die Inszenierung militärischer Macht die Präsentationen. Die Konkurrenz zwischen den Nationen wurde nach der russischen Revolution mehr und mehr zum Wettstreit der ideologischen Systeme. Ihren Höhepunkt fand das nationale Pathos 1937 in Paris, wo die heraufziehende Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland zum Gegenstand einer makabren Inszenierung wurde. An herausragender Stelle hatte man die beiden nationalen Monumentalbauten, Front zu Front, gegenübergestellt. »Drohend fixierte der Reichsadler, ein mächtiges Hakenkreuz in seinen Fängen, den Arbeiter und die Bäuerin auf dem sowjetischen Pavillon. Heroisch reckten diese ihrem Gegenüber Hammer und Sichel entgegen.« (Kretschmer, Geschichte der Weltausstellungen, 1999)

Spektakel und Skepsis (1939-1992)

► Bereits mit der Ausstellung in Paris war die Zeit der zentralen Pavillons zu Ende. Der Fokus verschob sich von den Ausstellern zu den Nationen und vom Universellen zum Repräsentativen. Überdeutlich wurde, dass der Anspruch, die ganze Welt abbilden zu können, nicht einzulösen war. Den einzelnen Nationen blieb weitgehend selbst vorbehalten, was sie ausstellen wollten. Das galt auch für die Konzerne, die 1939 in New York drei Viertel der Ausstellungsfläche belegten. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg markierte New York den Beginn einer neuen Ära. Die gesamte Ausstellungsarchitektur fegte den alten Pomp und Kitsch hinweg. »Bauen wir die Welt von morgen« lautete zukunftsorientiert und modern ihr Slogan. Neben der Vorstellung neuester Errungenschaften wie des Fernsehens, gingen nun insbesondere die Konzerne zu Spektakel und Show über. »Futurama«, die Show von General Motors, löste mit ihrem simulierten Flug über das Amerika von 1960 große Begeisterung aus.

Erst 1958 öffnete die nächste Weltausstellung in Brüssel ihre Pforten. Der 2. Weltkrieg mit der industriellen Massenvernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus und die amerikanischen Atombomben auf Japan hatten die Weltausstellungsidee und den von ihr verkörperten Fortschrittsgedanken in eine tiefe Krise gestürzt. Es war schwierig geworden einer Technik zu huldigen, die nun auch ihr enormes Zerstörungspotential gezeigt hatte. Dem versuchte man zu entkommen, indem man die friedliche Nutzung der Atomenergie propagierte. Mit dem Atomium wurde dieser Hoffnung gleich ein Wahrzeichen gesetzt. Ansonsten stand die Weltausstellung von Brüssel ganz im Zeichen des Kalten Krieges. Die Sowjetunion hatte den Amerikanern gerade den »Sputnik-Schock« versetzt und der sowjetische Pavillon wurde zur Hauptattraktion. Stundenlange Wartezeiten wurden für einen Blick auf Raketen und Satelliten in Kauf genommen.

Die Vereinigten Staaten versuchten daraufhin 1962 in Seattle und 1964 in New York unter Beweis zu stellen, dass sie die wissenschaftlich-technisch führende Nation sind. Aber schon 1964 artikulierte sich Unbehagen an einem Fortschritt, der als reine Techno-Show daherkam, und erstmals erntete eine Weltausstellung auch massive Proteste wegen rassistischer Darbietungen. In Montreal 1967 und Osaka (1970) wurden dann Kunst, Kultur und Spektakel zu den zentralen Pfeilern der Publikumswirksamkeit. Konzepte waren nicht mehr auszumachen. Die Expo konnte den großen Fachmessen lange nicht mehr das Wasser reichen. Die Konzerne hatten bessere Bühnen, um Produktneuheiten vorzustellen und ihre Konkurrenzgefechte auszutragen. Hier haben die Weltausstellungen als Medium ausgedient.

Nach Sevilla 1992, wo 500 Jahre nach der Eroberung Lateinamerikas das »Zeitalter der Entdeckungen« zum umstrittenen Motto wurde, sich aber weder Nationen noch Themenpavillons daran hielten und vielmehr Tourismus und Unterhaltung im Mittelpunkt standen, stellt die Weltausstellung von Hannover den Versuch eines Neuanfangs dar. Dabei rückt mit der Nachhaltigkeit ein Zeitgeistthema in den Vordergrund, für das seine Propagandisten universelle Gültigkeit beanspruchen. Der Gedanke der Präsentation menschheitlichen Fortschritts, der die Expo immer begleitet hat, taucht hier in seiner ursprünglichen, idealistischen Form wieder auf. Das reformierte Zukunftsversprechen suggeriert nun Problemlösungskompetenzen vor allem durch die Großkonzerne in den Metropolen. Diese propagieren (so lange es sich lohnt) ihre technizistischen Visionen, während die Nationalstaaten – die USA sind nicht einmal mit einem eigenen Pavillon vertreten – das Interesse verlieren und sich vor allem als Bewahrer von Kultur und Geschichte präsentieren. So entsprechen die von Birgit Breuel postulierten »Lösungen« doch dem historischen Muster – geblieben ist nicht nur ein zur Schau gestellter Optimismus und die Ästhetisierung von Technologie und Fortschritt, geblieben und weiter vertieft sind auch die ungleichen Machtstrukturen, die sich noch in jeder Weltausstellung widerspiegelten, sowie der Glaube an die Omnipotenz der »Partnerschaft« von Kapital und Technik.

► **Thomas Hohner** ist Autor, Drucker und gelegentlich Besucher von Weltausstellungen.

Expo-Kosten in Höhe von ca. 4 Mrd. DM kaum getragen werden können. Erstmalig auf einer Expo gehören Wirtschaftsunternehmen auch zu den Veranstaltern, die in einer privatrechtlichen »Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH« institutionalisiert sind. Bund und Land traten Sitze in der EXPO GmbH zugunsten von Unternehmensvertretern ab, die entsprechenden direkten und großen Einfluss auf die inhaltliche Konzeption der Ausstellung erhielten.

Die Gesamtkonzeption in Hannover beruht vor allem auf vier Säulen: den nationalen Pavillons der Teilnehmerstaaten (s. S. 28), einem immensen Kultur- und Ereignisprogramm, den Präsentationen der weltweiten Projekte (s. S. 29) und den Themenparks (s. S. 25). Vor allem in den einzelnen Themenhallen kommt der Einfluss der Privatwirtschaft zum Tragen. Unter Titeln wie 'Planet of Visions', 'Wissen, Information, Kommunikation', 'Mobilität', 'Ernährung', 'Energie', 'Zukunft Gesundheit', oder 'Basic Human Needs' stellen u.a. der Verband der Chemischen Industrie, MAN und BMW, IBM die Deutsche Bank und die Deutsche Gas- und Wasserwirtschaft oder die Vorwerk Teppichwerke teilweise zusammen mit Brot für die Welt, Amnesty und der GTZ aus, was sie sich von der Zukunft erhoffen. Kleine Organisationen sind auf der Expo kaum vertreten – kostet ein Quadratmeter Ausstellungsfläche doch 4000 DM plus Nebenkosten. Ein Stand bringt es so schnell auf mehrere Millionen. Zwar hat das BMZ für einige ärmere Organisationen und Länder finanzielle und logistische Unterstützung gestellt (s. S. 28). (Vielleicht halten sich diese deshalb in ihren Präsentationen meist enger an das vorgegebene Leitthema als die profitorientierten Großunternehmen.) Jedoch spricht allein die absolute Dominanz der Großunternehmen und -organisationen dem Motto von »Nachhaltigkeit, Partnerschaft und Partizipation« in der »Einen Welt« hohn. Auch darin stellt die Expo 2000 ein wirklichkeitsnahes Abbild des »Global Village« dar.

Jochen Müller/Quelle: EXPO-Watch

Fortgeschritten skeptisch

Die Expo und der Wandel der Fortschrittsidee

von **Susanne Fohler**

Die Expo 2000 mit ihrem Leitthema 'Mensch, Natur, Technik – Eine neue Welt entsteht' will zeigen, »wie der technische Fortschritt neuen Zielen dienen kann«. Das Problemfeld zwischen diesen Eckpfeilern 'Mensch', 'Natur' und 'Technik' war seit Beginn der Neuzeit eng mit der Idee eines universalen Fortschritts verbunden. Diese Grundüberzeugung, dass wissenschaftlicher und technischer auch humaner Fortschritt sei, ist heute brüchig geworden. »Der Einsatz der gesellschaftlichen Mittel zur Förderung der Wissenschaft und der Technikentwicklung wird nicht mehr durch Heilsversprechen legitimiert.« (Böhme) Heute wird für die Förderung von Wissenschaft und Technik ganz unverblümt mit allein ökonomischen Gesichtspunkten argumentiert. Die Segnungen von Wissenschaft und Technik gelten als Motor wirtschaftlichen Wachstums, als Förderer und Vermehrer menschlichen Glücks sind sie fragwürdig geworden.

► Im Denken von Antike und Mittelalter sind Fortschritt und Geschichte eingelassen in einen sie übergreifenden Rahmen. Das Gesetz einer kosmischen Ordnung weist jedem Ding seinen Platz zu. Der Blick des Menschen auf die Welt wird bestimmt von Bewunderung für die vollkommen eingerichtete Ordnung des Kosmos und der Natur. Alles Mögliche ist bereits vorhanden. Die Funktion von Kunst und Technik kann deshalb nur in der Nachahmung von Natur bestehen. Im Mittelalter entwickelt Augustin den Gedanken einer linear verlaufenden Weltgeschichte, die allerdings in den christlichen Rahmen von Schöpfung, Geburt und Wiederkehr Christi eingebunden bleibt. Zwar sind im christlichen Denken des Mittelalters schon Elemente der modernen Fortschrittsidee enthalten, sie bleiben jedoch auf die christliche Heilsgeschichte bezogen.

Erst zu Beginn der Neuzeit setzt sich das Prinzip eines universalen Fortschritts durch. Francis Bacon (1561-1626) begründet die Naturwissenschaften neu: Sein Projekt basiert auf der Prämisse, dass mit der Verbesserung der menschlichen Lebensverhältnisse durch die Naturwissenschaften ein sittlicher Fortschritt einhergehen werde und müsse. Fortschritt führe auf Wege, die die Alten weder gekannt noch versucht hätten. Die Folgen der Erfindungen des Schießpulvers, des Kompasses und der Buchdruckerkunst seien so umfassend, dass sie den bestimmendsten Einfluss auf die menschlichen Angelegenheiten ausübten. Damit wird die bislang verbindliche Autorität der Philosophie aufgehoben; die Idee eines kumulativen Fortschritts entsteht: Die spätere Zeit gilt gegenüber der vorangegangenen a priori als überlegen, da sie sich auf zunehmende Erfahrung und auf die Einsichten der Vorgänger stützen kann. Bacon führt alle Zweige des Wissens auf die von Erfahrung und Experiment geleitete Naturphilosophie zurück. Fortschrittsgeschichte ist dann die Geschichte der Befreiung des Menschen aus dem Naturzustand zum Herrn über die Natur. Die Geschichte der Künste und der Erfindungen wird zum Leitfaden einer Geschichte des Menschen. Die Menschheit wird zum Subjekt der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung. Von da an ist Fortschritt mit der Gesellschaft und ihrer Zivilisation identisch. Nach Descartes (1596-1650) sollte der Mensch sich in dreifacher Hinsicht zum »maître et possesseur de la nature« machen: Er sollte erstens die ihn umgebende physische Natur beherrschen, zweitens seine ihm gleichsam angewachsene Natur des eigenen Körpers und drittens die innere Natur der Affekte.

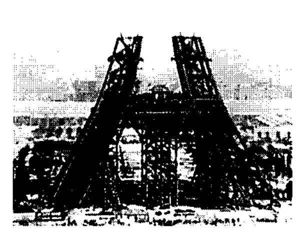
Der Turm zeichnet sich vor allem durch das Fehlen eines praktischen Nutzens aus

Wie kommt es zu diesem Bruch mit den Selbstverständlichkeiten des antiken und mittelalterlichen Denkens? Hans Blumenberg diagnostiziert zwischen Mittelalter und Neuzeit einen Epochenbruch. Die theologischen Spekulationen des Spätmittelalters hätten Zweifel an der für den Menschen vollkommen eingerichteten Schöpfung gesät. Zunehmend sei die Welt als feindlich und unvollkommen empfunden worden. Auf naturwissenschaftlichem Gebiet zeigten die Berechnungen von Galilei und Kopernikus, dass die Erde weder eine Scheibe noch Mittelpunkt der Welt ist. Diesen »Ordnungsschwund« beantworte der neuzeitliche Mensch mit einem »Akt der Selbstbehauptung« (Blumenberg). Der neuzeitliche Blick auf die Welt empfinde nicht Staunen, er fühle sich auch nicht an Gottes Vollkommenheit erinnert, sondern er empfinde Unbehagen, ein Gefühl von »uneasiness«. Dieses Unbehagen bringe ihn dazu, die Welt aktiv umzuformen, das Gegebene, das er vorfindet, den eigenen Bedürfnissen anpassen zu wollen. Wahrheit werde nicht mehr »aus dem Akt der Schöpfung gedacht«, sondern Wahrheit »steht im Dienst der Bewältigung der Wirklichkeit«, das heißt, sie wird funktional. Natur wird zum »Inbegriff von Rohstoffen, Energiereservoirs, Siedlungs- und Bewirtschaftungsräumen« (Blumenberg). Den mit der Ausdehnung des Raumes verbundenen Ungewißheiten und Zweifeln an der vernünf-

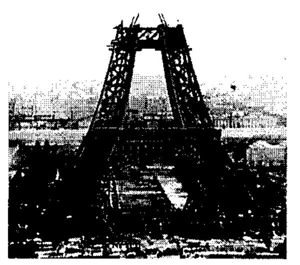
10. November 1887



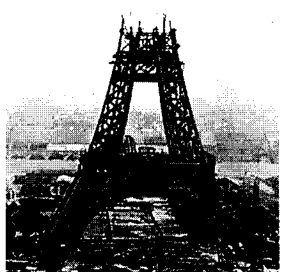
10. Mai 1888



Juli 1888



14. September 1888



tigen Einrichtung der Welt begegnet der Mensch mit Selbstbehauptung. Er übernimmt die Verantwortung für die Geschichte. Schicksal ist weder im Kosmos noch in einem göttlichen Heilsplan festgeschrieben. Als ein Resultat dieser neuzeitlichen Selbstbehauptung kann die Fortschrittsidee angesehen werden, die auf die Einheit von Naturbeherrschung, Aufklärung, Wohlstand, Staat, Gesundheit und individueller Freiheit zielt. Die Idee einer auf Perfektibilität ausgerichteten dynamischen Geschichte entsteht.

Sittliche Vervollkommnung

► Diese Idee eines universalen Fortschritts erfuhr historisch unterschiedliche Akzentuierungen. Als Ziele des Fortschritts im 18. Jahrhundert werden weniger technische Verbesserungen als vielmehr die Entwicklung von Ordnung und die Vervollkommnung der menschlichen Natur angesehen. Im Rahmen der Theorie des Fortschritts im Sinne von Turgot und Condorcet sind die Begriffe Fortschritt, Vervollkommnung und Entwicklung gegenseitig austauschbar. Dem Begriff 'Entwicklung' – das heißt dem »sukzessiven Zutagetreten der in einem organischen Kern enthaltenen Potentialitäten« – kommt dabei jedoch die fundamentale Bedeutung zu (Canguilhem). Fortschritt ist dann der Übergang von der Kindheit zum Erwachsenenalter, von Unreife und Unwissenheit zu Reife und Wissen. Metapher des aufklärerischen Fortschritts ist das Licht: Fortschritt als die Erhellung von Dunkelheit. Der Fortschrittsgedanke des 18. Jahrhunderts ist durch und durch optimistisch. Im Vordergrund steht dabei die Höherentwicklung und Verbesserung der menschlichen Vernunft. Die Utopien des achtzehnten Jahrhunderts waren deshalb mit politischen Visionen, nicht mit technizistischen Imaginationen verbunden. Die Zukunft ist der Ort, an dem die bessere Gesellschaft sich befinden wird. Allerdings wurde bereits zu dieser Zeit die erste Gegenposition formuliert: Rousseau ist der Meinung, dass in dem Maße, in dem Wissenschaften und Künste zur Vollkommenheit fortschreiten, die Seelen verderbt worden sind.

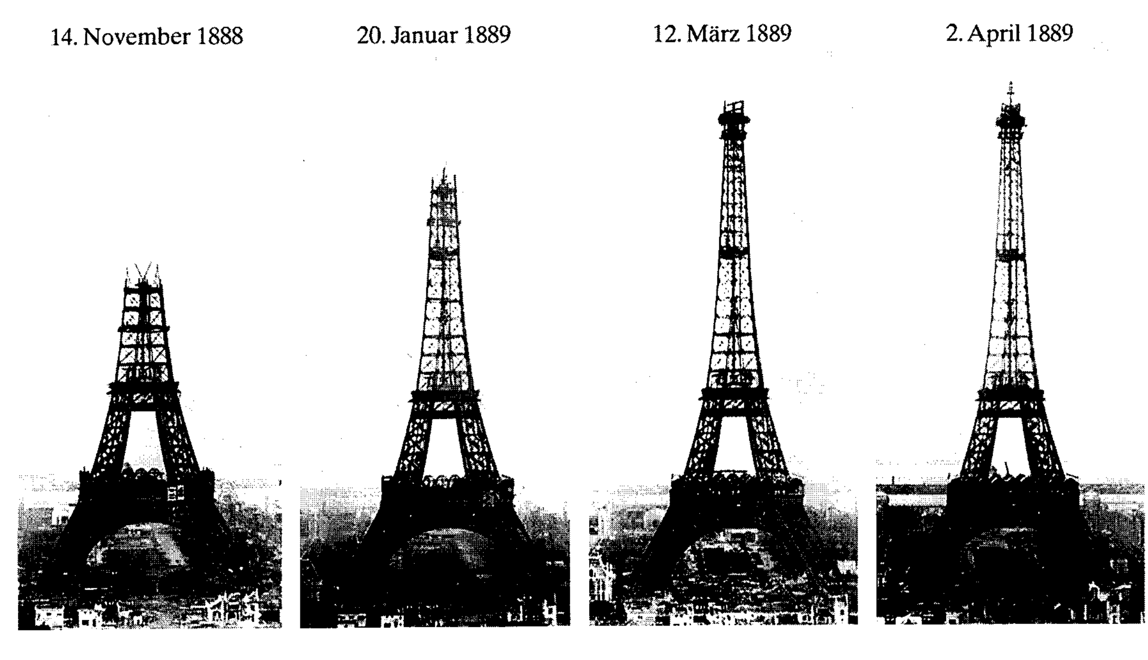
Technik als Basis des Fortschritts

► Seit dem 19. Jahrhundert gilt die technische Entwicklung als Basis des Fortschritts. Nachdem Darwin den Protagonisten der Menschheitsgeschichte in die Geschichte des Lebens eingegliedert hatte, wird auch der Gedanke einer quasi-evolutionären Technikentwicklung möglich. Erstmals wird Geschichte als Technikgeschichte interpretiert, die Geschichte des Menschen wird als die der Entwicklung und Verbesserung seiner technischen Artefakte angesehen. Zu dieser Zeit findet der Fortschrittsbegriff den Weg aus der philosophischen Debatte in den allgemeinen Sprachgebrauch. »Man spricht jetzt absolut gesetzt von Fortschritt, von fortschrittlichem Denken und Handeln, tritt für Fortschritt ein und sammelt sich um sein Banner.« (Ritter) Der Fortschritt selbst wird zum Agens der Geschichte erklärt. So wird einsichtig, wie wenig Ernst Kapp in seiner Technikphilosophie von 1877 auf die durch die technische Industrialisierung verursachte massenhafte Verelendung der Arbeiter in den Industriezentren eingeht. Hier bescheidet er lapidar, die »zu Tage getretene Feindseligkeit gegen das Menschenwohl« sei nicht »im Princip der Maschine« enthalten. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte die sich von England aus auf ganz Europa ausbreitende Industrialisierung begonnen, die Sozialstrukturen tiefgreifend umzuwälzen. Zwar gab es vereinzelte Stimmen gegen die Fortschrittsidee, vor allem Nietzsche wandte ein, »das 19. Jahrhundert ist kein Fortschritt gegen das sechzehnte. Der Mensch ist kein Fortschritt gegen das Tier.« Insgesamt aber, vor allem in den an Bedeutung gewinnenden Ingenieurkreisen, war ein optimistisches Fortschrittspathos vorherrschend. Der Entwicklung von Wissenschaft und Technik wurde die Schrittmacherfunktion im gesellschaftlichen Fortschritt zugeschrieben.

Kein Zufall ist es somit, dass die Tradition der Weltausstellungen Mitte des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen wird. Die erste Weltausstellung findet 1851 in London statt. »Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sollten 'die Industrie-Erzeugnisse aller gebildeteten Völker der Erde zu einer vergleichenden Zusammenstellung vereinigt' werden, um 'den Standpunkt der industriellen und künstlerischen Entwicklung der ganzen Menschheit durch Proben ihrer Erzeugnisse' darzustellen.« (Amtlicher Bericht von 1852, zit. nach Kretschmer) Die Funktion der ersten Weltausstellungen war es, den neuesten Stand der technisch-wissenschaftlichen Forschung auszustellen und so den technischen Fortschritt voranzubringen. Zentrum der Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts waren die Maschinenhallen. Stolz wurden die jeweils neuesten technischen Erfindungen präsentiert, in Paris 1867 wurden etwa hydraulische Aufzüge, die erste Schreibmaschine, Rechenmaschinen und eine erste Werkzeugmaschine vorgeführt. Zur technischen Sensation dieser Ausstellung wurde das Telefon.

Paris 1889 gilt als eine der wichtigsten Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts. Symbol dieser Ausstellung war ein Monument des technischen Fortschritts, der tausend Fuß hohe Eiffelturm, der höchste Turm der Welt. Der Turm zeichnet sich vor allem durch das Fehlen eines praktischen Nutzens aus: »Seine Botschaft (...) lautete: 'Wir sind in der Lage, den höchsten Turm der Welt zu bauen', nichts weiter. In dieser Symbolik lag seine Faszination.« (Kretschmer)

14. November 1888 — 20. Januar 1889 — 12. März 1889 — 2. April 1889



Auch im neuen Jahrhundert setzte man den Ausstellungsreigen fort. Die Weltausstellungen in Chicago 1933 und New York 1939 vollziehen den Wandel vom Wettstreit der Nationen zur Konkurrenz der Konzerne. Beide sind ganz auf die Verheißung einer besseren Zukunft ausgerichtet und bemühen sich dem Motto von Chicago »Century of Progress« gerecht zu werden. Zur Eröffnung der New Yorker Ausstellung wird die erste kommerzielle Fernsehsendung ausgestrahlt, die Themenshow »Democracity« zeigt das Modell einer amerikanischen Stadt, ein visionärer Blick in die Zukunft, der die demokratisierende Kraft des technischen Fortschritts demonstrieren soll. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wird Technik zelebriert und ein grenzenloses Vertrauen in die Zukunft demonstriert. Chicago ist eine der ersten Ausstellungen, die »ganz ohne philosophisches Beiwerk, ohne Menschenrechts- und Weltfriedensmetaphorik« auskommt (Kretschmer). Fortschritt ist jetzt gleichbedeutend mit Fortschritt in Wissenschaft, Technik und Industrie.

Ein solch grenzenloses Vertrauen in die Zukunft wäre zur gleichen Zeit in Europa kaum demonstriert worden. Das traumatische Erlebnis des Ersten Weltkriegs hatte zur Gewißheit geführt, dass auch das ganz und gar Unvorstellbare Wirklichkeit werden konnte. Die Dimension der Kriegstechnik hatte die Unvorhersehbarkeit der politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer technischen Erfindung deutlich werden lassen. Weltweit hatte spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der mit technischen Mitteln möglich gewordenen Massenvernichtung in Auschwitz und den Bomben auf Hiroshima und Nagasaki der Glaube an einen allein durch den technischen Fortschritt eintretenden humanitären Fortschritt an Überzeugungskraft eingebüßt. Der Einsatz der Atombomben hat Günther Anders zufolge das Auseinanderreißen von Wissenschaften und Lebenswelt auf eine monströse Art deutlich werden lassen. Der instrumentalistische Denkhorizont sei an seine Grenzen gestoßen und bodenlos geworden. In der Atombombe habe sich eine totale Technik gezeigt, die durch das Verschwinden der Verantwortung, das heißt durch eine konsequente praktische Anwendung naturwissenschaftlicher Methode, ohne diese auf lebensweltliche Sinnbezüge zurückzubeziehen, möglich geworden sei.

Diese fundamentale Erschütterung des Glaubens an einen beständig voranschreitenden Fortschritt hinterließ auch in der Weltausstellungsgeschichte Spuren: »Mit dem Zweiten Weltkrieg war die naive Ära, in der technischer Fortschritt an und für sich als gut und nützlich galt, unwiederbringlich zu Ende gegangen.« (Kretschmer, S. 217) In der ersten Weltausstellung nach dem Zweiten Weltkrieg, in Brüssel 1958, stand Technik unter permanentem Legitimationsdruck. Das Motto *Der Fortschritt und der Mensch: Bilanz für eine menschlichere Welt* machte deutlich: Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt stand nicht mehr selbstverständlich im Dienste des Menschen. Die verschiedenen Techniken, allen voran die Leittechnologie des Atoms, mussten einen Nachweis für ihren Nutzen erbringen. Es reichte nicht mehr aus, technische Erfindungen auszustellen, sondern diese sollten mit einem gesellschaftlichen Nutzen verbunden sein.

Utopieverlust und Technikverwertung

▶ Fortschritt hat seinen Sinngehalt grundlegend verändert: Der universale Fortschrittsbegriff verknüpfte wissenschaftlich-technischen Fortschritt untrennbar mit dem Heilsversprechen einer immer 'menschlicher' werdenden Welt. Die technische Entwicklung galt als ein Teil des universalen Fortschritts, von dem erwartet wurde, dass er in die Befreiung von Not, Leiden und Ausbeutung münde, in die Sozialutopie einer friedlichen Völkergemeinschaft. Diese Erwartungshaltung hat einer tiefen Ernüchterung Platz gemacht. Die rasante Entwicklung in den Naturwissenschaften – vor allem die ungeheuer angewachsenen technischen Eingriffsmöglichkeiten ins Lebensumfeld und ins Körperinnere durch Humangenetik und Medizin – haben eine weitere Krise der Fortschrittshoffnungen entstehen lassen. Die Fähigkeit des Menschen, sich selbst und seine Lebensbedingungen zu verändern, wird zunehmend weniger als Versprechen denn als Bedrohung erfahren. Dieser Legitimationsverlust führt dazu, dass der Einsatz gesellschaftlicher Mittel zur Förderung der Wissenschaft und Technikentwicklung immer mehr mit rein ökonomischen Kriterien begründet wird. Die Reduzierung der einstmals universalen Fortschrittsidee auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt entlegitimiert auch die Idee einer Weltausstellung.

Natur wird zum Inbegriff von Rohstoffen, Energiereservoirs und Siedlungsräumen

Heute ist die Weltausstellung nicht mehr der Ort, an dem die neuesten Erfindungen in Form traditioneller Exponate präsentiert werden. Zum einen haben diese Funktion gigantische Industriemessen übernommen, etwa die ebenfalls in Hannover stattfindende Computermesse CeBit, in der abgekoppelt von Legitimationsballast das rein kommerzielle Interesse an den neuen Produkten im Vordergrund stehen kann. Zum anderen sind die neuesten Erfindungen und Forschungsergebnisse der neuen Leittechnologien Mikroelektronik und Gentechnologie nur noch bedingt ausstellbar.

In New York 1964 gab es die ersten Proteste gegen die Weltausstellung als eine rein 'weiße' Leistungsshow, die die ungelösten Probleme der amerikanischen Gesellschaft konsequent ausblende. Nach den zwei Weltkriegen hatte man in Brüssel 1958 versucht, das Heil des technischen Fortschritts in der friedlichen atomaren Nutzung zu suchen. Zivile technische Katastrophen wie Tschernobyl, Seveso und Bhopal hatten wie das Desaster der Raumfähre Challenger auch diesen Glauben zerstört. Die Weltausstellungen seither haben es schwer: Einerseits haben sie die Funktion, den neuesten Stand von Technik und Forschung auszustellen und zu bewerben, andererseits müssen sie auf die mit dem technischen Fortschritt und der Industrialisierung einhergehenden Probleme reagieren, wenn sie nicht zu einem Anachronismus werden wollen.

Diese Situation kennzeichnet auch den Widerspruch von Hannover zwischen der Attitüde der Technikkritik einerseits, mit der es gelang, die Ausstellung nach Hannover zu holen, und gleichzeitigem Umwerben von Industrie und Konzernen andererseits. Der vielbeschworenen Wende, endgültig einem naiven Fortschrittsglauben abzuschwören und einen globalen Diskurs über die Lösung der anstehenden Probleme zu initiieren, steht entgegen, dass die für die Finanzierung des Themenparks herangeholten Konzerne kein Intersse daran haben, diesen Problemen ernsthaft zu begegnen. Für die sich an der Expo beteiligenden Konzerne wie Siemens, Thyssen u.a. steht eher die public relation im Vordergrund, das heißt primär geht es darum, das Image eines sauberen verantwortlichen Konzerns zu erzeugen, als darum, die Probleme des technischen Fortschritts selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Literatur:

- Blumenberg, Hans: Lebenswelt und Technisierung unter Aspekten der Phänomenologie, in: ders.: Wirklichkeiten, in denen wir leben, Stuttgart 1981, S.7-54
- Böhme, Gernot: Am Ende des Baconschen Zeitalters. Studien zur Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt/M. 1993
- Canguilhem, Georges: Fortschritt. Entfaltung und Dekadenz einer utopische Idee, in: Lettre International 30/1995, S.40-44
- Fortschritt, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Bd.2, Darmstadt 1972, S.1032-1059
- Kapp, Ernst: Grundlinien einer Philosophie der Technik. Zur Entstehungsgeschichte der Cultur aus neuen Gesichtspunkten, Braunschweig 1877
- Kretschmer, Winfried: Geschichte der Weltausstellungen, Frankfurt/M./New York 1999

▶ **Susanne Fohler** ist Soziologin und arbeitet zurzeit über Diskurstypen der Technikphilosophie und -soziologie des 20. Jahrhundert.

Partizip Perfekt



Der EXPO-Themenpark als Mitmach-Ausstellung

Foto: Warner Bros. Movie World

von **Silke Bellanger und Stephan Günther**

Partizipation ist eines der schillerndsten Zauberworte der EXPO 2000. Die unterschiedlichen Partizipationsansätze – die Mitbestimmung bei der Ausstellungsgestaltung und die pädagogische Einbeziehung des Publikums – suggerieren in ihrem Zusammenwirken demokratische Vielfalt und die Wirklichkeit einer globalen Zivilgesellschaft. Die Beteiligung im Themenpark funktioniert wie ein Rollenspiel, doch die AkteurInnen verlassen die Bühne nicht. Sie bleiben gefangen in dem Rahmen, den das Drehbuch vorgibt. Möglicherweise liegt gerade in dieser Integration die politisch-gesellschaftliche Bedeutung der Expo.

► »Der Themenpark«, so der Leiter Martin Roth über das zentrale Projekt der EXPO-GmbH, »ist eine bisher nie dagewesene Mitmach-Ausstellung für internationale Partner aus allen gesellschaftlichen Bereichen«. An der Ausstellungsplanung sind neben den Konzernen auch die Länder des Südens, selbstverständlich Frauen und nicht zuletzt »Andersdenkende« beteiligt. Das Mitmachen bleibt jedoch nicht auf die inhaltliche Gestaltung beschränkt, sondern wird in der gesamten Form der Präsentation zum Ausdruck gebracht. So sieht die methodische Konzeption die BesucherInnen als notwendigerweise aktiven Bestandteil der Ausstellung vor. Auf 100.000 Quadratmeter wird ein breites inhaltliches Spektrum ausgestellt, das von »Zukunft Gesundheit« über »Die Zukunft der Arbeit« bis hin zum »Planet of Visions« reicht. Auf der EXPO werden die Exponate nicht mehr bloß ausgestellt, sie werden begehbar, erfahrbar und erlebbar. Das DaimlerChrysler-Projekt LAB.01 etwa bietet »erlebnishaftes und spielerisches Lernen für Kinder und Jugendliche«, wobei Zukunftstechnologien und Mobilität im Mittelpunkt stehen sollen. Dem Konzern geht es darum, dass »Erwachsene von Morgen angeregt werden, eigene Visionen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln«. An anderen Ständen können sich die Partizipierenden »auf dem futuristisch gestylten future cycle durch die Wissens- und Berufswelt von morgen bewegen oder am 3D-walk gleich nebenan in die Wohn- und Arbeitswelt der Zukunft eintauchen.«

Die künstlich aufgebaute Spannung macht die »Lösung« des Problems attraktiv

Die Ausstellung greift dabei auf Prinzipien von Themenparks, Science Centers und neuen Museen zurück, die – seit den 80er Jahren im Boom – als Instanzen der Vermittlung eine Stellung zwischen Mensch und (entfremdeter) Technik einnehmen wollen. Hintergrund ihrer Ausstellungsgestaltung sind Ansätze der Erlebnispädagogik, die Erfahrung und sinnliches, emotionales Erleben als Bestandteil des Lernens begreifen. Hier werden Distanz und die hierarchische Struktur zwischen Lehrenden und Lernenden abgebaut, die Lernenden in den Lernprozess eingebunden und Anknüpfungsmöglichkeiten an ihre Alltagserfahrungen geschaffen.

Erlebnis, Unterhaltung und Alltagserfahrungen sind Bestandteil einer pädagogisch motivierten Präsentation von Technologien und Naturwissenschaften geworden. Und umgekehrt lassen sich Technik und Naturwissenschaft als Unterhaltung verkaufen. Vor allem auf ehemaligen Industrieanlagen entstehen interaktiv ausgerichtete Technik-Ausstellungen, ein Tourismuszweig, der sich zwischen Disney World und Technikmuseum, zwischen Bildungs-, Freizeit- und Arbeitswelt bewegt. Im Elsass etwa ist ein »Bioscope«-Freizeitpark geplant, dessen Konzept vorsieht, »den Besuchern das Thema Leben und Gesundheit auf spielerische Weise

näherzubringen«. Hauptattraktion soll eine Bootsfahrt durch den menschlichen Körper sein. Auch bei der Expo wird der Körper im Mittelpunkt des Themenparks »Der Mensch« stehen, Anlehnungen an die Konzeption des Bioscope-Parks sind unübersehbar. Das »Kernwasser-Wunderland« in Kalkar auf dem Gelände des Schnellen Brüters verbindet ebenfalls Technik und Vergnügen. Spielerisch soll die Technologie den Besuchern vermittelt werden. Die Zielrichtungen der Ausstellungen zu Bio-, Atomtechnologie, aber auch zu Raum-, Flug- und Autoverkehrstechnologien werden von Betreibern, Sponsoren und Ausstellungspädagogen gemeinsam formuliert: Sie sollen an Techniken und Themen heranführen, die nicht leicht zugänglich, schwer einsichtig oder umstritten sind. Auch bei der Weltausstellung werden mittels künstlerischer und abstrakter Gestaltung Technologien wie die Gentechnik eingeführt, ohne dass dabei direkt Produkte beworben werden.

Das Leben – ein Abenteuer

► Um die BesucherInnen der Themenparks, Museen und Science Centers einzubeziehen, werden immer wieder Mittel der filmischen Erzählung eingesetzt. Wie in Krimis oder Abenteuerfilmen wird eine Atmosphäre der Spannung geschaffen, die die sinnliche Wahrnehmung der BesucherInnen sensibilisiert und ihre Bereitschaft zur emotionalen Teilnahme am Geschehen anregt. Während technische Geräte der alltäglichen Nutzung möglichst wenig spürbar sein sollen und alle Hinweise auf Risiken und Gefahren möglichst abgewehrt werden, ist im Themenpark, einem sicheren Ort, das mögliche technische Versagen immanenter Bestandteil des Vergnügens. Die Inszenierung von Risiko und das Spiel mit Gefahr sind ständig gegenwärtig. Der Kitzel ist unverzichtbarer Bestandteil des Konzepts. Bei den Achterbahnfahrten etwa werden die Effekte des technischen Apparates nicht abgemildert, sondern verstärkt. Es ruckelt und rattert möglichst alles. Sicherheitsbügel und Warntafeln weisen darauf hin, dass die Fahrten auf der Achterbahn gefährlich sein könnten. Mittels der körperlichen Sensation wird immer wieder an eine möglicherweise fehlerhafte technische Konstruktion erinnert. In den Kulissen werden kontrollierte Verunsicherungen als Abenteuer erlebt, die die BesucherInnen als Superhelden ohne weitere Verletzungen meistern können. Damit kommt den künstlichen Welten, den fiktionalen Erzählungen der Themenparks, eine quasi katharsische Funktion zu. Ängste vor erschreckenden und beunruhigenden Phänomenen der gesellschaftlichen Realität, der technologischen Entwicklung, können im Themenpark bewältigt werden.

Die Ängste werden also nicht unterdrückt, die Gefahren nicht verschwiegen, sondern im Gegenteil Teil des Erlebens. Erst durch die künstlich aufgebaute Spannung erfährt die anschließend ermöglichte »Lösung« des Problems ihre Attraktivität. Denn Angst wird, wenn sie überwunden ist, zur Lust. So wird beispielsweise mit dem »Tal des Atoms« im EXPO-Themenpark »Energie« bewusst auf das »Tal des Todes« angespielt. Im Zentrum des Tals steht als Hauptattraktion ein bedrohlich dominanter Kernreaktor. Im weiteren Verlauf wird die Angst dann jedoch kanalisiert: Die Kernfusion wird zu einer Ergänzung zur Solarenergie. Mehr noch: Sie verschmilzt mit ihr in der »Fusionsenergie«. Das Problem scheint lösbar, die BesucherInnen sehen einen Weg aus der Gefahr, der nur über die Akzeptanz der eigentlichen Gefahr führt. Die Kernenergie erscheint notwendig, um die Solarenergie voranzubringen.

Das Drehbuch für die Teilnahme der BesucherInnen ist vorgeschrieben

Die inszenierte Erfahrung, Probleme lösen zu können, wird durch die hervorgehobene und sichtbare Partizipation von KritikerInnen an der Konzeption des Ganzen noch verstärkt. BesucherInnen sehen verschiedene Varianten etwa zur Lösung der Energieprobleme, die schließlich nicht mehr miteinander konkurrieren, sondern sich zu ergänzen scheinen. Gesellschaftliche Konflikte müssen danach nicht mehr ausgetragen, sondern können versöhnt werden. Die Partizipation von kritischen Stimmen einerseits und die aktive Einbeziehung der BesucherInnen andererseits lassen die Schaffung von Lösungen erst wirklichkeitsmächtig werden.

Ein Herz für die Wissenschaft

► Die Veränderungen der museumspädagogischen Vermittlung spiegeln allgemeine Veränderungen des Verhältnisses zwischen naturwissenschaftlichen, technischen Einrichtungen und Gesellschaft wider. Krisen und Katastrophen der wissenschaftlichen und technischen Produktion sind zunehmend ins Bewusstsein der gesellschaftlichen Öffentlichkeit getreten. Und spätestens seit den 60er und 70er Jahren erarbeiten Bürgerinitiativen und Wissenschaftsläden alternative, konkurrierende Bewertungen wissenschaftlicher Produkte. Der mit Verweis auf ihre professionelle Kompetenz behauptete Anspruch wissenschaftlicher ExpertInnen, exklusiv »wahre«, »wirklichkeitsmächtige« und »nützliche« Aussagen über die Welt machen zu können, ist mehr als zweifelhaft geworden. Entsprechend wird aus den Reihen der Wissenschaft die Sorge hörbar, in der Öffentlichkeit an Vertrauen, Legitimation und nicht zuletzt finanzieller Absicherung verloren zu haben. Die Distanz zum Leben, zum Alltag der Menschen wird dabei immer wieder als entscheidendes Kriterium der Wissenschaftskrise gedeutet. Die traditionelle Gegenüberstellung von objektivem, abstraktem und vermeintlich nicht interessegeleitetem naturwissenschaftlichen Wissen einerseits und Emotionen, Leidenschaften und Interessen der gesellschaftlichen Seite andererseits habe im Herzen der Wissenschaft ein Vakuum entstehen lassen.

Nun soll die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft belebt werden. Die Wissenschaft müsse dazu aus einem Gebäude namens Elfenbeinturm hinaus und in das Leben hinein treten. Kritische Stimmen werden nicht mehr überhört, sondern in das Erscheinungsbild von Wissenschaft eingebaut. Ebenso sollen das Verständnis und die Bedürfnisse der breiten Masse berücksichtigt werden. Die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit werde ernst genommen. Sie wollen mehr Beteiligung, also sollen sie partizipieren. Sie wollen Vergnügen, also sollen sie ihren Spaß haben. Wissenschaft geht in den Themenpark und Kritik und Öffentlichkeit müssen mit. Denn Themenparks versprechen all das, was der Wissenschaft zu fehlen scheint – Unterhaltung, Spannung und Abenteuer für die ganze Familie.

Themenparks sind künstliche Welten. Walt Disney erfüllte sich mit der Eröffnung von Disneyland in Kalifornien einen Kindheitstraum. Er schuf eine Märchenwelt ohne Gefahren und Traumata. Die Geschichten, die in den Kulissen von Disneyland erzählt werden, ziehen Grenzen zwischen der Welt innerhalb und außerhalb des Themenparks. Für kurze Zeit und gegen Bezahlung können die BesucherInnen in Disneys Welt, in eine Film-, Comic- und Märchenwelt eintreten. An der Kasse werden Alltag und gesellschaftliche Realität zurückgelassen. Versprechen der Themenparks ist es, die BesucherInnen zu temporären BewohnerInnen dieser künstlichen Welten zu machen. Ein umfassendes thematisches Design des Parks – von den Kulissen bis hin zur Kleidung der Angestellten, den Souvenirs und den Snacks – wehrt die Erinnerung an eine außerhalb liegende Welt ab. Das gesamte Setting der Parks zielt auf eine Minimierung von Distanz. Die BesucherInnen sollen nicht ZuschauerInnen bleiben, sondern als AkteurInnen ins arrangierte Geschehen eingebunden werden. Unter dieser Zielvorgabe werden die Themenparks zu Rollenspielen. Entscheidend ist dabei jedoch, dass die BesucherInnen nicht in die Rolle eines Superhelden schlüpfen und als Mickey Mouse oder Luke Skywalker aktiv werden. Eher betreten sie die Welten der Superhelden, Entenhausen oder die Galaxien der Star Wars-Trilogie als weitere BewohnerInnen der fiktionalen Orte und erleben hier ihre »eigenen« Abenteuer. Sie müssen wie Mickey Mouse Kater Karlo jagen, gemeinsam mit Luke Skywalker vor den Truppen Darth Vaders fliehen und mit ihnen zusammen Gefahren bewältigen. In Allianz mit den vertrauten Figuren werden sie selbst zu spannenden,

aufregenden Superhelden. Sie erleben ihren persönlichen Film.

Und da die BesucherInnen zudem aufgefordert werden, in die Rolle der BewohnerInnen der künstlichen Welten zu schlüpfen, scheinen sie aktiv an der Bewältigung der inszenierten Abenteuer und Probleme beteiligt zu sein. Doch die BesucherInnen sind ebenso wenig in den Themenparks des Disneykonzerns noch in der Expolandschaft in Hannover wirklich selbsttätig. Vielmehr erfahren sie eine spezifische Art und Weise der Partizipation. In einem festgelegten Rahmen, in den inszenatorischen Kulissen, können sie nur entscheiden, ob sie mit dieser oder jener Achterbahn fahren, ob sie auf dem Expogelände diese oder jene Abteilung des Themenparks besuchen. Einmal in den Park eingetreten, sind die Wahlmöglichkeiten in einen festen Rahmen eingefügt. Andere Abenteuer als die angebotenen gibt es nicht, andere Blickweisen auf Wissenschaft und Gesellschaft werden nicht angeboten und andere Formen oder Vorstellungen der Partizipation sind nicht zugelassen. Wollen die BesucherInnen den Spaß, für den sie gezahlt haben, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als im vorgegebenen Rahmen aktiv zu werden.

Durch die Rollenspiele, die die ZuschauerInnen letztlich doch nur in einer »teilnehmenden Beobachtung« belassen, werden sie in gewisser Hinsicht integriert in die künstliche Welt des Parks, der gleichzeitig die reale Welt widerspiegelt. Die Teil-Nahme vermittelt so eine Illusion von Beteiligung an Entscheidungsprozessen und macht dadurch eine indirekte Regulierung einfacher. Proteste werden kanalisiert, indem Lösungswege vorgezeichnet sind. An dem Punkt angelangt, scheint die Differenz zwischen der Mitsprache an der Ausstellungsplanung durch NGOs, feministische Gruppen und »Andersdenkende« sowie den BesucherInnen nur funktional. Der Widerstand gegen Bio- oder Atomtechnologie wird zur vermeintlichen Mitgestaltung an der Zukunft. Indem die Alternativen – biologische Landwirtschaft oder Solarenergie – Teil des Weges aus der Gentech-Spirale oder dem Tal des Atoms werden, erfahren sie eine gesellschaftliche Aufwertung. Dieser Machtgewinn zunächst oppositioneller Nichtregierungsorganisationen führt zu ihrer Integration. Die »aktiven« BesucherInnen bestätigen in dem partizipativen Modell die NGOs als Repräsentanten der bürgerlichen Öffentlichkeit. Daher ist die Expo tatsächlich ein Produkt aller beteiligten Machtpole. Erst die Partizipation diverser gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen lässt die Präsentation von »Lösungen für die Zukunft« glaubwürdig erscheinen.

► **Silke Bellanger** und **Stephan Günther** sind MitarbeiterInnen des **iz3w**.

Genreis und Kinder nach Maß

von **Isabel Rodde**

► Als Birgit Breuel vor zwölf Jahren mit Messe-Chef Sepp Heckmann zusammensaß, um erste Pläne für eine Weltausstellung in Hannover zu schmieden, träumten die beiden von einer riesigen DNA-Doppelspirale als Expo-Wahrzeichen. So wie das Atomium bei der Weltausstellung 1958 in Brüssel den Durchbruch der Kernenergie verkünden sollte, wollte man in Hannover die Gentechnik als neue Zukunftstechnologie feiern.

Inzwischen ist die Doppelspirale in der Schublade verschwunden, und die Ankündigungen sind verhaltener geworden. Es scheint, als ob die wachsende öffentliche Kritik – zumindest an gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln – nun auch die Expo-MacherInnen stärker in die Defensive zwingt. Fest steht, dass sich die Chemie-Konzerne finanziell weit weniger an der Weltausstellung beteiligen als von der Expo GmbH erhofft. Deswegen ist auch das ursprünglich geplante »Genetic Diner« im Expo-Themenpark gestrichen worden. »Die Industrie hat, was die grüne Gentechnik angeht, zur Zeit keine PR-Strategie«, meint Ulrich Frohnmeyer, Projektleiter der Ausstellung »Ernährung«.Gentechnik zum Anfassen wird es aber dennoch geben. Neben Gemüsegarten, Kompostbehältern, Picknik-Plätzen und einem Riesen-Büffett soll hinter Schaufenstern goldener Gentech-Reis ausgestellt werden. Ein Forscher-Team von der Universität Zürich hat den Pflanzen das Provitamin A eingefügt. Ingo Potrykus, Leiter des Laborversuchs, wirbt dafür, dass der Vitamin-A-Mangel, von dem schätzungsweise 250 Millionen Menschen weltweit betroffen sind, so wirksam bekämpft werden könne. Deswegen will er den Gentech-Reis »den armen Bauern in Entwicklungsländern« schenken und so »gegen die Armut kämpfen«.

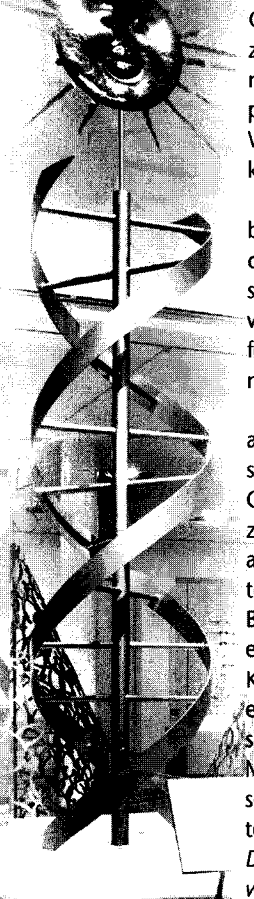
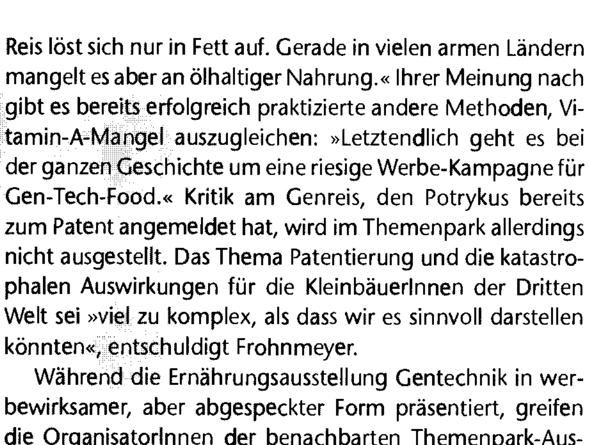


Foto: Gen-Welten Ausstellung

Die europäische Koordinatorin der Kampagne »Keine Patente auf Leben«, Florianne Koechlin, hält diese Versprechungen für scheinheilig: »Das Provitamin A in dem Reis löst sich nur in Fett auf. Gerade in vielen armen Ländern mangelt es aber an ölhaltiger Nahrung.« Ihrer Meinung nach gibt es bereits erfolgreich praktizierte andere Methoden, Vitamin-A-Mangel auszugleichen: »Letztendlich geht es bei der ganzen Geschichte um eine riesige Werbe-Kampagne für Gen-Tech-Food.« Kritik am Genreis, den Potrykus bereits zum Patent angemeldet hat, wird im Themenpark allerdings nicht ausgestellt. Das Thema Patentierung und die katastrophalen Auswirkungen für die KleinbäuerInnen der Dritten Welt sei »viel zu komplex, als dass wir es sinnvoll darstellen könnten«, entschuldigt Frohnmeyer.



Während die Ernährungsausstellung Gentechnik in werbewirksamer, aber abgespeckter Form präsentiert, greifen die OrganisatorInnen der benachbarten Themenpark-Ausstellung »Mensch« in die Vollen: Genomforschung und die weltweite Bevölkerungsdynamik stehen im Mittelpunkt. Offensichtlich scheint die Expo GmbH bei diesen Themen keine Akzeptanzprobleme zu befürchten.

Die Konzeption der Ausstellung gleicht einer Bestandsaufnahme der neuesten naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse: Gentherapie, Hybrid-Organe, Brain-Chips, Präimplantationsdiagnostik. Kritische Fragen werden zwar angerissen, aber der technische Fortschritt scheint unaufhaltsam. Zwei gläserne Würfel, gefüllt mit Milliarden bunter Stecknadeln, sollen veranschaulichen, wieviele Gene und Basenpaare im Rahmen des Human-Genom-Projekt schon erfolgreich bestimmt worden sind. Große »Chromosomen-Klingeln« verdeutlichen, welche Krankheiten und Charaktereigenschaften genetisch bedingt und welche von Sozialisation und Umwelteinflüssen abhängen. Und unter dem Motto »Mensch nach Maß« können die BesucherInnen entscheiden, nach welchen Kriterien sie ihr Kind unter vielen unterschiedlichen Embryonen aussuchen würden.

Die Autorin ist Redakteurin des expo-kritischen Internet-Forums www.xposition.de. Kontakt: redaktion@xposition.de

Krale zu Pavillons
Ausstellungsbilder zwischen Nord und Süd

von **Jochen Müller**

▶ Maria ist geboren und aufgewachsen in einem Armenviertel Sao Paulos und allein erziehende Mutter von drei Kindern – »ein Leben am Rande der Gesellschaft scheint vorgezeichnet«. Der Themenparkbereich 'Das 21. Jahrhundert' soll jedoch »dem Expo-Besucher verdeutlichen, wie sehr er selber den Gang der Zukunft beeinflussen kann«. Im Jahr 2030 hat Maria nämlich »ihr Leben fest im Griff«: »Als Bürgerrechtlerin hat sie erreicht, dass mehr soziale Gerechtigkeit in die Stadt einziehen konnte. Aufstieg aus der Armut, ein engagiertes Leben für eine menschenfreundliche Stadt. Maria zeigt deutlich, dass eine schnell wachsende Bevölkerung nicht mit steigender Verelendung und Kriminalität einhergehen muss. Ihre drei Kinder wachsen in einer sicheren Stadt auf. Sie profitieren dabei von einer guten Infrastruktur und einem funktionierenden Sozialsystem.« (zit. nach ExpoWatch, S.36)

Dieses Märchen von der paternalistisch auf ihren Vornamen reduzierten »Maria« hat weder mit dem Brasilien von heute noch mit dem des Jahres 2030 irgendetwas zu tun. In Rio oder Sao Paulo werden in den Slums engagierte BürgerrechtlerInnen wohl häufiger erschossen, als dass sie sich erfolgreich für Infrastruktur und Sozialsysteme einsetzen könnten. So fern ab jeglicher Wirklichkeit erweisen sich die meisten der Expo-Präsentationen des Südens. Sei es in den durch die Konzerne geprägten Themenparks, sei es in den Selbstdarstellungen der nationalen Pavillons, im Kulturprogramm oder im Rahmen der ausgestellten Weltweiten Projekte (s. Kasten) – überall, wo der Süden auf der Expo vorkommt, dienen bestehende Verhältnisse höchstens als blasser Hintergrund für die Konstruktion von »Problemlösungen«, ohne auf Ursachen eingehen zu müssen.

Der Süden wird in Hannover funktionalisiert, obwohl penetrant und von oben herab von Partizipation und gegenseitigem Lernen die Rede ist. Diese Funktionalisierung hat Tradition: Bis vor gar nicht so langer Zeit beschränkte sich die Rolle des Südens bei Expos auf die Zur-Schau-Stellung von Zurückgebliebenheit. Vor diesem Spiegel erschienen technischer Fortschritt, Größe und Macht der »zivilisierten Welt« um so bedeutender. Mit Hilfe der Präsentation fremder »Primitiviät« konnten Konzepte von Rationalität, Glück und Wohlstand definiert und deren Ausbreitung durch Kolonisierung rechtfertigt weden: Die zu den Weltausstellungen in die Metropolen verfrachtete Exotik der »Neger-Krale«[1] diente als Spektakel für die BesucherInnen und um die Mission der aufgeklärten Industriestaaten zur Beglückung der Menschheit zu demonstrieren.

Zur letzten »großen« Weltausstellung in Sevilla 1992 zeigten sich die seit 500 Jahren Kolonisierten – nunmehr aus eigenem Antrieb souverän gewordene Staaten – vor allem als exotisch-erotische Reiseziele für MetropolenbewohnerInnen. Auch in Hannover wollen viele Staaten des Südens vor allem vom Tourismusboom profitieren. In diesem Sektor sehen sie die Chance, sich ein Stückchen vom Weltmarktkuchen zu sichern, der ihnen ansonsten nicht viel übrig lässt. Deshalb präsentieren sie in ihren Pavillons vor allem Landschaften, Kultur und kulinarische Genüsse. Einige Aussteller hätten die Stände von der Internationalen Tourismus Börse (ITB), die im Frühjahr in Berlin stattfand, recyceln können.

Buntes Ringelpiez

▶ Dennoch lässt sich auf der Expo 2000 ein Wandel erkennen. Ein neues Selbstverständnis von der »Einen Welt« soll demonstriert werden. In dieser sind alle gleichermaßen verantwortlich, und alle haben gleichberechtigt irgendetwas beizutragen. Dazu wird auf dem Expo-Gelände die globale Nachbarschaft der Pavillons vor Augen geführt. Und erstmalig soll Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle auf einer Weltausstellung spielen.[2]

Allerdings konzentriert sich seit der Rio-Konferenz und mit der dort verabschiedeten Agenda 21, die den Orientierungspunkt für alle Aussteller in Hannover abgeben soll, ein Großteil der Entwicklungspolitik auf ökologische Fragen. »Nachhaltigkeit« ist das neue Paradigma für die Projektebene wie für ihre theoretische Legitimation. So hat das kleine Wörtchen »nachhaltig« den Entwicklungsbegriff wieder hoffähig gemacht, der mit dem Vorsatz »nachholend« in ökologischen Verruf geraten war. Weil aber die Angst vor Umweltzerstörungen so groß ist wie die Bereitschaft zur Veränderung der eigenen Wirtschaftsweise klein, werden alle Menschen in Nord und Süd in die Verantwortung gezogen. »Partizipation« ist damit das zweite Zauberwort in der Entwicklungspolitik, das auch im Expo-Rahmen strapaziert wird. Der derzeit gängige politisch-wissenschaftliche Jargon fasst das so zusammen: Wahrung von »Menschheitsinteressen« in der »Weltrisikogesellschaft« durch »Globale Strukturpolitik« unter Einbeziehung der »internationalen Zivilgesellschaft«.

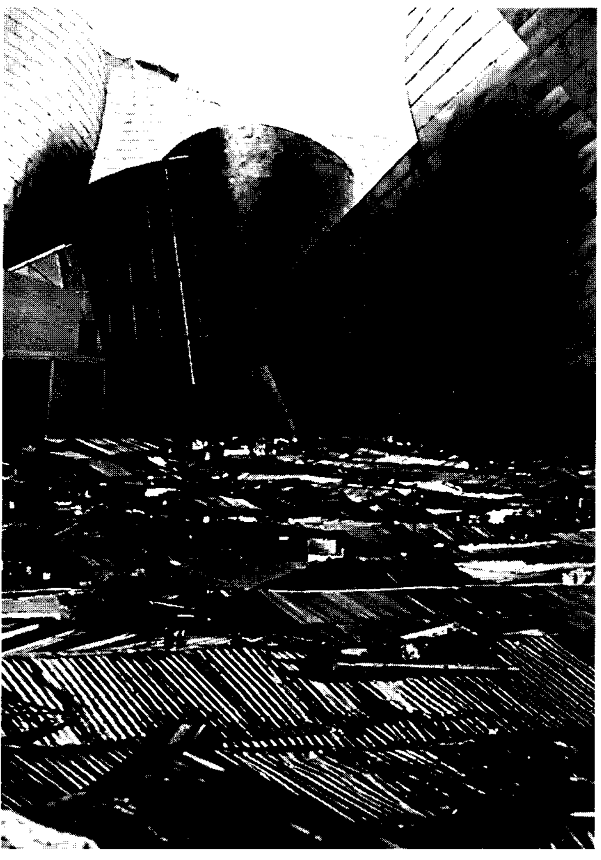
Für die Expo-BesucherInnen ist diese Ideologie auf ein simples Emblem konzentriert worden – das »One World«-Signet für die entwicklungspolitischen Expo-Beiträge. Dieses beschreibt Peter Conze, Leiter des GTZ-Büros Expo 2000, so: »Drei stilisierte Personen (in drei Farben) bilden einen Kreis, der auch als

Die Weltweiten Projekte

▶ Das erstmals auf einer Expo vorgestellte Konzept der Weltweiten Projekte soll vor allem kleinen Organisationen und Initiativen (NGOs) die Möglichkeit geben, sich vorzustellen. Über 1.000 Projekte bewarben sich zu den Themen Mensch, Umwelt, Ernährung, Gesundheit, Wissen, Arbeit, Mobilität, Energie und Basic Needs. Über ihre Auslandsbüros vermittelte die GTZ Kontakte und Informationen. Als Expo-Projekte wurden schließlich 513 – viele mit entwicklungspolitischer Thematik – ausgewählt. 370 der Projekte, von denen 119 schon durch die deutsche EZ gefördert werden, stammen aus Dritte Welt- und »Reformstaaten«. Gerade sie hielten sich eng am vorgegebenen Schlüsselwort »Nachhaltigkeit« – bzw. mussten dies tun. Zu den deutschen Projekten zählen auch der Transrapid sowie die Neutronenforschung.

In Hannover wird nur ein Teil der Weltweiten Projekte selbst zu sehen sein. Größtenteils unter Beteiligung der GTZ werden sie im Rahmen einzelner Nationalpräsentationen, im Themenpark, im 'Haus der Weltweiten Projekte' und als Teilnehmer des »Global Dialogue« vorgestellt. Für die postulierte internationale Vernetzung der Projekte sind nach der Expo allerdings keine Mittel vorgesehen. Auch für die geplante Vorstellung der »indigenen Völker« fanden sich keine Sponsoren. Jetzt werden sie im Haus der Weltweiten Projekte in Form von hängenden Koffern, die sie »mitgestalten« konnten, präsentiert.

jm/Quelle: ExpoWatch


Hütten und Paläste

Weltkugel verstanden werden kann. Darunter stehen die Worte 'One World'. Dieses Signet kann als Symbol verstanden werden – für Solidarität, Gleichberechtigung und Partnerschaft: zwischen Nord und Süd, Ost und West, zwischen Mann und Frau, zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft und Unternehmen. Es steht für eine Entwicklungspolitik, bei der alle zusammenwirken.« (E+Z 4/2000, S. 114) Das ist mindestens so naiv, banal und bar jeder Realität wie Persil- oder Nutellawerbung.

Tatsächlich symbolisiert das bunte Ringelpiez mit Anfassen die Hilflosigkeit der Entwicklungspolitik und die Verlogenheit, mit der das Nord-Süd-Verhältnis verhandelt wird. Hier wird alles getan – nur nicht nach den Ursachen der beklagten »Weltprobleme« gefragt. Dann wäre es schnell vorbei mit der imaginierten Harmonie, dann stünde die Weltordnungspolitik des Nordens zur Debatte. So aber liegen die Ursachen von Hunger, wachsender Armut und zunehmendem Elend nicht etwa in ungleichen Verfügungsrechten von Menschen über Nahrungsmittel (s. iz3w Nr. 244), nicht in der immer krasseren Ungleichverteilung von Reichtum und schon gar nicht in der hegemonialen Ideologie von Ware und Vermarktung. Nein – Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelknappheit sind die Problemursachen. Und für die zeigt der Themenpark die bewährten Lösungen: Bevölkerungskontrolle und High-Tech. Mehr bio- und gentechnisch produzierte Nahrungsmittel sollen weniger Menschen versorgen. Von solchen Effizienzrevolutionen ist die Geschichte der Technik, des Kapitalismus und auch die von 150 Jahren Weltausstellungen voll. In Hannover zeigt sich, dass der Glaube an das Potenzial von Hochtechnologie ungebrochen ist.

Präsentation und Selbstdarstellung

► Der dennoch wachsenden Technik- und Machbarkeitsskepsis in der Öffentlichkeit soll nun begegnet werden. Akzeptanzschaffung für die Fortsetzung der inneren und äusseren Kolonisierung von Mensch und Natur ist das Hauptanliegen der Expo. Die 'Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaft', ohne die in Hannover nichts läuft und nichts gelaufen wäre, formuliert das so: »Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftliche Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen. (...) Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz.«

An dieser Demonstration von Problemlösungskompetenz der Metropolen soll auch der Süden teilhaben. Das ist neu, geschieht indes nach altem Muster: Der Süden dient als Pool für Erholung und Ressourcen. Zu den Visionen der Konzerne kann er kreative Ideen, Kunst, Geschichte, Tradition, Farbe und Musik beisteuern. Dabei halten sich die Repräsentanten der Dritte-Welt-Staaten relativ eng am Thema der Weltausstellung. Zum einen versuchen sie – ob staatlich oder »zivilgesellschaftlich« – mehr oder weniger freiwillig, sich in das Ordnungs-, Wirtschafts- und Denkmodell der Industriestaaten zu integrieren, um nicht völlig abgehängt zu werden. Zum anderen wären sie sonst nicht an die finanzielle und logistische Unterstützung durch BMZ und GTZ gekommen, zu der auch die Beratung bei der Formulierung der Präsentationsthemen und die Entwicklung der Ausstellungskonzepte zählt.

In seinem Pavillon stellt sich Äthiopien, wo derzeit Millionen Menschen hungern, als »Wiege der Menschheit« vor, wo »uralte Techniken zur ökologischen Nutzung erhalten und gleichzeitig moderne Technologien genutzt werden«.[3] Die afrikanische Gemeinschaftshalle zeigt sich als »Wahrzeichen für die Lebenskraft« und ein Riesenphallus durchbricht die Hallendecke. Offenbar wissen sich die beteiligten Staaten unter dem Zwang attraktiver Selbstdarstellung nicht anders zu helfen, als ihrerseits die gängigen Afrika-Klischees zu reproduzieren. Nicht viel anders in der Zentralamerikahalle: Hier kommen die BesucherInnen »über einen Markt mit Kaffee, Papayas und Zigarettendrehern zu einem Arzt für Naturheilkunde, der gemeinsam mit pharmazeutischen Unternehmen neue Medikamente entwickelt«.

Auch das Königreich Bhutan zeigt seine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt – »darunter viele Pflanzen, die für die Arzneimittelproduktion auf der ganzen Welt benötigt werden« – sowie die Traditionen des Buddhismus, der »die Heiligkeit allen Lebens lehrt«. Im indischen Pavillon entwirft eine Multimediashow »ein Leben, das bestimmt ist von kultureller Vielfalt und natürlichem Reichtum, aber auch von Armut, ethnischen Konflikten und ökologischen Problemen, und doch zu einem harmonischen 'Indian Way of Life' gefunden hat«.[4]

Gefällige Neulegitimationen

► An solchen Formen globaler Partnerschaft kann selbst der »Buschmann« aus der Kalahari partizipieren (Weltweite Projekte). Der kann weder schreiben noch lesen, ist dafür aber ein prima Spurenexperte. Deshalb erhält er einen kleinen Handcomputer, in den er sein Wissen einträgt. Mittels dieses Gerätes findet dann der imaginierte »Global Dialogue« zwischen ihm und den Managern von BASF oder dem WWF statt, die auf der Suche nach biologischen Ressourcen und Naturschutzparks sind. Das Ganze soll dem Erhalt des lokalen Ökosystems Kalahari dienen. Globale strukturelle Ursachen für Umweltzerstörungen stehen weder hier noch sonstwo auf der Expo ernsthaft zur Debatte.

Obwohl die Expo die Agenda 21 und mit ihr auch die Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt stellt, fand eine naheliegende Zu-

sammenarbeit mit Nord-Süd- und entwicklungspolitischen Gruppen nicht statt. Nur wenige große Verbände aus diesem Spektrum wie VENRO, TransFair, ai und Brot für die Welt beteiligen sich. Bei ihnen dominiert allerdings auch die typische entwicklungspolitische Projektitis. Und ebenso wie in den Themenparkfeldern 'Basic Human Needs' und 'Ernährung', wo noch am ehesten klassische entwicklungspolitische Aspekte zum Tragen kommen dürften, sind bei ihnen nicht Problemanalysen, sondern Lösungs- und Hilfsvorschläge gefragt, die die Machbarkeit einer besseren Welt suggerieren. Und dazu soll vor allem die Wirtschaft beitragen. In Zeiten von Legitimationsnotstand und Geldmangel setzt die »Entwicklungszusammenarbeit« mehr denn je auf die Privatwirtschaft. Wo dann Partnerschaft, Pluralismus und Partizipation draufsteht, ist meistens PPP drin. In der 'Public Privat Partnership' soll eine Kombination aus traditionellem Wissen, moderner Technik und Eigenverantwortung eine Verbindung mit Kapitalzufluss und Know How aus dem Norden eingehen. Die Ideologie der Marktwirtschaft fungiert – bereichert um Elemente des jeweiligen »local knowledge« – als Allheilrezept.[5]

So steht die bunte Mischung aus kreativer Selbsthilfe, kulturellem Wissen und natürlichen Ressourcen vermeintlich gleichberechtigt neben Kapital, moderner Technologie und multinationalen Konzernen. Der in Hannover auf die Spitze getriebene Eine-Welt-Diskurs von Nachhaltigkeit, Vielfalt, Partnerschaft und Kreativität sperrt systematisch Vernunft und Wirklichkeit aus. Indem er Gleichheit in der Vielfalt suggeriert, wo krasse ungleiche Machtverhältnisse bestehen, dient er vor allem der Glaubwürdigkeit der behaupteten Problemlösungskompetenz des Nordens. Denn die explizite Integration des Südens und seiner Beiträge soll vor allem zeigen, wie »offen« und lernfähig doch die Industriestaaten seien. So steht zwar das Eingeständnis von Fehlentwicklungen als nicht zu leugnende allgemeine Erfahrung (weitgehend unausgesprochen) hinter dem Expo-Konzept – man gibt sich aufgeklärt und kritisch. Das Entwicklungsmodell selbst steht aber nicht zur Disposition. Vielmehr wird weiterhin der Bock zum Gärtner erklärt. Solange aber die hegemonialen Macht- und Denkstrukturen unangetastet bleiben, können Technik und Wissen nie wie vorgegeben allen dienen, sondern fungieren weiterhin als Instrumente zur Sicherung von Herrschaft und Profiten. Gerade die Gegenüberstellung der Vielzahl von Süd-Präsentationen mit ihren pfiffigen Kleinlösungen und den monströsen High-Tech-Arenen verdeutlicht diese Hegemonie.

Anmerkungen:

1 Im Begriff des Krals verschränkt sich eine ethnologische Begrifflichkeit mit rassistischen Zuschreibungen von Primitivität. Er bezeichnet eine »umfriedete« Ansammlung von Nomadenhütten, in die nachts zum Schutz vor Raubtieren auch das Vieh getrieben wird.

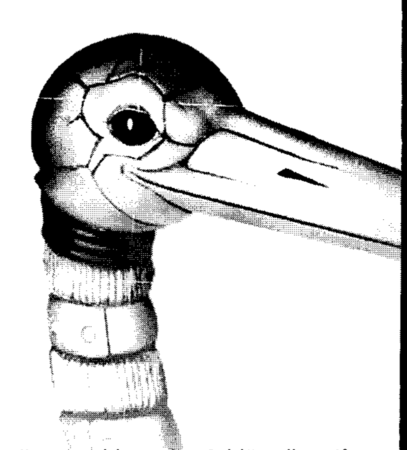
2 Dazu gab das BMZ 100 Millionen. Die GTZ förderte damit v. a. die nationalen Präsentationen von ca. 100 Entwicklungs- und Reformstaaten und organisierte die Auswahl und Ausstellung der »Weltweiten Projekte«.

3 Die folgenden Zitate sind der Expo-Ankündigung zu den nationalen Pavillons entnommen. Die Gestaltung der Präsentation von Dritte-Welt-Staaten übernahmen meist deutsche Architekturbüros (an diese ging dann über die GTZ wohl ein Großteil der BMZ-Gelder), aber auch einige Architekten aus den Herkunftsländern.

4 Fast zwanghaft will die Expo Optimismus ausstrahlen. Kein Problem darf ohne sofortige Lösung bleiben. Das zeigt besonders der Ankündigungstext zur Gemeinschaftspräsentation der Sahel-Staaten: »Die Bereiche 'Umwelt', 'Ernährung', 'Kultur und Gesellschaft' und 'Sahel 21' sollen Probleme der CILSS-Staaten aufzeigen, aber auch Kultur und Lebensfreude vermitteln und Lösungsansätze bieten. Inmitten einer Dünenlandschaft und buntem Markttreiben können sich die Besucherinnen und Besucher über die Geschichte und Probleme des Sahel informieren. Aber auch Lösungsansätze werden in zwei Lehmhäusern präsentiert.«

5 Auf der Expo sieht das dann so aus: Neben Maria aus Sao Paulo werden im Themenparkbereich 'Das 21. Jahrhundert' im fiktiven Jahr 2030 noch drei junge Unternehmer aus Aachen und ein Familienbetrieb aus Dakar vorgestellt. Zu diesem heißt es in ExpoWatch: »Intelligente Textilien, bunte Muster, auffällige Schnitte und pfiffige Applikationen – mit diesem Rezept mischt ein senegalesischer Familienbetrieb die Modeszene in Mailand und Paris auf. Im Jahr 2030 sind die Textilien, die in Dakar produziert werden, gerade der letzte Schrei. Die Ausstellung zeigt hautnah, wie in der afrikanischen Metropole ein Export-Knüller der Zukunft hergestellt wird. Das Kleinunternehmen arbeitet mit innovativen Techniken, die aber an die lange Tradition der Textilherstellung im Senegal anknüpfen. Der Spagat zwischen traditioneller Lebensweise und westlicher Marktwirtschaft kann gelingen, indem sich der kleine Betrieb aus eigener Kraft mit Innovation und Tatkraft in modernen gesellschaftlichen Strukturen integriert. Der Betrieb ist ein Beispiel für die nachhaltige Entwicklung eines dezentralen, aber gut vernetzten Wirtschaftssystems.« In Aachen weihen derweil (2030) die drei namenlosen Jungunternehmer »den neuen Sitz ihrer Biotechnologie-Firma im Jugendstilbau des traditionellen Elisabethbads ein. Hier wird durch die gezielte Umnutzung traditionelle Bausubstanz geschützt und neu belebt: Kulturelles Erbe erhält so zugleich eine außerordentliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort im Herzen des europäischen Marktes.« Das Resumee: »Alle Städte zeigen anhand der Geschichten ihrer Bewohner individuelle Lösungsansätze für die großen Probleme des kommenden Jahrhunderts. Der Besucher bekommt Lust, das 21. Jahrhundert mit zu gestalten.« Viel Vergnügen...

► **Jochen Müller** ist Mitabeiter im **iz3w**.



»Gesundheit« zählt zu den Schlüsselbegriffen im Themenpark der EXPO 2000. Dabei wird nach den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO eine vermeintlich objektive Gesundheit definiert, die auf Messungen und Statistik basiert. Sie wird zu einem »Konzept«, das sich weder an einzelnen Menschen, noch an deren Lebensumständen orientiert. Auch die Entwicklungsarbeit bezieht sich auf dieses Konzept: »Gesundheit« soll für alle zugänglich gemacht und der Bevölkerung in den armen Ländern sollen »choices« durch ein vielseitiges Angebot eröffnet werden.

Der Verein »frauen und expo«, der die Vorbereitungen zur EXPO 2000 kritisch begleitete, lud bereits im vergangenen Jahr zu einer Diskussion zum Thema »Frauen und Gesundheit – EXPO 2000« ein. Als eine der Referentinnen stellte sich die Historikerin Barbara Duden dabei schon gegen einen solchen Titel, weil dieser »expo-immanent« lediglich die stärkere Berücksichtigung frauenspezifischer Bedürfnisse in der Ausstellungskonzeption einfordere. Sie kritisierte, dass sich die zu der Diskussion vorgelegten Schriften und Projektvorschläge bereits auf die Auseinandersetzung um eine »Frauenperspektive« auf der Expo einließen. Damit würden sie zur Legitimation des im Expo-Rahmen vorgegebenen Ideologems »Gesundheit« beitragen.

► Ich beginne mit meinem Befremden am Projektvorschlag »Gesundheit« im Themenpark, denn ich meine, dass wir zu dieser Sache das sagen sollten, was für jede vernünftige Frau eigentlich evident ist, nämlich Folgendes: »Gesundheit« – so wie sie dieser Textquark serviert – ist ein schäbiger Mythos, ein entkörperndes Konstrukt, eine böse Utopie, eine unheimliche Verquickung von globalen Steuerungsphantasien mit einem Schuss Esoterik. Das zu diskutieren, will ich mich einsetzen. Mein 35-jähriges, wachsendes Befremden der Gesellschaft gegenüber, in der ich mit meinem frauenbewegten Herzen uns Frauen Gleichheit verschaffen wollte, ist der Ausgangspunkt, von dem her ich die vorliegenden Papiere nicht kritisiere, sondern ihre Stossrichtung ablehne. Ich lehne den Ansatz nicht deshalb ab, weil die Diskriminierung der Frauen durch den gültigen Gesundheitsnebel nicht klar genug dargestellt wur-

Wattierte Gewalttätigkeit

Frauen und Gesundheit auf der EXPO

von **Barbara Duden**

de, sondern weil die Verfasserinnen nicht begreifen, dass »Gesundheit« – im Exporahmen als Wert, als Ziel, als Zustand und als systemische Charakteristik – erst etwas herstellt, dem die Diskriminierung immanent ist. Das Konzept der Expo-«Gesundheit« erscheint mir nicht primär »frauenfeindlich«, sondern unmenschlich. Diese Einsicht will ich plausibel machen.

Im Projekt-Entwurf »Gesundheit« kommen Menschen überhaupt nicht vor. Daraus folgt, dass Frauen dort nicht »berücksichtigt« werden können. »Die Gesundheit« ist im vorliegenden Text die substantive Chiffre für das Überleben der Gattung, der species humana. »Gesund« ist eine statistische Charakteristik des bio-physio-psychologisches Substrates, um dessen Optimierung die dazu Beauftragten werben. Diesem Konstrukt wird mit einem appelativ einladenden »wir« Fleisch und Blut zugeschrieben, denn – ich zitiere aus dem ersten Paragraphen – »der Themenpark Gesundheit erklärt, woher wir kommen, wo wir stehen, wohin wir gehen und was wir tun können, um eine gesunde Zukunft zu schaffen«. Wenn das nicht Leerformeln sein sollen, dann erwarte ich mir eine Aussage über die Perspektive oder Haltung zu dem, worum es geht, also Klarsicht darüber, woher wir kommen, nämlich aus der Geschichte; eine Haltung dazu, wo wir stehen – bestimmt nicht in einem globalen System; ein »Nein ohne jedes Ja« zum romantischen Machtgedusel, dass »wir« Zukunft schaffen, und Ablehnung dem Planungs-Ziel gegenüber. Genau das tut der Entwurf aber nicht, denn in diesem EXPO-Programm ist die Vergangenheit getilgt, es gibt keinen Standpunkt dem gegenüber, was sich in der Epochenschwelle der 90er Jahre mit atemberaubender Wucht durchsetzt, noch gibt es eine Haltung zur Zukunft, die nicht unverblümt Planung, Steuerung, Aufforderung zur Selbststeuerung als Naturprozesse behauptete und obendrein sentimental verbrämte.

Müsli, Schnitzel und Versicherungen

▶ »Gesundheit« ist im Text eine Assemblage von Anspielungen, die sich mit frecher Selbstverständlichkeit an das besitzergreifende Individuum des Konsumzeitalters und an den informationsabhängigen und damit sprachlos gewordenen »Menschen« wenden. Dazu wird ein sinnloser Haufen von Plastikwörtern eingesetzt: »Gesundheit« als Resultat von »körperlicher Betätigung, Essgewohnheiten, zwischenmenschlichen Beziehungen, ärztlicher Hilfe, Wissen, öffentlichem Gesundheitswesen etc.« Das ist Quatsch. Warum? Domänen des Tuns, die unvergleichbar sind, werden auf einem »Feld« gleichrangig aufgereiht: Ob ich zehn Kniebeugen mache, zu lang im Büro hocke, mich festgeschnallt berädert befördern lasse, ob ich Müsli esse oder Schweineschnitzel, ob das Versicherungs-System in den Praxen das Sprechen und Zuhören unterbezahlt, ist letztlich das gleiche, denn »Gesundheit« wird definiert als »dynamischer Prozess, in dem Genetik, Geschlecht, kulturelle, soziodemographische, sozioökonomische und umweltrelevante Bestimmungsfaktoren mit persönlichen Entscheidungen zusammenwirken.« Persönliche Geschichte, soziale Welten und Zwänge werden in einem solchen Satz als gleichgewichtige Bestimmungsfaktoren für »Gesundheit« unterschiedslos nebeneinander gereiht. Die immer geschichtliche Vielfältigkeit von Tun und Sein wird in einem Satz sprachlich niedergebügelt, ja mehr, in ihrem Sinn umgemünzt zu gleichrangigen Unterkategorien im Herstellungsprozess von »Gesundheit«. X-beliebigem, wie Calcium, Leitungswasser oder Orgasmus wird ein Messwert zugeschrieben und aus diesen Bemessungsfetzen ein Profil hergestellt. Eine multidimensionale Vogelscheuche gegen jedes Übel. Das nennt man die Mathematisierung der Wirklichkeit, bemessene, unsinnliche, unsinnige Lebensqualität in einen bio-psycho-ökologischen Steuerungszusammenhang. Die Topologie des »Immunsystems«, in dem auch alles gleich und gleichgültig ist, gewinnt so den Anschein einer globalen Weltsicht.

»Bei der Aussicht in diesem aseptischen Alptraum leben zu müssen, will ich heulen wie ein Hund vor Langeweile.«

Das neue Subjekt soll »informierte, die Entwicklung und Verwendung von Gesundheitstechnologien betreffende Entscheidungen« treffen. Das spätmoderne Individuum erscheint so als eine Art von Lebensunternehmer, der aus einem Supermarkt von Angeboten seine Option wählen soll, es steht außerhalb von Geschichten, denn aus allen Kulturen und Zivilisationen – von ältesten Heilverfahren bis zur hochtechnologischen Medizin – darf der Besucher, wandelnd im »Garten der menschlichen Heilanwendungen«, wählen. Es erschreckt mich, wie selbstverständlich den Gesundheitsmanagerinnen diese Vernichtung von Geschichte, von konkretem Sinn ist. Die Entgrenzung aller Räume und die Gleichsetzung aller Zeiten zerstört die Möglichkeit, bei sich und bei Sinnen zu bleiben. Die gemeine Zumutung, die darin steckt, dass der Einzelne in diesem Feld ortloser, bedeutungsloser Variablen etwas wählen soll, wird dadurch in Einklang zum »mainstream« gebracht, dass er oder sie »informiert entscheiden« kann. »Entscheidung« ist die Chiffre für die Zumutung, in einer Welt verantwortlich handeln zu sollen, in der niemand Verantwortung übernehmen kann.

Kaum weniger absurd ist die soziale und räumliche »Wirklichkeit«, in der die Besucher wandeln sollen. Ich zitiere: »So zeigt das 'Gesunde-Städte-Modell' (Healthy Cities), ... dass verbesserte Lebensbedingungen als Ergebnis von Entwicklungsbemühungen, mehr Gleichberechtigung, kommunaler Beteiligung und bereichsübergreifender öffentlicher Gesundheitspolitik zu gesünderem Leben führen kann.« Dann folgt ein Szenarium, über das Aldous Huxley sich gefreut hätte: »Eine gesunde Stadt umfasst gesunde Schulen und Arbeitsplätze, Verkehrssicherheit und umweltfreundlichen Verkehr, sichere und nachhaltige Abfallentsorgung/Recycling und eine Umwelt ohne Kriminalität und Gewalt... auch Parks... und Kinderspielplätze... öffentliche Dienste ...sanitäre Anlagen, hygienische Restaurants und öffentliche Toiletten, gute Wohnbedingungen und Impfkampagnen.« Diese Reissbrettphantasie einer »gesunden Stadt« liegt auf einem anderen Stern. Sie ist ebenso total wie nichtssagend. Und doch könnte bei der Besucherin etwas hängen bleiben: die Forderung nach mehr Gesundheitsmanagerinnen!

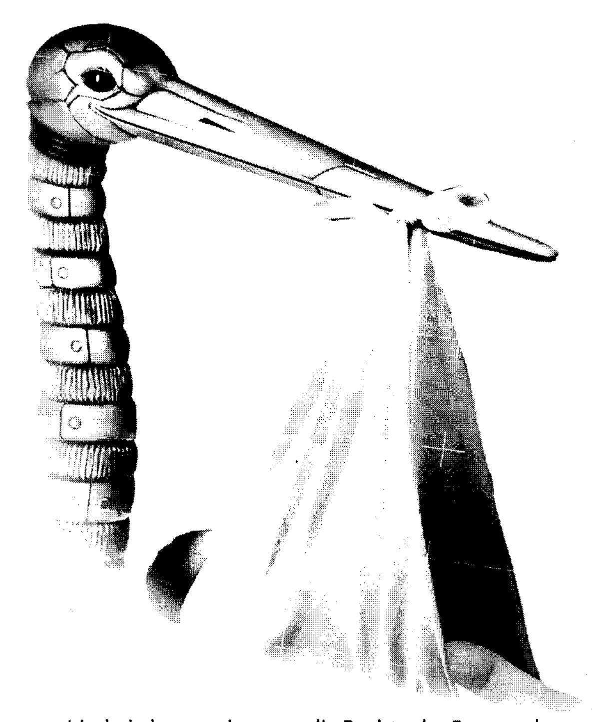
Bei der Aussicht, »in diesem aseptischen ökologischen Alptraum leben zu müssen, will ich heulen wie ein Hund vor Langeweile« (Flaubert). Aber nein, am Ende der Wanderung ist »Wohlbefinden« angesagt. Das liest sich so: »Der letzte Abschnitt ... versetzt die Besucher in eine entspannende Umgebung und ermutigt sie, aktiv zu sein und ihren Körper zu kultivieren....«. Man muss diese Trivialitäten zitieren, um die wattierte Gewalttätigkeit zu schmecken, in der die Besuche-

rin eingewickelt werden soll. Was ich den EXPO-Managerinnen übel nehme ist, dass sie uns die Vorstellung suggerieren wollen, hier müssten Frauen »berücksichtigt« werden. Ich suche vergebens nach einem Satz, der die Widersprüche, in denen Frauen heute leben, benennt, finde kein Wort über genetische Überwachung der Schwangeren, der Krebsverdächtigen, über die Mathematisierung und Genetisierung der Medizin, kein Wort über irgendwas, das ich als »wirklich« schmecken, riechen, handhaben könnte.

Schließlich »das Observatorium«. Mit den eigenen Augen soll die Besucherin erleben, wie Big Brother-cum-Sister jederzeit und überall die »komplexen und sich ständig verändernden globalen Gesundheits-Situationen« durch »internationale Netzwerke« beobachten. Die technogene Entkörperung durch Visualisierungstechniken der High-Tech-Medizin ist hier als weltumspannendes Überwachungsnetz in Gesundheitssatelliten installiert. Im Sinne »nachhaltiger Gesundheit«. Und nicht nur das. Die Netzwerke sind installiert, um allfällig jederzeit »lokal/global zu intervenieren«. Ich zitiere: »Das weltweite Netzwerk hilft, Krisen zu vermeiden und ist jederzeit zur Intervention bereit.« Ja, Kosovo. Und weil die Verfasser wohl ahnen, dass das Wort »Gesundheit« in einem nebulösen Rest von Sinn etwas »Körperliches«, etwas »Materielles« assoziiert, könnte diese a-perspektivische, Gott-ähnliche, aggressiv-militaristische Omnipotenzphantasie der Machbarkeit der conditio humana an Erfahrungen des Besuchers anschliessen. Denn Schmerz, Siechtum, Altern, Leid, davon wissen wir. Leibhaftig wissen wir immer noch etwas davon. Frauen vor allem, auch wenn das Geschwätz des »Körpers als sozialer Konstruktion« viel von diesem Wissen verunsichert haben dürfte. Die »Gesundheit« im Themenpark braucht diesen Rest somatischer Ahnung meines und Deines wirklichen Daseins, um Globalsteuerung und -Intervention den Anschein von »Hilfe« zu geben. Das Observatorium ist für mich ein Zeitzeichen für den anvisierten Kurzschluss der einzelnen, somatischen Person an ebenso abstrakte wie gewaltförmige Global-Interventionen. Gnade uns davor!

▶ **Barbara Duden** ist Historikerin und Professorin am Institut für Soziologie der Uni Hannover.

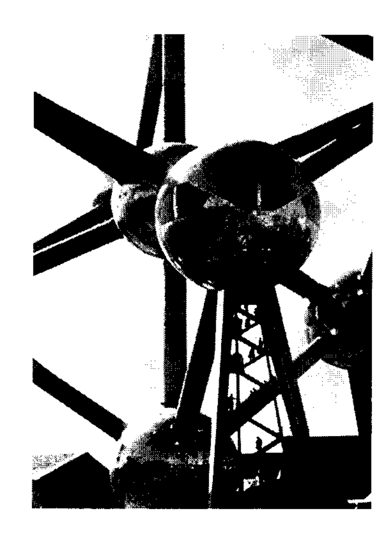
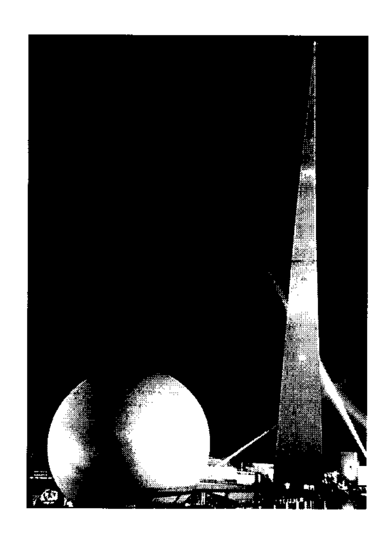
Bevölkerungspolitik 2000



▶ Wie die Kampagne zum »Tag der 6-Milliarden« bemüht auch die Expo Katastrophenszenarien. Der Mensch erscheint hier als mathematisches Problem. Die Präsentation erfolgt in Zahlen, deren Höhe Probleme skizzieren soll und Lösungen herausfordert, wie sie in den Themenbereichen zu finden sind. Im Themenpark »Umwelt« wird die steigende Verunreinigung des Wassers anhand des Bevölkerungswachstums verdeutlicht. Ebenso verweisen die Themenparks »Ernährung«, »Gesundheit«, »Energie« und »Das 21. Jahrhundert« explizit auf das Bevölkerungswachstum. Um die Grundbedürfnisse, den Energiebedarf, die gesundheitliche Versorgung und die Ernährung angesichts der ständig wachsenden Weltbevölkerung zu sichern, stünden die Versorgungssysteme vor neuen Herausforderungen. Das wird den BesucherInnen im Themenparkbereich »Mensch« anhand zwitschernder Wellensittiche nahegebracht. Jeweils zwei Volieren mit blauen, gelben und grünen Wellensittichen für ein Industrieland, ein Schwellenland und ein Entwicklungsland sollen die Bevölkerungsentwicklung vom Jahr 2000 bis 2030 präsentieren. Die Farben der Wellensittiche symbolisieren unterschiedliche Generationen: blau für Senioren, grün für Erwerbstätige und gelb für Kinder. Gezeigt werden soll, wie sich der Anteil der Senioren, Erwerbsfähigen und Kindern verändert und welche sozialen Folgen die demographische Entwicklung der jeweiligen Länder hat. So soll die steigende Anzahl alter Wellensittiche verdeutlichen, dass die staatlichen Versorgungssysteme überfordert sind. Damit nicht die kommende Generation für die Versorgung der Senioren aufkommen muss, soll die soziale Infrastruktur verbessert werden, um das Bevölkerungswachstum einzudämmen.

Die Lösung des »Problems« präsentiert sich auf der Expo 2000 – wie es seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 schick geworden ist – frauenfreundlich. Im Themenbereich »Basic Needs« stellt die Expo GmbH die Stärkung der Rechte von Frauen in Kenia als einen ersten Schritt im Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion dar. Trotz sprachlichem Facelifting geht es hierbei aber weniger um die Rechte der Frauen als um die Kontrolle des Bevölkerungswachstums. Dass dem Thema »Überbevölkerung« zentrale Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist u.a. dem Expo-Engagement der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) zuzuschreiben (zur DSW s. *iz3w 237*). Zudem ist das Bevölkerungswachstum jedoch Legitimation für biotechnologische Forschungen. In einem Interview führten etwa Vertreter von Expo GmbH und Siemens die weltweite Umweltbelastung, Armut und Hunger auf das Bevölkerungswachstum zurück. Mittels gentechnologischer Forschung und Kontrolle des Bevölkerungswachstums soll nun die Zukunft des Planeten im Sinne der Agenda 21 gesichert werden. Die Weltwirtschaftsordnung muss bei dieser Analyse nicht in Frage gestellt werden. Auf der Expo geht es um technokratische Zukunftsvisionen, die die Machbarkeit der Lösung globaler Probleme demonstrieren sollen. Kein Wunder, dass das Bevölkerungswachstum auf Platz 1 der Hitliste dieser globalen Probleme rangiert.

Sonya Schneider (Von der Autorin erscheint demnächst im Yeti Press Verlag: Bevölkerungspolitik – vom Zwang zum Konsens.)

Die Signifikanten-Parade

Notizen zu Turmbau, Exhibitionismus und der ewigen Wiederkehr des Gleichen

von **Thomas Cernay**

Das Selbstverständnis jeder Weltausstellung ist an ihren Symbolen abzulesen. Die Geschichte der Expos ist aus dieser Perspektive eine Geschichte des Phallus. Sie reicht von der Dampfmaschine über Obelisken und den Eiffelturm letzlich bis zum hannoverschen Netzwerk. Denn auch dieses hebt die Unterteilung in Zentrum und Peripherie nicht auf, sondern schafft an seinen Knotenpunkten eine Vielzahl neuer Zentren.

► Die Sinnproduktion ist von jeher ein verzweifeltes Geschäft. Und die Weltausstellungen zählen unfreiwillig zu den herausragenden Zeugnissen für diese Erkenntnis. Auf den Festen des Fortschritts war und ist eine innige Verbindung des ökonomisch-wissenschaftlichen Rationalismus mit abenteuerlichen Utopien und Heilsversprechen zu bestaunen. Noch bemerkenswerter als die monströsen Naivitäten ist die unbewusste Leitfigur der Repräsentation. Das Bemühen, die Bedeutung des Fortschritts hervorzuheben, ist vom unablässigen Vorzeigen phallischer Symbole gezeichnet. Symbole, die im Imaginären der patriarchalen Phantasie ein Zentrum errichten und auf immer gleiche Weise einen Raum strukturieren, der abwechselnd für das Wilde, die Erde, die Frau oder das Andere steht, das man sich untertan macht. Waren die ersten Ausstellungen narzisstische Selbstbespiegelungen des abendländischen weißen Mannes, Momentaufnahmen der industriellen und kulturellen Potenz, so ist das Leitbild der Gegenwart die Zukunft geworden. Das ist naheliegend, denn sie gehört zu den letzten nicht kolonisierten und kontrollierten Räumen, die zu erobern dem Vorwärtsdrang geblieben sind.

Die Nachhaltigkeit des Gleichen

► Schön und neu wird diese Welt sein, so verspricht es das Konzept von Hannover, gemeinsam, im demokratischen Netz und nachhaltig gestaltet. Ausdrücklich rudern die Natur und die 3.Welt mit im Boot des global dialogue. Die Frauen bringen ihre Sicht der Dinge mit der Frauenuni oder im Rahmen des Vereins »frauen und expo« ein. Die Zivilgesellschaft nimmt die dabei üblichen Züge an: Rollenzuweisung aus hegemonialer Position wird durch Selbstzuschreibung ersetzt. Für den Verein unterstreicht Architekturprofessorin Barbara Zibell die Bedeutung der weiblichen Mitwirkung: »denn wer wäre zur Vermittlung des Gedankens der nachhaltigen Entwicklung besser geeignet als Frauen?« Ähnlich traurig wird die Standortbestimmung der Länder des Trikont in den jeweiligen Pavillons ausfallen. Die industrielle Unterentwicklung wird zum Prädikat »unberührte Natur« mutieren -fremdenverkehrsfördernd umrahmt von kulinarischen und kulturellen Köstlichkeiten. Nachhaltig am Expogeschehen scheint vor allem die ewige Wiederkehr des Gleichen zu sein.

Die Hartnäckigkeit ist neben der berechnenden Absicht unbewussten Motiven geschuldet, eine psychologische Interpretation der Geschichte, die nach Hannover führt, kann so kein Schaden sein. Die Historie der Weltausstellungen durchzieht als roter Faden der Versuch patriarchaler Selbststabilisierung oder Subjektvergewisserung, der sich grob in drei Phasen einteilen lässt. Bevor sie im Weiteren illustriert werden, seien sie kurz angerissen.

Die erste könnte man (in Anlehnung an die phallische der Psychoanalyse) als die phalloide Phase bezeichnen, denn die Ausstellungen werden von einer überschäumenden Fülle diverser Erektilien dominiert. Es sind Zeichen der Macht und Kontrolle, die in passiv gedachten Räumen operieren. Bei ihrer Würdigung wird sich eine Überdosis Freud nicht vermeiden lassen. Die zweite Phase ist von diversen Verschiebungen geprägt. Es sind die Rückwirkungen der penetrierten Räume, das Eigenleben des passiv Imaginierten, die den Phallus erschüttern und metaphorische Neuformulierungen seiner Darstellung bedingen. Dieser komplexeren Beziehung von Phallus und durchdrungenem Raum trägt Lacans Theorie des Unbewussten zumindest in Teilen Rechnung. Es ist die Hochzeit der Signifikanten, jener bedeutungsschwangeren Bilder, die die feststehende Bedeutung des Zeichens ablösen. Die letzte Phase, von der Nachkriegszeit bis Hannover, ist die der Reanimationsversuche des seinen inneren Widersprüchen erlegenen Fortschrittsparadigmas: Zum einen simple Regression oder

Verdrängung, die kurzfristig über das Koma des Patienten hinwegtäuscht, wie die friedliche Nutzung der Kernenergie im Anschluss an die atomare Massenvernichtung. Zum anderen komplizierte chirurgische Eingriffe, die die Versorgung mit kritischen Implantaten sichern. Die notorischen Widersprüche werden berücksichtigt und der Widerstand des Unterworfenen aufgenommen. Die Einbindung von local knowledge, die Berücksichtigung der Gender-Aspekte, der round-table der Zivilgesellschaft, all das sorgt für Verschiebungen, die die phallokratische Struktur bis zur Unkenntlichkeit entstellen. Doch die Macht der Verhältnisse sorgt für eine Reproduktion der Form, was besagt, dass die Phasen nicht wirklich wesensverschieden sind.

Der träumende Fortschritt

▶ Unbewusst, doch offensichtlich bieten die Helden der industriellen Revolution den Phallus als strukturierendes Prinzip ihrer Welt und ihrer symbolischen Universen an. Der amtliche Londoner Ausstellungskatalog preist 1851 die technischen Heroen, die das »unaufhaltsame Vordringen der Cultur« bewirken, als »gigantische Männer, welche Berge durchbohren«. Die Kraft der Dampfmaschine fesselt nicht nur die allgemeine Aufmerksamkeit, sie wird auch umstandslos auf Ingenieure übertragen. Trieb und Antrieb mischen sich in der Potenzphantasie des Dampfrosses, Nachfahre des Zentauren, das statt Mensch und Pferd Feuer und Wasser zur stoßenden und schnaufenden Maschine vereinigt. Der kulturelle Beitrag einer »Dampfmaschine zur Urbarmachung und Ausrottung des Urwaldes« verdient besondere Erwähnung, weil sich das zugundeliegende Phantasma ungebrochen bis 1960 hielt. General Motors zeigt im Futurama die Zukunftsvision des »Jungle Road Builder«, eine gigantische atomgetriebene Plattform, die sich pausenlos durch den Dschungel schob. Vorne ließen Laserstrahlen den Wald verschwinden, hinter ihr blieb ein Highway zurück. Nichts an Deutlichkeit lassen die wichtigsten deutschen Beiträge zu den frühen Weltaustellungen vermissen. Krupp präsentiert in vollendeter Einheit von Form und Funktion eine von Mal zu Mal größer werdende Kanone.

Zwei Einsichten Freuds werden hier anschaulich bekräftigt: Die in späteren Entwicklungsphasen jederzeit mögliche Rückkehr zu einer früheren libidinösen Besetzung und der Zwang zur Überbietung des Vorbildes, der die Kastrationsdrohung abwehren soll. Einen der Höhepunkte dieser Manie bildet 1889 die Erbauung des Eifelturmes, des wohl bekanntesten Symbols einer Weltaustellung. Nicht nur die – in funktionslosenTurmbauten mehrfach anvisierten – 1000 Fuß Höhe waren in eiserner Härte verwirklicht, die Spitze des Turmes wurde darüber hinaus mit riesigen elektrischen Bogenlampen bestückt, die ihre Strahlen in den endlosen und dunklen Raum der Nacht warfen. Eleganter ließ sich die Kombination von statischem und dynamischem Phallus nicht realisieren. Am Turm ist neben der Übersicht über den Raum und den Kontrollphantasien vor allem die Auszeichnung eines Standpunktes von symbolischer Bedeutung. Ohne sie wäre jeder Ort dem anderen gleich und der Raum ohne Struktur. So markiert der vertikal ruhende Phallus im Eiffelturm die Subjektposition des bürgerlichen Patriarchen, der so den 100. Jahrestag seines Sieges in der französischen Revolution feiert. Die Lichtmethaphorik steht dieser Mehrdeutigkeit nicht nach. Vordergründig ist das Licht ohnehin schon Bild im Begriff der Aufklärung (enlightenment, les lumières) und konnotiert die Revolution durch die wertenden Gegensätze hell/dunkel oder aufgeklärt/finster. In der phallokratischen Agenda wiederholt der Lichtstrahl das Motiv des Vordringens in den Raum in dessen Nichtigkeit er sich mit unüberbietbarer Geschwindigkeit ausbreitet.

Die Ausstellungen werden von einer überschäumenden Fülle diverser Erektilien dominiert

Der Raum schlägt zurück

▶ Mit der 400-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas traten die Vereinigten Staaten als neue Weltmacht auf die Bühne. Statt einer noch gigantischeren Halle als in Paris wurden 1893 in Chicago Palazzios um eine künstliche Lagune gruppiert. Die »White City« und ihre Spiegelung erstrahlte im neuschwanstein-weißen Licht als neoklassischer und blasser Traum der Mittelklasse gleicher Farbe. Erfolg aber hatte ihr Gegenpol, der Midway zu verzeichnen. Ursprünglich wie die unvermeidlichen Ethnoschauen früherer Austellungen geplant, geriet er zu einer multikulturellen Vergnügungsmeile bisher ungekannten Ausmaßes. Nicht, dass damit der Rassismus des bisherigen ethnologischen Rahmenprogramms absichtlich durchbrochen wurde. Die weiße Welt des Fortschritts wurde von den bunten Rassen säuberlich getrennt gehalten, doch die trophäenhafte Darbietung des Fremden auf den Kolonialausstellungen war einem exotischen Jahrmarkt gewichen. Die Wahrnehmung des Fremden als Unterworfenem wurde durch die des Fremden als eigenem Verdrängten überlagert – als altes ego, ohne das ein Eigenes nicht konstruierbar war. Mit der Sehnsucht und Exotik begann sich die Dialektik der Identifikation langsam ins Bewusstsein zu schieben. Die gleiche Verschiebung bahnte sich in Chicago auch im Geschlechterverhältnis an. Der angeblich meistbeachtete Themenpavillon war das »Women´s Building«, in dem eine von Frauen organisierte Ausstellung deren Leistungen im Erziehungswesen, in Wissenschaft, Ökonomie und Kunst präsentierte.

Auch die Entfernung zwischen Orten brach mit dem Erreichen des elektrischen Zeitalters zusammen, der Telegraph ermöglichte das erste globale Netz, in dem die Distanz keine Rolle mehr spielte. Der geographische Raum war durchschritten, und die weitere Expansionslust der Kolonialmächte führte zielsicher in den ersten Weltkrieg. Die Verschiebungen gingen an den Phalloiden nicht spurlos vorbei. Mutationen des Signifikanten deuten sich noch vor der Jahrhundertwende an. Der Zenit des Eisenbaus ist mit dem Eiffelturm überschritten, als Ersatz dürfen seit 1889 phantastisch illuminierte Wasserfontänen auf keiner Ausstellung fehlen. Die Form fällt in sich selbst zurück. Eine auffallende Regression zum Turmbau findet erst 1933, wieder in Chicago, statt. Im Pavillon der US-Regierung hat sich der eine Turm in ein Triumvirat gespalten. Die drei Säulen symbolisierten die des demokratischen Rechtsstaates: Teilung der Gewalt in Legislative, Judikative und Exekutive. Der absolutistische oder diktatorische übermächtige Vater ist von der Brüderhorde kastriert, der Phallus mit dem Phallus ausgetrieben. Diese Vervielfältigung des Signifikanten bei dem Versuch, ihn zu unterlaufen, wird kein einmaliger Vorgang bleiben. Bedeutungsvoll war in Chicago auch die Eröffnung, die ganz im Zeichen des Lichtes stand. Warf der Eiffelturm seine Strahlen in

den teilnahmslosen Raum, so wurde hier die Lichtmetaphorik gerade umgekehrt. Licht aus den Tiefen des All, genauer gesagt vom 40 Lichtjahre entfernten Arcturus, wurde von vier vernetzten Sternwarten eingefangen und schaltete nach elektronischer Verstärkung Abertausende von Neonröhren der Ausstellungsbeleuchtung an.

Das erste Turmprojekt, das beide Geschlechter repräsentierte, ja beinahe matriarchalen Anschein erweckte, war Trylon & Perisphere, 1939 in New York. Trylon, seines Zeichens ein 185 Meter hoher Obelisk, stand mehr oder weniger nutzlos (die ihm zugedachte Aufgabe beschränkte sich darauf, Hoffnung in die Zukunft auszustrahlen) neben einer 54 Meter durchmessenden Stahlbetonkugel. Sie beherbergte in ihrem Inneren Democracity, das begehbare Modell einer Zukunftsstadt. Dem imaginierten Weiblichen kam nicht nur die bekannte Mutterrolle zu. In der Nähe zum Turm drückt sich auch die inzestuöse Hoffnung auf künftige Wiedervereinigung aus. Geschichte statt Zukunft schrieb der Westinghouse-Konzern mit der formal gelungensten Phallussymbolik: Die »Time capsule«, ein etwa drei Meter langer Dildo aus Edelstahl, den man, statt wie üblich aufzurichten, bereits vor Ausstellungsbeginn im Flushing Meadows Park in die Erde versenkte. Hier wird der Inzest endlich symbolisch vollzogen und die Reise durch den Raum kann bereits in 15 Meter Tiefe enden. Danach war eine längere Entspannungsphase von 5000 Jahren geplant. Zur Verschleierung der tieferen Absicht enthält die Kapsel neben einigem Krimskrams vor allem Mikrofilme, die zukünftigen Archäologen wertvolle Hinweise über den Stand der zivilisatorischen Errungenschaften des Jahres 1939 geben sollten.

Der verlorene Signifikant

► Mit dem 2. Weltkrieg hatte sich der naive Glaube an den Fortschritt erledigt. Der Schock saß tief genug, um die folgenden Eroberungen vorübergehend auf unbelebte Räume zu richten. Das Atom und der Weltraum wurden zum großen Verdrängungs- und Integrationsprojekt. Auf der Weltaustellung von 1958 in Brüssel wird aus der Kernspaltung, die zu Hiroschima, Nagasaki und weltweitem Fallout durch die Bombentests führte, umstandslos die friedliche Nutzung der Kernenergie. Im Schatten des Atomiums, gigantisches Modell eines Eisenatoms, wuchern schon wieder die unglaublichsten technischen Utopien. Ebenso erstaunlich ist das Verhältnis von Signifikant und Raum im Atom. Was die Sinne als fest begreifen, ist in der Wahrheit der Physik leerer Raum, der von verschwindend kleinen »Körnchen« strukturiert wird. Rückt man diesen zu Leibe, zeigt sich ein ähnliches Bild. Der Signifikant löst sich auf im Mikrokosmos. Erfreulicher scheint die bemannte Raumfahrt, doch auch hier schießt der Signifikant über's Ziel hinaus. Die Symbolik der Rakete ist die der paradoxesten Potenz – vordergründig ein märchenhaftes Übermaß an Kraft (das tapfere Schneiderlein übertrifft den Steinwurf des Riesen durch einen Wurf ohne Wiederkehr), mit der die Abhängigkeit von der Erde überwunden werden kann. Ein Pyrrhussieg, denn die Endlosigkeit des Makrokosmos kann vom Phallus weder organisiert noch erschlossen werden. Im All kann die Rakete eigentlich nur verschwinden.

Der Erde, der übermächtigen Mutter mit ihrer ungeheuren Anziehungskraft, will der Raumfahrer aus Gründen der Selbstbehauptung entkommen. Und er will zurück zur Einheit, also verschmilzt er mit dem endlosen All. Greller läßt sich der Grundkonfikt des Ego nicht inszenieren. In Lacans Deutung des Unbewussten führt der reale Verlust der Einheit mit der Mutter zur Entwicklung eines Subjekts mit einer unausfüllbaren Leerstelle. Diese Loslösung fällt mit dem Erwerb der Sprache zusammen. Der Begriff setzt sich an die Stelle des abwesenden Objektes, das er aber niemals ersetzen kann. Die Suche nach einem Ersatz wird zur endlosen. Auf der Seite des Ausdrucks folgt so die Verschiebung von einem Signifikanten zum nächsten, die Lacan das Begehren nennt. Da die Bedeutung sprachlicher Zeichen durch ihre Differenz entsteht, verweist in der Parade der Signifikanten jeder nur auf die anderen, zwischen der Sache selbst und den Zeichen herrscht ein unüberbrückbarer Abgrund. Wesentlich abstrakter als bei Freud fungiert der Phallus bei Lacan als transzendentaler Signifikant, der nurmehr auf die grundsätzliche Differenz verweist, die uns von der Einheit trennt und in die symbolischen Ordnungen einreiht.

Als bedeutsamer Rest der Eroberung des Weltraums ist (neben der Teflonpfanne) das erdumspannende Netz der Trabanten geblieben. Der Satellit als neuer Signifikant ist der Knoten der Kommunikation, die er als Medium kanalisiert und ordnet. Sein Raum ist der virtuelle der Sprache, der Bilder und des Begehrens. Diese Rückkehr zur Erde wäre unvollständig ohne die Kolonisierung des physischen Leibes. Kommunikations- und Biotechnologie sind zwei Seiten der Medaille, um deren Prägung es auf der Expo in Hannover geht.

Die Macht der Verhältnisse

► Die Kette der Signifikanten zu unterbrechen wird alles andere als einfach sein. Der Glaube, dass Partizipation und Netzwerke – Symbole der Expo 2000 – eine ernstzunehmende Demokratisierung oder den Abbau von Herrschaftsverhältnissen zur Folge haben, ist angesichts der psychologischen Gemengelage naiv. In der Regel reichen die zumeist vom Pragmatismus geleiteten Überlegungen nicht einmal an das Reflexionsniveau heran, das Freud vor 100 Jahren hatte. Die phallokratische Struktur ist ein schweres Kaliber. Die ernüchternde Studie Judith Butlers zeigte, wie sich feministische Theorie immer wieder in einer Polarität verfängt, die die kritisierte phallokratische Position zur Vorraussetzung einer weiblichen Identität macht. Luce Irigarays Beschreibung der Lust der Frau, mit der sie Freuds »Anatomie ist Schicksal« zurückweisen wollte, erzeugte eine Vielzahl verstreuter erogener Zonen, eine Polyvalenz der Lust. Die Hegemonie des Phallischen wird durch die Vervielfältigung der Zonen nicht durchbrochen, es verläßt nicht einmal den Boden des Anatomischen. Auch die Vervielfältigung der Geschlechter ist nur wenig subversiv. Man kann eine Struktur nicht mit ihren Prinzipien bekämpfen. Subjekt und Geschlecht sind als Kategorien zu problematisieren. Das alles vollzieht sich in wunderbarer Analogie zur emanzipatorischen Utopie der Netzwerke. Überall entstehen Knoten, das Zentrum vervielfältigt sich, während es sich verkleinert, aber die Knotenpunkte sind weder gleichwertig noch das Netz weniger machtförmig. Das Resultat ist eine verbesserte Struktur und Ordnung des Raumes. Im Inneren der Infrastruktur ist der Kampf immer der gegen die Windmühlen.

► **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Digitalisiertes Gemeinwohl

▶ Den Hauptteil des 6. Bandes aus der Expo-Reihe des Campus-Verlages, **Megamaschine Wissen. Vision: Überleben im Netz**, bestreitet Florian Rötzer mit einer Reise durch die »Lebenswelt Cyberspace«. Er streift durch alle möglichen Gefilde der digitalisierten Welt, vom vernetzten Kühlschrank über ein »globales Gehirn« in Form einer total vernetzten Welt bis zum Gebiet der medialen Kriegsführung im Netz. Dahinter steht die Frage, wem eigentlich Wissen in der Zukunft gehören wird. Dabei kontrastiert er die von ihm immer wieder hochgehaltene Vision eines unbeschränkten Meinungsaustausches mit der beschriebenen Realität der Kommerzialisierung des Internets und den enorm gestiegenen technischen Möglichkeiten der staatlichen Überwachung. Angesichts der Verschärfungen des internationalen Patentregimes und der Suche der Konzerne nach technischen Möglichkeiten der Beschränkung auf bezahlte Nutzung (Software on demand) vergleicht Rötzer die Bedrohung des »öffentlichen Wissens« mit der Vorstellung, das Alfabet oder mathematische Formeln wären patentrechtlich geschützt und jede Schule müsste Lizenzgebühren zahlen, wenn sie diese lehren würde.

Charles Lumsden plädiert im hinteren Teil des Buches in kruder Manier für die auf den Neodarwinismus aufbauende Soziobiologie, um dann eine Zukunft an die Wand zu malen, in der intelligente und vernetzte Maschinen in eine Koevolution mit den Menschen eintreten. Schon im frühen 22. Jahrhundert könne die entscheidende Frage nicht mehr sein, was die Menschen mit diesen megapotenten Maschinen anstellen, sondern umgekehrt. Dagegen ist die Analyse von Roberto Verzola über die realen Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten des Internets am Beispiel Philippinen sehr greifbar. Die globalisierte Informationswirtschaft wird als dritte Welle des Kolonialismus eingestuft, in der die Länder der dritten Welt kaum die Chance haben, Entwicklungsstadien zu überspringen. Der Anschluss an die Datenautobahn mache die Länder des Südens eher zu einem abhängigen Absatzmarkt für Monopole, gefangen in einem teuren und verschwenderischen Kreislauf des Kaufens und Veralterns.

Heiko Wegmann

▶ *Florian Rötzer: Megamaschine Wissen, Vision: Überleben im Netz. Expo-Reihe, Campus, Frankfurt/New York 1999, 263 S., DM 36.*

Was braucht der Mensch?

▶ **Vision: Politik im Dienst der Grundbedürfnisse** lautet der Titel des 11. Bandes in der EXPO-Reihe, zu dem der Campus-Verlag das personifizierte ökologische Gewissen der SPD, Erhard Eppler, überredet hat. Besser hätte er's gelassen. Was Eppler da in seinem 100-Seiten-Aufsatz abliefert, ist selbst für eine protestantische Erbauungsschrift arg dürftig. Tumbe Sprüche à la »Wenn alle auf den Zehenspitzen stehen, sieht keiner besser« oder »Genug ist oft weniger« müssen all denen, die nicht am Wohlstand teilhaben können, wie Hohn in den Ohren klingen. Ein bisschen moralinsaure Neoliberalismus-Schelte hier, ein bisschen kruder Antikommunismus dort, so begründet Eppler sein Programm des Common Sense, dessen radikalste Forderung die nach der Ökosteuer ist. Die Behauptung der Verlagswerbung, bei Eppler handele es sich um einen der »wichtigsten politischen Vordenker«, kann getrost als derzeitige Übertreibung des Jahres betrachtet werden. Auch die weiteren Beiträge des Buches, in denen ein »Indianerhäuptling in Kanada, ein chinesisch-amerikanischer Künstler, eine Biologin in Palästina und ein belgischer Unternehmensberater erzählen, was sie zu einem erfüllten Leben brauchen« (Klappentext) können's nicht mehr reißen, sondern verschlimmern den Gesamteindruck noch.

Christian Stock

▶ *Erhard Eppler, Was braucht der Mensch? Vision: Politik im Dienst der Grundbedürfnisse. Expo-Reihe, Campus, Frankfurt/New York 2000, DM 36.-, 205 S.*

Welche Rendite bringen Visionen?

▶ Ebenfalls im Campus-Verlag erschienen ist die ausführliche und reich bebilderte **Geschichte der Weltausstellungen**. Winfried Kretschmer zeigt dabei die gesellschaftspolitischen Hintergründe auf, indem er auf Entstehungsgeschichte, zeitgenössische Rezeption, die Ausstellungskataloge und Darstellungsformen jeder einzelnen Expo ausführlich eingeht. Herausgekommen ist ein Geschichtsband, der weit über die Weltausstellungen hinausgeht und dennoch ein eindrückliches Bild von ihnen vermittelt.

In den Beschreibungen von Technik und Erfindungen kann der Autor seine Faszination kaum verbergen. Dennoch macht er schon in der Einleitung seine Skepsis gegenüber den »Wallfahrtsstätten zum Fetisch Ware«, wie Walter Benjamin die Weltausstellungen einmal genannt hat, deutlich. Die Hannoversche Expo weiß er dabei nicht so recht einzuordnen. »Hätte Walter Benjamin mit seinem berühmten Diktum Recht, die Expo 2000 hätte es vermutlich leichter (...). Eine High-Tech-Schau für den Standort Deutschland! Die Wirtschaft wäre begeistert, und die Politik stünde bei Fuß. Aber welche Rendite bringen Visionen, denen nachzuspüren die Expo 2000 als ihren Auftrag verstand?«

Er gibt die Antwort im Folgenden selbst, wenn er auf die Visionen früherer Weltausstellungen eingeht. Denn auch Dampfmaschinen, »friedliche« Kernenergie oder Vorläufer der Telekommunikation wurden als solche präsentiert. Die Geschichte der Weltausstellungen, das macht der Autor deutlich, ist auch eine Geschichte von Ideen und Ideologien. Insofern ist das Buch weitaus spannender zu lesen als es der etwas trockene Titel auszudrücken vermag.

Stephan Günther

▶ *Winfried Kretschmer: Geschichte der Weltausstellungen. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1999. DM 58, 303 S.*

Welche Welt wird ausgestellt?

▶ Kritik im Einerseits-andererseits-Stil formuliert das Expo-Watch-Büro in seiner zweiten »Broschüre zur Nord-Süd-Sicht« der Weltausstellung. Nachdem in den **Süd-Perspektiven auf der Expo 2000** der »Stand der Planungen unter entwicklungspolitischer Blickrichtung« dargestellt wurde, folgt nun »die kommentierende Variante«. Sehr vage nur klingt Kritik am Einfluss der Konzerne auf die inhaltliche Gestaltung des Parks durch. Zwar stellen die AutorInnen fest, dass »beinahe alle Themenparksbereiche von den finanzstarken Wirtschaftsunternehmen beherrscht werden«. Sehr zurückhaltend wird dann jedoch in den Raum gestellt, ob die Beiträge, die »den Horizont der Besucher erweitern, (..) nicht bloß Ausnahmen bilden werden«.

Zur Orientierung sind die Broschüren brauchbar, hintergründige Kritik liefern sie jedoch nicht. Am deutlichsten wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Expo noch im Titelbild: Ein Riss trennt das Expo-Gelände von einem afrikanischen Dorf. Die Titelfrage »Welche Welt wird ausgestellt?« bleibt vor diesem Hintergrund eine rhetorische.

step

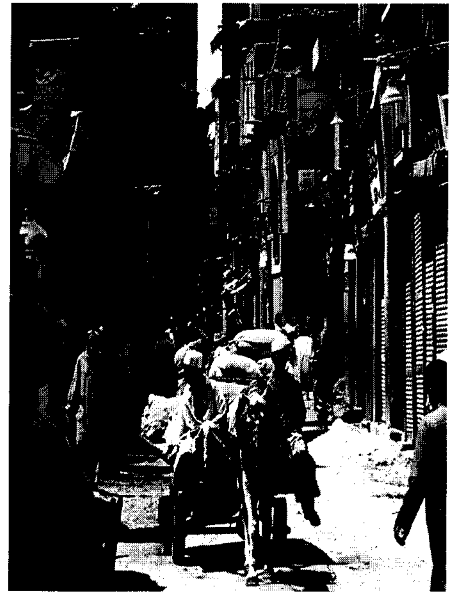
▶ *Bezug: Expo-Watch-Büro, Husarenstr. 27, 30163 Hannover. e-mail: büro@expo-watch.org*

Philosophie der Lächerlichkeit

Die ägyptische Gesellschaft in der Literatur Albert Cosserys

von **Steffen Schülein**

▶ ... »Die Menge beförderte eine erstaunliche Vielzahl unterschiedlichster Personen, pazifiziert durch ihren Müßiggang: arbeitslose Arbeiter, Handwerker ohne Kunden, desillusionierte Intellektuelle, aufgrund von Stuhlmangel aus ihren Büros vertriebene Beamte, diplomierte Universitätsabsolventen, gebeugt von der Last ihrer sterilen Wissenschaft und letztendlich die ewigen Spötter, Philosophen, ... die annahmen, dass dieser spektakuläre Verfall ihrer Stadt nur dazu ersonnen worden war, ihren Kritiksinn zu schärfen.«



Vierbeinige Bürgermeister

Cossery's Kairo zeigt die Realität einer Weltmetropole aus der Perspektive des Taschendiebs Ossama: rasende Taxifahrer, darauf erpicht die Menge der Passanten zu dezimieren, in der Kloake badende Kinder, Migranten voller Illusionen über den Reichtum einer zum Ameisenhaufen verwandelten Stadt, (fast) einstürzende Wohnblöcke ... eine Stadt im Begriff des fortwährenden Verfalls.

Ossamas Lieblingsbeschäftigung ist die Betrachtung des Chaos. Zynisch betrachtet er die Menschenmasse um sich herum, die ohne ein Zeichen des Protests oder gar der aggressiven Auflehnung gegen die unwürdigen Verhältnisse durch die Stadt strömt, zufriedengestellt durch das bloße Bewusstsein zu leben. »Das Elend gründet darauf, dass die Armen nicht stehlen.« Wenn sie es täten, raisonniert er scharfsinnig im Gegensatz zur geläufigen Ansicht, dann wären nicht die sogenannten legalen Diebe reich (Politiker, Bankiers, Spekulateure oder Bauunternehmer), sondern eben die Armen. Mit dieser Erkenntnis und dem nötigen Fingerspitzengefühl sichert er sein Auskommen. Seine elegante Kleidung und sein Auftreten immunisieren ihn vor den Gesetzeshütern und verschaffen ihm gleichzeitig Zugang zu reichen Opfern, die er zur Ankurbelung nationaler Wirtschaftskreisläufe und zum Erhalt elementarer Marktstrukturen um ihr Bargeld erleichtert.

Der Brief, den er in der Brieftasche eines Mannes findet, kompromittiert diesen als skrupellosen Bauunternehmer, verantwortlich für über 50 Tote beim Einsturz eines Neubauwohnhauses aufgrund von Einsparungen beim Zement. Unschlüssig, wie er mit der Macht umgehen soll, einen echten Skandal auslösen zu können, wendet er sich auf Umwegen an den Philosophen Karamallah, der in einem Mausoleum wohnt und dort die Philosophie der Lächerlichkeit lehrt. Der Brief erscheint diesem als ein Quell wahren Amüsements. Ein gewöhnlicher Presseskandal wird nicht aus dem Brief.

Die subtile Art des Spotts der Diebes-Philosophen gegenüber dem Bauunternehmer sollte sich niemand entgehen lassen, die oder der den Farben der Infamie etwas abzugewinnen weiß. *Les couleurs de l'infamie* besticht durch die brillante Formulierung unkonventioneller Thesen und die heitere Überlegenheit der Ironie gegenüber den Mächtigen und Ehrbaren: jenen Dieben, die sich ihrer Ehre bedienen, um ihre Verbrechen zu legalisieren. Albert Cossery hat diesen 1999 erschienenen Roman nach fünfzehnjähriger Pause geschrieben und beendete damit sein literarisches Werk. Seiner Meinung nach ist jetzt alles gesagt. Mit *Les couleurs de l'infamie* perfektionierte er – nie mehr als einen Satz pro Tag schreibend – seine Sichtweise über das Leben in Kairo. Cossery schrieb ausschließlich auf französisch, nahm im Zuge seiner Emigration nach Paris 1945 sogar einen französischen Namen an, blieb aber thematisch seinem Geburtsland treu. Sein Milieu ist die Welt der Taschendiebe, Bettler, Haschischraucher und anderer Widerständler gegen die Staatsgewalt und seine Sympathie gilt denjenigen, die verstanden haben, dass das wahre Leben nicht im Besitz materieller Güter liegt. In diesem Kontext sind auch seine beiden ins Deutsche übersetzten Romane 'Gohar der Bettler' und 'Gewalt und Gelächter' anzusiedeln.

In *Gohar der Bettler* stellt der Mord an einer Prostituierten und der Versuch seiner Aufklärung den Rahmen für die Beschreibung der Philosophie Gohars dar: »Sie sind unwissend und Analphabeten, dachte er, und doch haben sie das Klügste getan, was die Welt jemals erlebt hat, seit es Wahlen gibt.« In einem Dorf stand auf dem größten Teil der Wahlzettel der Name 'Barghout', ein Name der auf keiner Parteiliste zu finden war. Erkundigungen ergaben zur Verblüffung der Regierungsangestellten, dass Barghout der Name eines Esels war, der wegen seiner Weisheit von den Dorfbewohnern geschätzt wurde. Anstatt eines zweibeinigen Esels wollten die Dorfbewohner lieber einen vierbeinigen zum Bürgermeister.

Die zentrale Botschaft in *Gewalt und Gelächter* ist die ironische Verhöhnung der Mächtigen als wirkungsvollere Form der Auflehnung im Vergleich zum gewalttätigen Widerstand und zwar noch wesentlich pointierter als in *Gohar der Bettler*. »In dieser verrückten Welt ist mit Gewalt nichts zu erreichen. Gerade das wollen die Tyrannen, dass du sie ernst nimmst. (...) Es bedeutet, dass du an ihre Autorität glaubst und damit trägst du zu ihrem Prestige bei, ich dagegen trage zu ihrem Untergang bei. (...) Meine Methode ist höchst einfach. Ich schlage die Tyrannen auf ihrem eigenen Gebiet, ich bin noch verrückter als sie selbst. Ich werde sie dazu bringen, dass sie sich an Komik überbieten. Und ich habe meinen Spaß daran.«

Ich schlage die Tyrannen auf ihrem eigenen Gebiet, ich bin noch verrückter als sie selbst

Aber das zynische Lachen hat auch eine Kehrseite. Das Gefühl des Mitleids muß beständig verdrängt werden, hierunter leiden die Protagonisten. Diese Ambivalenz bringt Cossery feinfühlig zum Ausdruck. Mit humorvoller Scharfsicht zeichnet er das Bild einer genauso konservativ-traditionellen wie unvorhersehbar einfallsreichen Gesellschaft.

- *Gohar der Bettler, Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt 1998, DM 16,90*
- *Gewalt und Gelächter, Schelzky und Jeep, Berlin 1984, DM 22,80*
- *Les Couleurs de l'infamie, Editions Joelle Losfeld, Paris 1999, 80FF*

▶ **Steffen Schülein** ist Mitarbeiter im **iz3w**.


'Blick in eine Gasse' August Macke

Die Entschleierung des weiblichen Raums

Zur Überwindung der Geschlechtertrennung in Assia Djebars Roman 'Fantasia'

von **Riem El-Solami**

Dass Assia Djebar eine der bedeutendsten SchriftstellerInnen des Maghrebs ist, verdankt sich nicht allein ihrem Talent. Ihr Erfolg ist auch Ergebnis einer sehr kämpferischen Auseinandersetzung um die Aneignung von männerdominierten Räumen in der algerischen Gesellschaft. Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden durch ihren Roman 'Fantasia'.

► In ihrem 1985 im französischen Original erschienenen Roman *L'amour, la fantasia* verbindet Assia Djebar die Kriegsgeschichte Algeriens mit der Lebensgeschichte einer jungen Protagonistin, die auf dem Wege ist, Schriftstellerin zu werden. In einer fragmentarischen Erzählstruktur wechselt Assia Djebar Zeiten, Schauplätze und Szenen der Handlung. Und dennoch greifen die Episoden ineinander und fokussieren immer wieder drei Themenfelder: das Schreiben als algerische Frau, Frauen im Eroberungs- und im Befreiungskrieg Algeriens sowie die Schwierigkeiten des Schreibens in der Sprache der französischen Eroberer.

Schon in frühester Jugend wird die weibliche Heldin des Romans mit der unsichtbaren Trennlinie konfrontiert, die sich durch die algerische Gesellschaft zieht. Es ist die Trennung in Männer- und Frauenwelten. Entgegen der in Europa herrschenden Vorstellung, die männliche Welt sei die öffentliche, macht der Roman deutlich, dass in der weiblichen Welt neben den privaten auch öffentliche Sphären existieren. Die privaten erstrecken sich dort vor allem auf den familiären Raum und Mädchenfreundschaften, die öffentlichen Sphären stellen sich bei Hochzeiten und religiösen Ritualen unter der Obhut der Großmutter her. Eine gemeinsame Sphäre von Männern und Frauen existiert nur im familiären Kreis.

Das ist der Hintergrund, vor dem eine personale Erzählerin das Leben der heranwachsenden Protagonistin in einer Art Außenperspektive beschreibt, indem sie ihre eigenen Gedanken und die der weiblichen Umwelt wie Mutter, Schwestern, Cousinen und Freundinnen äußert. Sie ist also keine vollkommen allwissende Erzählerin, sondern beschränkt sich auf den weiblichen Raum und spart die Sichtweisen der Männer völlig aus. Diese Erzählerin verwandelt sich aber oft ohne Überleitung in eine Erzählerin der Ich-Person, die in einer sehr blumigen, bildhaften Sprache die Innenperspektive der werdenden Schriftstellerin repräsentiert. Die eine Erzählerin teilt den LeserInnen die Einstellungen der weiblichen Umwelt zur Protagonistin mit, die andere verrät deren persönliche Gedanken und Zweifel. So eröffnet Assia Djebar eine weibliche Perspektive aus

zwei Blickwinkeln, die sich durch den gesamten Roman zieht.

»Ein kleines arabisches Mädchen geht zum ersten Mal zur Schule, an einem Herbstmorgen, an der Hand ihres Vaters«. (S. 11) Mit diesen Worten beginnt Assia Djebar ihren Roman und führt die LeserInnen in die Lebenswelt der Protagonistin ein. Die Schule hat für das Mädchen deshalb eine besondere Bedeutung, weil durch das Erlernen der Schriftsprache die Geschlechtertrennung aufgeweicht und ein Zugang zur Welt der Männer möglich wird. Durch Briefe kann sie in einen unkontrollierten Kontakt mit fremden Männern treten. Und – was noch wichtiger ist – sie wird Bücher lesen und schließlich sogar selber schreiben. Das kleine Mädchen wird den vom Vater zugewiesenen Raum mit Hilfe der Schrift verlassen, ohne sich dabei körperlich entfernen zu müssen.

Entschleiert wird nicht nur der individuelle Körper, sondern auch der der »weiblichen Gesellschaft«

In der islamischen, wie auch in der abendländischen Welt gehörte Geschriebenes lange Zeit zu den Privilegien, die Männern vorbehalten waren. An den Romanstellen, die die Besonderheit des Schreibens als Frau problematisieren, verwendet Assja Djebar das literarische Symbol des Schleiers. Indem Frauen schreiben, legen sie ihren Schleier ab, ihr Innerstes wird auch der männlichen Leserschaft zugänglich. Die Schrift bzw. das Lesen eröffnet Frauen also nicht nur männliche Räume, sondern schreibende Frauen machen zugleich auch Männern bislang verborgen gebliebene weibliche Räume zugänglich. Entschleiert wird also nicht nur der individuelle Körper, sondern auch der Körper der »weiblichen Gesellschaft«.

Im letzten Drittel des Romans zeichnet die Autorin ein Bild der strengen Hierarchie und der Regelwelt, in der sich algerische Frauen bewegen. Der Schleier ist in dieser Welt ein Symbol der Unterordnung unter die Gemeinschaft. Er schafft eine gemeinsame Identität. Wer auf ihrer Individualität beharrt und sich nicht verschleiert, ist nicht mehr Teil des Ganzen und verstößt gegen die Regeln. Eine Frau, die schreit und die Stimme erhebt, wird missachtet so wie die Frau, die ihre Geschichte beschreibt und damit ihre Persönlichkeit und Individualität herausstreicht. Schreien wie auch Schreiben birgt ein Moment der Revolte in sich, denn beides verhindert das Gefühl von Gemeinsamkeit und Gleichheit. *»Wie könnte eine Frau es sich erlauben, laut zu sprechen ... Wie könnte sie 'ich' sagen und damit die tarnenden Ausdrucksformen beiseite lassen, die den individuellen Weg in die kollektive Resignation lenken ?... Wie kann man versuchen, seine Kindheit zu betrachten?«* (S. 230)

Die französische Sprache, besser gesagt die französische Kultur, die eine Veränderung der algerischen Gesellschaft bewirkt, bietet der Protagonistin die Möglichkeit auszubrechen, zu schreiben und den Schleier abzulegen. Die Veränderung durch die französische Kultur verweist aber auch auf die schmerzvollen Erfahrungen der algerischen Gesellschaft – den Eroberungskrieg 1830, mit dem sich Frankreich das Land an der afrikanischen Nordküste einverleibte und die Befreiungskriege der fünfziger und sechziger Jahre, die nach jahrelangem zehrenden Aufbegehren der algerischen Bevölkerung schließlich zur staatlichen Unabhängigkeit des Landes führten. So stellen die französische Sprache und Kultur ein zweischneidiges Schwert dar. Denn nur die Eroberung Algeriens durch die Franzosen ermöglichte dem Mädchen den Zugang zur Schrift (und der Autorin, über die Geschichte Algeriens zu schreiben).

Im Hauptteil ihres Romans setzt sich Assia Djebar nicht nur mit der Kriegsgeschichte ihres Heimatlandes auseinander, sondern stellt auch die französische Geschichtsschreibung in Frage. Im Gegensatz zu den französischen Historikern, die die Kriege auf algerischem Gebiet immer aus der Sicht von Männern darstellten und dabei die Frauen vergaßen oder verdrängten, arbeitet sie nun die fehlende weibliche Perspektive in die Geschichtsschreibung ein. Der Roman *Fantasia* ist so eine Rekonstruktion der Geschichte Algeriens aus der Perspektive von Kriegsteilnehmerinnen. Sowohl in der Beschreibung des Eroberungskrieges 1830 als auch der Befreiungskriege stehen beteiligte Frauen im Mittelpunkt. Die personale Erzählerin im Roman trägt die Zitate männlicher Augenzeugen in nahezu wissenschaftlicher Art und Weise zusammen und füllt die verbleibenden Lücken mit fiktiven Handlungen der weiblichen Bevölkerung Algeriens.

In *Fantasia* zeigen sich auf allen Ebenen autobiografische Reflexionen Assia Djebars – ob es um die Beschreibung der Algerienkriege geht oder ihr zwiespältiges Verhältnis zur französischen Kultur und Sprache, die Sprache der früheren »Feinde«, die ihr die Möglichkeit eröffnete, über die Geschichte der Kriege zu schreiben. Frauen stehen im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, und aus der Perspektive von Frauen reflektiert sie den Gegensatz zwischen weiblichem und öffentlichem Raum. Assia Djebar interessiert sich (nicht nur in diesem Roman) für die Überwindung der Grenzen weiblicher Räume – ein Thema, das sich auch bei vielen anderen maghrebinischen Schriftstellerinnen findet.

Literatur:

- Djebar, Assia. *Fantasia.* Unionsverlag Zürich 1990.
- Ben Jelloun, Tahar. Entretien avec Assia Djebar. In : Le Monde, 29.5.1987.

► **Riem El-Solami** beendet gerade ihr Studium der Islamwissenschaft und Afrikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Assia Djebar – eine Kurzbiographie

► Assia Djebar ist am 30.6.1936 in der algerischen Hafenstadt Cherchell zur Welt gekommen. Sie besuchte eine Koranschule und die französische Grundschule. Nach Abschluss des Gymnasiums wurde sie 1955 als erste Algerierin auf die französische Eliteschule von Sèvres aufgenommen. Ein Jahr später beteiligte sie sich am Streik algerischer StudentInnen in Paris aus Solidarität mit dem 1954 begonnenen algerischen Befreiungskrieg.

Mit La Soif [Die Zweifelnden] wurde 1957 Assia Djebars erster Roman veröffentlicht, zeitgleich wurde sie von der Schule ausgeschlossen. Danach studierte sie Geschichte und arbeitete in Marokko und Algerien als Dozentin für Geschichtswissenschaften an verschiedenen Universitäten. Neben ihrer Arbeit als Historikerin schrieb sie weiterhin Romane und widmete sich der Theaterarbeit und der filmischen Arbeit als Regisseurin.

U.a. sind folgende Romane von Assia Djebar erschienen: Die Zweifelnden (La soif, 1957). Fantasia 1989 (L'amour, la fantasia, 1985). Weit ist mein Gefängnis 1998 (Vaste est la prison, 1995). Weißes Algerien (Le blanc d'Algérie, 1996). Ihr vorerst letzter Roman »Nächte in Straßburg« (Les Nuits de Strasbourg 1997), ist 1999 im Unionsverlag in deutscher Übersetzung erschienen.

Das Unbehagen im Multikulturalismus

Rassismus als Symptom des globalen Kapitalismus

von **Slavoj Žižek**

In der letzten iz3w stellte die Gruppe Kanak Attak ihre Kritik am gängigen Antirassismus dar. Theoretischen Verkürzungen und praktischen Verfehlungen postmoderner Identitätspolitik wurde ein Konzept entgegengestellt, das die Geschichte des migrantischen Widerstands freilegt und die gegenwärtigen Kämpfe des Alltags einbezieht. Folgender Beitrag kritisiert postmoderne Identitätspolitik aus anderer Perspektive: als eine »Verneinung des Politischen«. Doch das Verdrängte kehrt als »postmoderner Rassismus«, das heißt als Multikulturalismus, in fataler Weise wieder.

► Wie verhält sich das heutige globale Kapital zu besonderen ethnischen Identitäten? Vielleicht lässt sich dieses Verhältnis am besten als eines der »Selbstkolonisierung« bezeichnen: Nachdem das Kapital unmittelbar multinational funktioniert, haben wir es nicht mehr mit dem gewohnten Gegensatz zwischen der Metropole und den kolonisierten Ländern zu tun; ein globales Unternehmen trennt sozusagen seine Nabelschnur zur Mutternation durch und behandelt sein Herkunftsland einfach als eine weitere Kolonie. Das ist es, was patriotisch eingestellte Rechtspopulisten von Le Pen bis hin zu Haider und Buchanan so sehr irritiert -. dass nämlich die neuen Multinationalen gegenüber der lokalen Bevölkerung in Frankreich oder Amerika genau die gleiche Haltung haben wie gegenüber der Bevölkerung von Mexiko, Brasilien oder Taiwan. Liegt in dieser selbstreferentiellen Wendung nicht eine Art von poetischer Gerechtigkeit? Der heutige globale Kapitalismus ist so etwas wie die»Negation der Negation« – nach dem nationalen Kapitalismus und seiner internationalistischen bzw. kolonialistischen Phase.

(...) Die ideale Form der Ideologie dieses globalen Kapitalismus ist natürlich der Multikulturalismus, die Einstellung, die gewissermaßen aus einer leeren globalen Position heraus *jede* lokale Kultur so behandelt, wie der Kolonisator die Kolonisierten behandelt – als »Eingeborene«, deren Sitten sorgsam studiert und »respektiert« werden müssen. Das Verhältnis zwischen der traditionellen imperialistischen Kolonisierung und der globalen kapitalistischen Selbstkolonisierung ist also genau das gleiche wie das Verhältnis zwischen dem westlichen Kulturimperialismus und dem Multikulturalismus: Wie der globale Kapitalismus das Paradox der Kolonisierung ohne den kolonisierenden Nationalstaat beinhaltet, so beinhaltet der Multikulturalismus die herablassende eurozentrische Distanz und/oder den Respekt für lokale Kultur ohne die Verankerung in einer bestimmten, eigenen Kultur. Der Multikulturalismus ist, anders gesagt, eine verleugnete, auf den Kopf gestellte, selbstbezügliche Form von Rassismus, ein »Rassismus auf Distanz« – er »respektiert« die Identität des Anderen, indem er den Anderen als eine in sich geschlossene, »echte« Gemeinschaft begreift, der gegenüber er, der Multikulturalist, eine Distanz hält, die ihm seine privilegierte universelle Position ermöglicht. Der Multikulturalismus ist ein Rassismus, der seine eigene Position von allem positiven Gehalt entleert (der Multikulturalist ist kein direkter Rassist, er hält dem Anderen nicht die *besonderen* Werte seiner eigenen Kultur entgegen), sie aber nichtsdestotrotz als privilegierte *Leerstelle der Universalität* aufrechterhält, aus der man besondere andere Kulturen erst richtig würdigen (und entwürdigen) kann – der multikulturalistische Respekt für die Besonderheit des Anderen ist die Form, in der die eigene Überlegenheit sich bestätigt.

Die ideale Form der Ideologie des globaelen Kapitalismus ist der Multikulturalismus

Was hat es mit dem recht naheliegenden Gegenargument auf sich, die Neutralität des Multikulturalisten sei falsch, weil seine Position den eurozentrischen Inhalt stillschweigend privilegiert? Diese Überlegung ist richtig, aber aus dem falschen Grund. Der besondere kulturelle Hintergrund oder der Ursprung, auf dem die universelle multikulturalistische Position stets beruht, ist nicht seine »Wahrheit«, die sich unter der Maske der Universalität verbirgt (»der multikulturalistische Universalismus ist in Wirklichkeit eurozentrisch«), sondern im Gegenteil: Der Makel der besonderen Herkunft ist der phantasmatische Vorhang, der verbirgt, dass das Subjekt schon durch und durch »wurzellos« ist. Seine wahre Position ist der Leerraum der Allgemeinheit.

Erinnert sei hier an Darian Leaders Beispiel von dem Mann, der mit seiner Verabredung ins Restaurant kommt und beim Kellner »ein Doppelzimmer« bestellt statt »einen Tisch für zwei Personen«. Man sollte die freudianische Standarderklärung (»Natürlich war er in Gedanken schon bei der Liebesnacht, die er nach Tisch geplant hatte!«) ruhig umkehren: Dieses Dazwischentreten der unterschwelligen sexuellen Phantasie ist eher der Vorhang und dient zur Abwehr des oralen Triebs, der ihm tatsächlich mehr bedeutet als Sex (vgl. Leader 1996).

(...) Und *mutatis mutandis* gilt dasselbe für den heutigen Kapitalisten, der noch immer an irgendeinem kulturellen Erbe hängt und darin die heimliche Ursache für seinen Erfolg ausmacht (so z.B. wenn japanische Führungskräfte die Teezeremonien oder den Bushido-Kodex einhalten), oder für den umgekehrten Fall des westlichen Journalisten, der nach dem besonderen Geheimnis des japanischen Erfolgs sucht: Gerade dieser Bezug auf eine besondere kulturelle Formel ist ein Vorhang für die universelle Anonymität des Kapitals. Der wirkliche Schrecken liegt nicht in dem besonderen Inhalt, der sich hinter der Universalität des Kapitals verbirgt, sondern darin, dass das Kapital tatsächlich eine anonyme globale Maschine ist, die blind ihren Lauf nimmt, dass da tatsächlich kein besonderer Geheimagent ist, der sie in Gang setzt. Der Schrecken ist nicht der (besondere lebendige) Geist, der in der (toten universellen) Maschine sitzt, sondern die (tote universelle) Maschine, die in jedem (besonderen lebendigen) Geist sitzt.

Das lässt den Schluss zu, dass die heutzutage sich durchsetzende Problematik des Multikulturalismus (die hybride Koexistenz verschiedener kultureller Lebenswelten) die Erscheinungsform ihres Gegenteils ist, der massiven Präsenz des Kapitalismus als universellem Weltsystem: sie bezeugt die beispiellose Homogenisierung der heutigen Welt. Tatsächlich ist es, als habe die kritische Energie in einer Zeit, wo der Gedanke an ein mögliches Ende des Kapitalismus den Horizont der sozialen Phantasie überschreitet – wo sozusagen jeder stillschweigend akzeptiert, *dass der Kapitalismus bestehen bleibt* –, ein Ersatzventil im Kampf für die kulturellen Differenzen gefunden, der die grundlegende Homogenität des kapitalistischen Weltsystems intakt lässt. So kämpfen wir unsere politisch korrekten Kämpfe für das Recht der ethnischen Minderheiten, der Schwulen und Lesben oder abweichender Lebensstile etc. pp., während der Kapitalismus seinen Triumphzug fortsetzt.

Von der Struktur her ist dies ein *Symptom.* Hat man es mit einem allgemeinen Struktur-

prinzip zu tun, dann nimmt man automatisch an, es sei – zumindest prinzipiell – möglich, dieses Prinzip auf all seine potentiellen Elemente anzuwenden, und die empirische Nichtverwirklichung des Prinzips sei nur den Begleitumständen geschuldet. Ein Symptom ist jedoch ein Element, das – obwohl die Nichtverwirklichung des allgemeinen Prinzips darin von zufälligen Umständen abzuhängen scheint – eine Ausnahme bleiben muss, das also die Suspendierung des allgemeinen Prinzips bedeutet: Wäre das allgemeine Prinzip auch auf diesen Punkt anwendbar, fiele das allgemeine System selbst auseinander. Bekanntlich hat Hegel in seiner *Rechtsphilosophie* in den Abschnitten über die bürgerliche Gesellschaft gezeigt, dass die große Schicht des »Pöbels« in der modernen bürgerlichen Gesellschaft kein zufälliges Ergebnis sozialer Misswirtschaft, unzureichender Regierungstätigkeit oder ökonomischen Missgeschicks ist: Die der bürgerlichen Gesellschaft innewohnende strukturelle Dynamik lässt notwendigerweise eine Klasse aufkommen, die von den Vorteilen der bürgerlichen Gesellschaft (Arbeit, persönliche Würde) ausgeschlossen ist, eine Klasse, die der elementaren menschlichen Rechte beraubt und deshalb auch von Pflichten gegenüber der Gesellschaft frei ist. Es ist dies ein Element innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, das ihr allgemeines Prinzip negiert, so etwas wie eine ,der Vernunft selbst innewohnende Unvernunft' – kurz: ihr Symptom.


'bunte Gruppe' Paul Klee

Beobachten wir nicht heutzutage das gleiche Phänomen, und zwar in einer noch ausgeprägteren Gestalt, mit dem Anwachsen einer Unterklasse, die, manchmal sogar seit Generationen, von den Segnungen der liberal-demokratischen Überflussgesellschaft ausgeschlossen ist? Die heutigen »Ausnahmen« (die Obdachlosen, Ghettoisierten, auf Dauer Arbeitslosen ...) sind das Symptom des allgemeinen spätkapitalistischen Systems, eine zunehmende und beständige Mahnung, wie die dem Spätkapitalismus immanente Logik funktioniert: Die kapitalistische Utopie besagt im Grunde, diese »Ausnahme« könne durch geeignete Maßnahmen (Quotierungs- oder Gleichstellungsmaßnahmen in fortschrittlich-liberaler Sicht, die Rückkehr zu Eigenverantwortung und Familienwerten usw. nach konservativer Auffassung) zumindest auf lange Sicht und im Prinzip abgeschafft werden. Und betätigt sich nicht eine homologe Utopie in dem Gedanken einer »Regenbogen-Koalition«: der Vorstellung, in irgendeinem utopischen Moment seien alle »fortschrittlichen« Kämpfe (für die Rechte von Schwulen und Lesben; von ethnischen und religiösen Minderheiten; der ökologische Kampf, der feministische Kampf usw. usf.) in der gemeinsamen »Äquivalenzenkette« vereinigt?

Wiederum ist diese Notwendigkeit des Scheiterns strukturell bedingt: Nicht nur dass wegen der empirischen Komplexität der Situation nie alle besonderen »fortschrittlichen« Kämpfe vereinigt sein werden, dass immer »falsche« Äquivalenzenketten auftauchen (etwa die Verknüpfung des Kampfes für afroamerikanische ethnische Identität mit einer patriarchalischen und homophoben Ideologie); vielmehr sind die Momente des Auftauchens »falscher« Verknüpfungen im Strukturprinzip der heutigen »progressiven« Politik des Herstellens von »Äquivalenzenketten« selbst begründet. Die Sphäre der Vielfaltigkeit besonderer Kämpfe mit ihren fortwährenden Verdichtungen und Verschiebungen wird gerade durch die »Verdrängung« der Schlüsselrolle des ökonomischen Kampfes aufrechterhalten – die linke Politik der »Äquivalenzenketten« in der Pluralität der Kämpfe ist das genaue Gegenstück zur stillschweigenden Preisgabe der Analyse des Kapitalismus als eines globalen ökonomischen Systems und zur Hinnahme seiner ökonomischen Verhältnisse als einem unhinterfragbaren Rahmen (vgl. Brown 1995).

Im Respekt für die Besonderheit des Anderen bestätigt sich die eigene Überlegenheit

(...) Unser erstes Ergebnis ist also, dass die postmoderne Politisierung bestimmter Themen im Gewande von »Identitätspolitik« die Erscheinungsform ihres Gegenteils ist: der radikalen Entpolitisierung des Sozialen. Wie nämlich begann, andersherum formuliert (vgl. zum Folgenden Rancière 1995), die eigentliche Politik? Sie begann im antiken Griechenland, als die Mitglieder des demos (die keinen festen Platz in der sozialen Hierarchie hatten) sich als die Repräsentanten des gesellschaftlichen Ganzen, als für die wahre Allgemeinheit einstehend präsentierten (»wir – das >Nichts<, das in der Ordnung nicht zählt – sind das Volk, wir sind Alle im Gegensatz zu anderen, die nur für ihre besonderen privilegierten Interessen stehen«). Der eigentliche politische Konflikt beinhaltet also die Spannung zwischen dem gegliederten gesellschaftlichen Körper, in dem jeder Teil seinen Platz hat, und dem »Teil, der keinen Teil hat«, der diese Ordnung nach Maßgabe des leeren Allgemeinheitsprinzips durcheinanderbringt, nach Maßgabe der von Étienne Balibar (1997) so genannten »Gleichfreiheit« (égaliberté), der zum Prinzip erhobenen Gleichheit, die allen Menschen als sprechenden Wesen zukommt.

Zur eigentlichen Politik gehört also eine Art Kurzschluss zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen: Sie beinhaltet das Paradox eines Einzelnen, das als Platzhalter des Allgemeinen erscheint und die »natürliche«, funktionelle Ordnung der Verhältnisse im gesellschaftlichen Körper destabilisiert. Dieses allgemeine Einzelne ist eine Gruppe, die, obzwar ohne festen Platz (oder bestenfalls mit einem untergeordneten) in der sozialen Hierarchie, nicht nur verlangt, dass sie gleichrangig mit der herrschenden Oligarchie oder Aristokratie Gehör findet, d.h. als Partner im politischen Dialog und in der politischen Machtausübung anerkannt wird, sie präsentiert sich darüber hinaus als die unmittelbare Verkörperung der *Gesellschaft überhaupt*, in ihrer Allgemeinheit, gegen die besonderen Machtinteressen der Oligarchie oder Aristokratie. Diese Identifikation des Nicht-Teils mit dem Ganzen, desjenigen Teils der Gesellschaft, der keinen richtig definierten Platz darin hat (oder sich dem angewiesenen untergeordneten Platz wider-

setzt), mit dem Allgemeinen, ist der elementare Akt der Politisierung. Er findet sich in allen großen demokratischen Ereignissen von der Französischen Revolution (in der sich »der dritte Stand« gegen Aristokratie und Klerus als identisch mit der Nation überhaupt proklamierte) bis zum Ende des Europäischen Sozialismus (in dem das »Forum« der Dissidenten sich gegen die Partei-Nomenklatur zum Repräsentanten der gesamten Gesellschaft erklärte).

(...) In genau diesem Sinne sind Politik und Demokratie synonym: Das Grundziel der antidemokratischen Politik ist und war stets und definitionsgemäß die Entpolitisierung, d.h. die bedingungslose Forderung, dass »die Dinge wieder ihren normalen Gang gehen«, in dem jedes Individuum seinem besonderen Beruf nach geht ... Natürlich wird die Trennlinie zwischen dem, was Rancière »Polizei« nennt (im weiten Sinne des Aufrechterhaltens der sozialen Ordnung, des reibungslosen Funktionierens der Gesellschaftsmaschine), und der eigentlichen Politik immer verwischt und bestritten. (...) Die Wendung von der eigentlichen Politik zur Polizei kann sich bisweilen nur um den unbestimmten Artikel drehen, so wenn die ostdeutschen Massen in den letzten Tagen der DDR gegen das kommunistische System demonstrierten: Zuerst riefen sie »Wir sind das Volk!« und vollzogen dabei den Akt der Politisierung in reinster Form – sie, der »Abschaum« des offiziellen Volksganzen, der in der amtlichen Sphäre nicht vorkam (oder, genauer gesagt, nur unter Bezeichnungen wie »Konterrevolutionäre«, »Hooligans« oder bestenfalls als »Opfer der bürgerlichen Propaganda«), erhoben den Anspruch, für *das* Volk, d.h. für »alle« zu stehen; ein paar Tage darauf aber wandelte sich die Parole in den Wahlspruch »Wir sind *ein* Volk!« und zeigte damit die neuerliche Schließung der momentanen, genuin politischen Öffnung an, die Wiederaneignung des demokratischen Impulses durch den Drang zur Wiedervereinigung, der den Anschluss an die liberalkapitalistische polizeilich/politische Ordnung Westdeutschlands bedeutete.

Jeder 'reale' Andere wird sofort wegen seines Fundamentalismus angeprangert

Letztendlich ist die ganze Geschichte des europäischen politischen Denkens nichts anderes als eine Serie von Verleugnungen des politischen Moments, der eigentlichen Logik des politischen Antagonismus.

(...) Wir haben es dabei mit einem Versuch zu tun, die eigentlich traumatische Dimension des Politischen gesellschaftsfähig zu machen: Da trat etwas im alten Griechenland unter dem Namen des demos auf und forderte seine Rechte ein, und seit ihrem Beginn (d.h. seit Platons Staat) und bis zum jüngsten Wiederaufleben ihrer liberalen Version war die »politische Philosophie« ein Versuch, das destabilisierende Potential des Politischen zu suspendieren, es auf die eine oder andere Weise zu verleugnen und/oder zu regulieren: eine Rückkehr zum vorpolitischen Gesellschaftskörper zu betreiben, die Regeln des politischen Wettbewerbs zu fixieren usw. usf. »Politische Philosophie« ist daher in all ihren unterschiedlichen Gestalten so etwas wie eine »Abwehrformation«, und vielleicht ließe sich ihre Typologie erstellen, wenn man auf die unterschiedlichen Modalitäten der Abwehr einer traumatischen Erfahrung in der Psychoanalyse Bezug nimmt.

Heute aber haben wir es mit einer anderen Form der Verneinung des Politischen zu tun, mit der postmodernen Postpolitik, die das Politische nicht mehr bloß »verdrängt«, indem sie es einzudämmen und die Formen der »Wiederkehr des Verdrängten« zu befrieden sucht, sondern die es auf eine sehr viel effizientere Weise »verwirft«. So sind die postmodernen Formen der ethnischen Gewalt mit ihrem »irrationalen«, maßlosen Charakter nicht mehr die bloße »Wiederkehr des Verdrängten«, sie stellen vielmehr den Fall des (vom Symbolischen) Verworfenen dar, das, wie wir von Lacan [französischer Psychoanalytiker, die Redaktion] wissen, im Realen wiederkehrt. An die Stelle des Konflikts der globalen ideologischen Visionen, der sich in verschiedenen, um die Macht kämpfenden Parteien verkörpert, tritt in der Postpolitik die Zusammenarbeit von aufgeklärten Technokraten (Wirtschaftswissenschaftlern, Meinungsforschern usw.) und liberalen Multikulturalisten; über das Prozedere des Interessenausgleichs wird ein Kompromiss erzielt, der im Gewand eines mehr oder weniger allgemeinen Konsensus auftritt. Das vom Symbolischen verworfene Politische (die Sphäre des Rechtsstreits, in dem die Ausgegrenzten gegen das an ihnen verübte Unrecht protestieren können) kehrt dann im Realen wieder, und zwar in der Form neuer Versionen von *Rassismus*.

(...) Wenn Skinheads Ausländer zusammenschlagen, lässt sich darin weder eine klare eigennützige Berechnung noch eine eindeutige ideologische Identifikation ausmachen. Lassen wir uns von dem ganzen Gerede über Ausländer, die uns unsere Arbeit wegnehmen, oder über die Bedrohung, die sie für unsere westlichen Werte darstellen, nicht täuschen: Bei näherer Untersuchung wird deutlich, dass diese Reden eine eher oberflächliche, sekundäre Rationalisierung liefern. Die Antwort, die wir von einem Skinhead letztendlich bekommen, ist, dass es ihm ein gutes Gefühl gibt, wenn er Ausländer zusammenschlägt, dass ihre Anwesenheit ihn stört ... Was uns hier begegnet, ist das Es-Böse, d.h. dasjenige Böse, das durch das elementarste Un-



'Angstausbruch III' Paul Klee

gleichgewicht im Verhältnis des Ich und der jouissance, dem euphorischen Genuss, strukturiert und motiviert ist, durch die Spannung zwischen der Lust und dem fremden Körper der jouissance mitten darin. Das Es-Böse inszeniert also den elementarsten »Kurzschluss« in der Beziehung des Subjekts zu dem zunächst fehlenden Objekt-Grund seines Begehrens: Was uns am »Anderen« (dem Juden, Japaner, Afrikaner oder Türken) stört, ist, dass er ein privilegiertes Verhältnis zum Objekt zu unterhalten scheint – entweder ist der Andere im Besitz des Objekt-Schatzes, den er uns weggeschnappt hat (weshalb wir ihn nicht haben), oder er stellt eine Bedrohung für unseren Besitz des Objekts dar.

(...) Wir müssen uns also mit der Paradoxie abfinden, dass gerade dann, wenn wir der offiziellen Ideologie zufolge endlich die »unreifen« politischen Leidenschaften (das System des »Politischen«: den Klassenkampf und andere »überholte« Antagonismen) zugunsten der postideologischen, »reifen«, pragmatischen Welt der rationalen Verwaltung und des ausgehandelten Konsensus hinter uns lassen, einer von utopischen Impulsen freien Welt, in der die leidenschaftslose Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten einher geht mit dem ästhetisierten Hedonismus (dem Pluralismus der »Lebensweisen«), dass gerade in



diesem Moment das verworfene Politische ein triumphales Comeback feiert – in seiner archaischen Form des reinen, ungefilterten Hasses auf den Anderen, der die vernünftige, tolerante Haltung ausgesprochen impotent macht. In genau diesem Sinne ist der gegenwärtige »postmoderne« Rassismus das Symptom des multikulturalistischen Spätkapitalismus. Es bringt den inneren Widerspruch des liberaldemokratischen ideologischen Projekts ans Licht. Die liberale »Toleranz« lässt den folkloristischen Anderen gelten, der seiner Substanz beraubt ist (wie die Vielfalt der »ausländischen Restaurants« in einer heutigen Großstadt); aber jeder »reale« Andere wird sofort wegen seines »Fundamentalismus« angeprangert, liegt doch das Kernelement der Andersheit in der Regulierung seiner jouissance. Der »reale Andere« ist also seiner Definition nach »patriarchal« oder »gewalttätig« und niemals der Andere der ästhetischen Weisheit und der reizvollen Sitten.

(...) Um dieser wiederaufbrechenden Ultrapolitik entgegenzutreten, ist deshalb kein Mehr an Toleranz, an Mitgefühl und multikulturellem Verständnis nötig, sondern die *Wiederkehr des eigentlich Politischen*, d.h. die Rehabilitierung der Dimension des Antagonismus, der die Allgemeinheit keineswegs negiert, sondern ihr gleichkommt. Darin liegt das entscheidende Element der wirklich *linken* Haltung gegenüber der rechten Bejahung der je besonderen Identität: in der Gleichsetzung des *Universalismus* mit der militanten, *trennenden* Position dessen, der sich im Kampf befindet. Die wirklichen Universalisten sind nicht diejenigen, die das weltweite Tolerieren von Unterschieden und die allumfassende Einheit predigen, sondern die, die sich im leidenschaftlichen Kampf für die Wahrheit engagieren, die ihnen am Herzen liegt.

Das Ziel der postmodernen »Identitätspolitik« ist das genaue Gegenteil, nämlich gerade die Bejahung der je besonderen Identität, der je eigenen Stellung in der Sozialstruktur. Die postmoderne Identitätspolitik der besonderen (ethnischen, sexuellen etc.) Lebensstile passt genau zu der entpolitisierten Gesellschaftsauffassung, in der jede besondere Gruppe »zählt«, ihren spezifischen (Opfer-) Status hat, bestätigt durch Quotierung oder andere Maßnahmen, die soziale Gerechtigkeit garantieren sollen. Tatsache ist, dass diese Art von Gerechtigkeit, die den benachteiligten Minderheiten zuteil wird, einen komplizierten Verwaltungs- oder Polizeiapparat verlangt (um die fragliche Gruppe zu identifizieren, um die Rechtsbrecher zu bestrafen – wie sexuelle Belästigung oder rassische Ungleichheit gesetzlich definieren? – oder für die Vorzugsbehandlung zu sorgen, die das von dieser Gruppe erlittene Unrecht ausgleichen soll). Was man normalerweise als »postmoderne Politik« preist (die Verfolgung bestimmter Probleme durch das Aushandeln ihrer Lösung in der »vernünftigen« Weltordnung, die jeder Komponente ihren Platz zuweist), ist also tatsächlich das Ende der eigentlichen Politik.

Was man normalerweise als 'postmoderne Politik' preist, ist tatsächlich das Ende der Politik

Zwei miteinander verbundene Fallen gilt es um jeden Preis zu vermeiden, und zwar im Blick auf den modischen Topos vom »Ende der Ideologie«, der sich dem gegenwärtigen Globalisierungsprozess verdankt: erstens den Gemeinplatz, wonach der Hauptantagonismus heutzutage zwischen dem weltweiten liberalen Kapitalismus und den verschiedenen Formen des ethnisch-religiösen Fundamentalismus besteht; zweitens das vorschnelle Identifizieren der Globalisierung (der heutigen transnationalen Funktionsweise des Kapitals) mit der Universalisierung. Wie schon betont, ist der wirkliche Gegensatz der zwischen der Globalisierung (der Neuen Weltordnung des globalen Marktes) und dem Universalismus (dem eigentlich politischen Bereich der Verallgemeinerung des je besonderen Schicksals, das für die globale Ungerechtigkeit steht). Diese Differenz von Globalisierung und Universalismus wird heute mehr und mehr spürbar, wenn das Kapital im Interesse des Eindringens in neue Märkte Demokratieforderungen schnell fallen lässt. Dieser schamlose Rückzug legitimiert sich natürlich als »Respekt vor der kulturellen Andersartigkeit«, als das Recht des (ethnisch-religiös-kulturell) Anderen, die ihm gemäße Lebensweise zu wählen – solange es die freie Zirkulation des Kapitals nicht stört.

Ein typischer Advokat des Liberalismus wirft die Proteste der Arbeiter gegen die Beschneidung ihrer Rechte heute in einen Topf mit dem Pochen auf dem westlichen Kulturerbe seitens der Rechten: In dem einen wie in dem anderen erkennt er bedauernswerte Relikte des »ideologischen Zeitalters«, die in der nachideologischen Welt nichts zu suchen haben. Doch folgen die zwei Widerstände gegen die Globalisierung zwei unvereinbaren Logiken: Die Rechte insistiert auf einer *besonderen* Gemeinschaftsidentität (*ethnos* oder *habitat*), die von der Globalisierungsattacke bedroht ist, während die bedrohte Dimension für die Linke die der Politisierung ist, das in der bestehenden Weltordnung »unmögliche« Artikulieren allgemeiner Forderungen. Aus den Gefilden habermasscher Theorie bombardiert man uns mit verschiedenen Versionen von Entpolitisierung: nicht mehr Kampf, sondern Dialog, regulierter Wettbewerb usw. Kein Wunder, dass die Grenzkontrollen zu einem Hauptpunkt der heutigen internationalen Verhandlungen werden – ein deutliches Indiz, dass wir es mit der Reduktion der Politik auf die soziale Polizei zu tun haben. Gegen diese »Ende der Ideologie«-Politik sollten wir auf dem Potential der demokratischen Politisierung bestehen, das sich als das wahre europäische Erbe seit den alten Griechen erweist. *Können wir eine neue Weise der Repolitisierung erfinden, die die unumstrittene Herrschaft des globalen Kapitals in Frage stellt?* Nur eine solche Repolitisierung unserer Misere kann den Teufelskreis der liberalen Globalisierung durchbrechen, der die regressivsten Formen von fundamentalistischem Hass erzeugt.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

Literatur:

- Balibar; Étienne, 1997: La crainte des masses. Paris
- Brown, Wendy, 1995: States of Injury. Princeton
- Leader, Darian, 1996: Why Do Women Write More Letters Than They Post? London
- Rancière, Jacques, 1995: La mésentente. Paris
- Žižek, Slavoj, 1996: Metastasen des Geniessen. Wien

Der Beitrag von Slavoj Žižek, Prof. für Philosophie und Psychoanalyse an der Universität Ljubljana (Slowenien), erschien zuerst und ausführlich in: Das Argument 224/1998, S. 51-63

Nicaraguas Kinderbewegung wird erwachsen

► Die Bewegung der arbeitenden Kinder Nicaraguas, die unter dem Namen Movimiento NATRAS seit 1992 besteht, hat auch außerhalb Nicaraguas viel Aufmerksamkeit und Unterstützung gefunden (vgl. iz3w 234). Nun ist sie in Turbulenzen geraten – nicht zum ersten Mal, aber diesmal steht ihre Existenz als selbständige Kinderbewegung auf dem Spiel. Im Juni 1999 hatte eine Gruppe von DirektorInnen und ErzieherInnen einiger NGOs in einer Weise, die an einen Staatsstreich erinnert, die gesamte Infrastruktur der Kinderbewegung in Besitz genommen. In einer an den gewählten Gremien der Kinder vorbei einberufenen Versammlung suspendierten die NGO-RepräsentantInnen den Aktionsplan des Movimiento und ersetzten die Kinder-Gremien kurzerhand durch eine sog. Erwachsenen-Kommission. Ihr wurde aufgetragen, die Kinderbewegung zu reorganisieren und eine neue Handlungsstrategie zu entwickeln.

Einige NATRAS, die sich dieser »feindlichen Übernahme« spontan widersetzten, wurden daran gehindert, die anderen Delegierten der Kinderbewegung zusammenzurufen. Ihnen wurde der Zugang zu ihrem Büro und ihren Kommunikationsmitteln verwehrt. Kindern aus Orten außerhalb der Hauptstadt wurde sogar bedeutet, sie könnten »Schwierigkeiten« in ihrem Projekt bekommen, wenn sie an der Versammlung teilnähmen. Da der überwiegende Teil der in der Bewegung aktiven Kinder von Projekten derjenigen NGOs »betreut« werden, die den Putsch inszeniert hatten, blieb ihnen zunächst keine Chance, die Autonomie ihrer Bewegung zu bewahren.

Obwohl die Gremien der Kinderbewegung nicht formal beseitigt wurden und den NATRAS sogar gestattet wurde, in einer von der »Erwachsenen-Kommission« einberufenen Versammlung ein neues Leitungsgremium zu wählen, kann das Movimiento gegenwärtig nicht als eigenständige Kinderbewegung gelten. Die NGOs übertrugen der »Erwachsenen-Kommission« die Vollmacht, alles zu »bestätigen« (oder eben auch nicht), was die Kinder auf ihren Versammlungen und Treffen »beschließen«. Die Hierarchisierung des Verhältnisses zwischen Erwachsenen und Kindern kommt auch darin zum Ausdruck, dass die ErzieherInnen die NATRAS nun nicht mehr aus persönlichem Engagement, sondern im formellen Auftrag ihrer Institution begleiten. Den neuen Regeln entspricht, dass die Kinderbewegung nunmehr aus Projekten, statt – wie bisher – aus Kindern der Projekte bestehen soll, d.h. sie ist praktisch von einer sozialen Bewegung zu einer NGO umdefiniert worden.

Die Übernahme der Kinderbewegung durch Erwachsene deutete sich schon in den vorhergehenden Monaten an, als auf die »nachdrückliche Bitte« einer ausländischen Finanzierungsagentur (Redd Barna, Norwegen) einige ErzieherInnen die NATRAS überzeugten, eine »Systematisierung ihrer Erfahrungen« vorzunehmen. Obwohl niemand daran zweifelte, dass es nützlich sein könnte, einmal gründlich die Erfahrungen der letzten Jahre aufzuarbeiten, wurde dieses Vorhaben in einer Weise in die Tat umgesetzt, die die NATRAS selbst an den Rand des Geschehens verwies.

Die Tendenz zur Adultisierung und Entautonomisierung der Kinderbewegung kommt auch in dem derzeit diskutierten Vorschlag zum Ausdruck, die Weihnachtsgeldkampagne durch eine Solidaritätskampagne mit den NATRAS zu ersetzen. Dies läuft darauf hinaus, eher auf die Wohltätigkeit der Gesellschaft der Erwachsenen zu bauen, als auf die eigenen Kräfte und Möglichkeiten der sich organisierenden NATRAS zu vertrauen, wie es bislang zum Selbstverständnis der Kinderbewegung gehörte. Gelänge es, das Movimiento vollends auf dieses Gleis zu schieben, bräuchten die Erwachsenen künftig keine unerwarteten Forderungen und Aktionen der arbeitenden Kinder mehr befürchten. Die Kinderbewegung wäre endlich domestiziert.

Wie es weitergeht, ist ungewiss. Eine Gruppe von arbeitenden Kindern, die sich ihr Movimiento nicht aus der Hand nehmen lassen wollte, ist unter dem Namen NATRAS en Acción in einigen Stadtvierteln Managuas aktiv. Sie hat in eigener Initiative die Weihnachtsgeldkampagne weitergeführt, eine Verkaufsmesse mit eigenen Produkten veranstaltet und hält an verschiedenen Orten Treffen mit arbeitenden Kindern ab, um sie von der Notwendigkeit einer eigenen Organisation zu überzeugen.

Manfred Liebel (Managua)

Argentinische Verhältnisse in der Türkei

► Was offiziellerseits in der Türkei jahrelang nur als »Propaganda und Lüge der PKK« hingestellt wurde, ist gegenwärtig selbst in vielen türkischen Zeitungen nachzulesen: Die in den achtziger Jahren gegründete türkische Hisbollah war weniger eine pro-iranische Organisation, die »das Land und die türkische Nation zu spalten versuche«, sondern vielmehr Teil der Konterguerilla, mit der kurdische Politiker, Menschenrechtler und Gewerkschafter terrorisiert wurden. Immer mehr wird deutlich, dass die von der Hisbollah in großer Zahl verschleppten, gefolterten und ermordeten Menschen nur deshalb so lange kein Thema für Polizei und Staatsanwaltschaft waren und über viele Jahre »unentdeckt« blieben, weil es mindestens ein Wegsehen staatlicher Stellen gab. Inzwischen ist in einigen Fällen sogar belegt, dass es die Rückendeckung oder gar die Beteiligung von Angehörigen des »Sicherheitsapparats« gegeben hat.

Für die westlichen Verbündeten der Türkei kommt es einer schallenden Ohrfeige gleich, dass die auch hierzulande in den neunziger Jahren als »Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus« gehandelte Politikerin Tansu Ciller unter einen schier unglaublichen Verdacht geraten ist: Die ehemalige Ministerpräsidentin und Ex-Außenministerin des NATO-Landes, die den deutschen Außenminister Kinkel immer wieder mit der Beteuerung zu beglücken wußte, Ankara setze die aus Deutschland so reichlich gelieferten Waffen nicht gegen die kurdische Zivilbevölkerung ein, hat zu ihrer Amtszeit zugelassen, dass die Hisbollah ihre Waffen direkt vom Staat erhielt.

So hatte in den Jahren 1994 bis 1996 u.a. der Gouverneur der kurdischen Provinz Batman große Mengen Waffen bezogen *(vgl. iz3w 227)*. Nach offiziellen Angaben war diese Lieferung bestimmt für eine von dem Gouverneur aufgebaute »Spezialeinheit«, die gegen die kurdische Guerilla eingesetzt und mit Geldern aus einem staatlichen Wohnungsbaufond bezahlt wurde. Nutznießer dieses Waffenkaufs waren offensichtlich nicht nur die für ihre Grausamkeit bekannten »Spezialeinheiten«, sondern auch die türkische Hisbollah, für die ein Teil der Waffen abgezweigt wurde. Und die sich auf ihre Weise erkenntlich zeigten: In keiner anderen Provinz gab es eine so hohe Zahl von unaufgeklärten Morden und Entführungen. Angesprochen auf diese Vorgänge und die Rolle, die sie dabei spielte, gab Tansu Ciller nun an, diese von ihr gedeckten Waffengeschäfte seien richtig gewesen. Sie sei nur ihrer »Verpflichtung im Kampf gegen den Terrorismus« nachgekommen: »Ich bin froh, dass ich damals so gehandelt habe, und ich würde heute nicht anders handeln«.

Thomas Klein (Wiesbaden)

Mit Antisemiten für das Völkerrecht

► Einen absoluten Tiefpunkt erreichte die Menschenrechtspolitik der österreichischen Kurdistan-Solidaritäts-Gruppen beim Gedenken an die vier Kurden, die im Februar 1999 während ihres Protests am israelischen Konsulat in Berlin vom Sicherheitspersonal erschossen worden waren. In einer Situation, in der Israel als erstes Land seinen Botschafter aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen, antisemitischen FPÖ abberufen hatte, erklärte die »Initiative für Frieden in Kurdistan« ungerührt: »Die neue Bundesregierung in Österreich hat in einer gemeinsamen Erklärung ihr Bekenntnis zu Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte ausgedrückt. Die VertreterInnen der Initiative für Frieden in Kurdistan erwarten nun, dass dieses Bekenntnis nicht nur innenpolitisch, sondern auch im Ausland in die Tat umgesetzt wird. Wir fordern daher ein aktives Eintreten der österreichischen Bundesregierung für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts und die Unterstützung der Friedenspolitik der PKK. In Erinnerung an Sema Alp, Mustafa Kurt, Ahmet Acar und Sinan Karakus und um an diesem traurigen Tag an die Geschichte des kurdischen Volkes zu erinnern, unseren Protest gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei und der Passivität der EU Ausdruck zu verleihen und als Aufforderung an die österreichische Bundesregierung, ihrer Verantwortung gegenüber den KurdInnen in der Türkei wie auch den in Österreich lebenden kurdischen Mitbürgerinnen gerecht zu werden, veranstaltet die Initiative für Frieden in Kurdistan gemeinsam mit der Vereinigung kurdischer Frauen in Österreich (...) eine Kundgebung mit Kranzniederlegung vor der israelischen Botschaft in Wien.«

Schlimm genug, wenn eine Institution wie die EU aufgefordert wird, sie solle doch bitte in der Türkei für Demokratie und Menschenrechte sorgen. Aber an die FPÖ zu appellieren, ist der bisherige Gipfel volkstümelnder Soli-Politik, deren mit Ethno-Pluralismus kombinierte Völkerrechtspolitik nicht mehr nur bürgerliches Recht, sondern auch offene Antisemiten hofiert und legitimiert. Nicht nur in Österreich: Die Informationsstelle Kurdistan in Berlin präsentiert die Erklärung der »Initiative für Frieden in Kurdistan« auf ihrer Internet-Seite – ohne ein Wort der Kritik. Erstaunen kann dies nicht: Dass Israel automatisch mitschuldig ist, wenn der türkische Geheimdienst den Chef der PKK kidnappt, wird wider besseren Wissens auch von deutschen Soligruppen bis heute behauptet – offensichtlich deshalb, weil Öcalan daran festhält. Anstatt über Antisemitismus und die Fahrlässigkeit, die den Versuch einer Besetzung des israelischen Konsulats prägte, zu debattieren oder den staatlichen Rassismus der BRD zu kritisieren, überspielt beispielsweise die Hamburger Kurdistansolidarität in einer Erklärung alle Widersprüche mit martialischem Gehabe: »Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die kurdische Bewegung die Stärke entwickelt, auch die härtesten Angriffe abzuwehren.«

Gruppe demontage (Hamburg)

Eine beliebige Partei der Mitte

► Es gibt kaum überflüssigere Artikel wie jene, in denen der Wandel der Grünen zu einer Art »Öko-FDP« beklagt wird – in der Hoffnung, die Partei möge sich doch bitte wieder an ihre linken Wurzeln erinnern. Das Schicksal des Internationalen Solidaritätsfonds von B'90/ Die Grünen nachzuzeichnen lohnt sich dennoch, verdeutlicht es doch, dass diese Hoffnung nicht nur illusionär, sondern auch politisch gefährlich ist.

Als 1984 anlässlich der Europawahlen die Wahlkampfkostenerstattung erhöht wurde, beschlossen die Grünen, die daraus resultierenden fünf Millionen DM nicht einfach in die Parteikasse fließen zu lassen, sondern daraus einen Fonds für Dritte-Welt-Solidaritätsarbeit einzurichten. Einige Jahre lang wurden aus den Zinsen dieses Vermögens internationalistische Gruppen und Aktivitäten unterstützt, etwa die Anti-IWF-Kampagne von 1988. Mit dem Solifonds war beiden Seiten gedient: Die Dritte-Welt-Gruppen bekamen relativ unbürokratisch Geld, die Grünen konnten große Teile der Dritte-Welt-Szene über viele Jahre an sich binden. Die Verfügungsgewalt über das Fondsvermögen verblieb allerdings immer bei der Bundespartei – mit der Folge, dass es bei der ersten passenden Gelegenheit zum Kauf einer Immobilie, des Parteisitzes Haus Wittgenstein bei Bonn, verwendet wurde. Erst nach Protesten und einigem Hickhack wurden dem Solifonds in der Folgezeit jährlich 300.000 DM aus dem Haushalt der Bundespartei bzw. aus »freiwilligen« Spenden von Abgeordneten bewilligt.

Im Sommer 1999 war es dann wieder soweit: Die Bundespartei hatte erneut leere Kassen, nicht zuletzt auf Grund der hohen Ausgaben für den neuen Parteisitz in Berlin. Die Unterstützung für den Solifonds wurde ausgesetzt, ebenso wie für den ähnlich organisierten Ökofonds. Die Realo-dominierten bzw. regierungslinken Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen und NRW plädierten gar für die endgültige Abschaffung des Solifonds. Nur öffentlichen Protesten und dem sich regenden linken Gewissen mancher Grüner war es zu verdanken, dass sich auf dem Bundesparteitag im März 2000 ein Antrag durchsetzte, der den Solifonds zunächst nur für das Jahr 2000 aussetzt und – wie immer, wenn ein unliebsames Thema erledigt werden soll – die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines neuen Konzepts für »entwicklungspolitische Basisarbeit« vorsieht.

So weit der vorläufige Endpunkt einer konsequenten, sich seit langem abzeichnenden Entwicklung, der zur nötigen Klärung des Verhältnisses der Soli-Bewegung zu den Grünen beiträgt. Doch statt den längst überfälligen Trennungsstrich zu einer Partei zu ziehen, die u.a. den Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit großer Mehrheit befürwortet hat, trauert beispielsweise der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in einer Presseerklärung dem Solifonds nach und fordert die Grünen auf, die Entscheidung des Bundesparteitages zu revidieren. Begründung: »Mit dieser Entscheidung schneiden sich die Grünen ins eigene Fleisch« (Was gibt es denn daran auszusetzen?) und »entwickeln sich zu einer beliebigen Partei der Mitte« – als ob die Grünen das nicht schon längst wären. *cst.*

Greenwash oder Alternative? – Bücher zum Thema Ökotourismus

► Seit einigen Jahren ist Ökotourismus als Schlagwort der Tourismusindustrie ebenso beliebt wie als Zauberformel nachhaltiger Regionalentwicklungskonzepte. Soziale und ökologische Prinzipien scheinen sich widerspruchslos mit dem ständig wachsenden Angebot an organisierten Naturerlebnissen zu vertragen. Auch in der Literatur, die den ökotouristischen Boom zu reflektieren versucht, wird selten zwischen den werbewirksamen greenwash-Konzepten und gesellschaftskritischen Ansätzen für nachhaltigen Tourismus unterschieden.

»Ecotourism – alter Wein in neuen Schläuchen?«, fragt daher Zac Goldschmidt, einer von 24 Autoren des Buches **Sustainability in Mountain Tourism**. Sein Beitrag spießt die gängigen Irrtümer der Konzepte zur Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in Nepal, Indien, Bhutan und Pakistan auf. Die Forderung nach Partizipation, so Goldschmidt, darf nicht dazu missbraucht werden, den ‚Bereisten' Entscheidungsgewalt über den Tourismus vorzugaukeln, während ihnen aufgrund extern verursachter wirtschaftlicher und sozialer Zwänge nur diese eine Option zur Auswahl bleibt. Ansonsten bewegt sich das Buch weitgehend im Rahmen der Logik der UN-Nachhaltigkeitsstrategie mit ihrem Ziel der erfolgreichen Integration des Himalaya in den globalen Tourismusmarkt. Zwar erfährt der Leser eine Fülle interessanter Details über die Problemlagen in der Region. Auch die zentrale Frage nach der Integration des Tourismus in die bestehende Landnutzung wird angesprochen. Doch gehen die Ansätze kaum über die üblichen Strategien eines partizipativ abgesegneten Managementansatzes und den Glauben an Tragfähigkeitsmodelle innerhalb unschädlicher ökologischer und sozialer Grenzen hinaus. Der entscheidende Schritt hin zu einer Verknüpfung von Selbstbestimmung mit der Wahl von Kriterien für Tragfähigkeitskonzepte wird nicht gemacht.

Durch eine Fülle von Einzelstudien versucht das Buch **Ökotourismus – Reisen zwischen Ökonomie und Ökologie** den Blick auf die Relevanz des Spezifischen in den bereisten Regionen zu lenken. Doch die »theoretischen Aspekte« im ersten Teil isolieren Detailfragen über den Tourismus vom politisch-ökonomischen Gerüst des weltweit verwobenen Tourismusmarktes, der bis ins Lokale wirkt. Somit kann die ansonsten informative Bewertung von Erfolgen und Misserfolgen bei dem Versuch, Naturschutz durch Tourismus zu verwirklichen, wenig überzeugen.

In eine ähnliche Richtung geht der zweite Band von **Ecotourism – A Guide for Planners and Managers**. Seine Fragestellung lautet: Kann der Schutz von Nationalparks mit Hilfe des »Ökotourismus« wirksam finanziert werden? Eignet sich der vielversprechende Entwurf eines kommunal verantwortlich geführten Ökotourismus? Das pragmatische Wie des Buches spiegelt das stetig zunehmende Interesse vieler Tourismusmanager und -ministerien wider, die mit dem Ökotourismus einen Nationalpark oder ein ganzes Land als vermarktbares Produkt im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig machen wollen. Zwar heben die Autoren die Komplexität der Situationen hervor, die keine Patentrezepte zuließen. Doch ein kritisch fragendes 'Ob', das die globalen ökonomischen Strukturen thematisiert, in denen ökotouristische Produkte verfangen sind, ist nicht Thema des Buches. Die Auflistung von Detailfragen ist dennoch ein wertvoller Hinweis auf die Vielfalt der Konflikte, etwa bei der Partizipation der Bevölkerung. Doch leider bleiben die Autoren hier die Frage schuldig, ob Ökotourismus als Konzept eines selbstbestimmten kommunalen Entwickungsmodells überhaupt tauglich ist oder ob dieses nicht vielmehr als legitimatorisches Instrument in den Dienst der Entwicklung ökotouristischer Nischenprodukte gestellt wird.

Taugt »grüner Tourismus« als Kommunales Entwicklungsmodell?

Anders Yörn Kreib und Angela Ulbrich, die in ihrem Buch **Gratwanderung Ökotourismus** eine Unterscheidung zwischen Ökopokus, dem grünen Nebel um Ökotourismus, und ernsthaften »Strategien gegen den touristischen Ausverkauf von Kultur und Natur« (so der Untertitel) vornehmen. Sie wagen es, die Unsinnigkeit der touristischen Neuerschließung von Naturräumen für die Einrichtung von Schutzgebieten zu verurteilen. Ebenso deutlich wird der Wunsch als Illusion benannt, das heutige Massenprodukt Reisen für Umwelt und Sozialstruktur verträglich zu gestalten, und es wird ein gesteuerter Rückgang der Touristenzahlen gefordert. Mit Fallbeispielen wird auf die Unwägbarkeiten bei der Umsetzung ökotouristischer Konzepte aufmerksam gemacht und dadurch der Mythos von der Planbarkeit eines grünen Tourismus mit der Realität konfrontiert. Um so befremdlicher wirkt ein Beitrag, der für persönliche Reise-Ökobilanzen plädiert: Die Idee, über den Handel mit Positivbilanzen, die man durch weitgehenden Reiseverzicht erwirbt, einen Ausgleich für die Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich schaffen zu können, erscheint absurd und widerspricht der Denkweise des Buches. Denn darin wird »Reisen« als Haltung, als Situation und nicht als Konsum- oder Wegwerfartikel gesehen.

Auch Deborah McLaren zögert nicht in **Rethinking Tourism and Ecotravel**, widersprüchliche Folgen des Tourismus zu benennen: Reisen sei Grundlage für ein wachsendes Bewußtsein für die internationalen Probleme und zugleich Basis für gemeinsame politische Aktionen gegen die globalisierte Tourismusindustrie. Dabei spielten sich alle Reisen innerhalb sozio-ökonomischer Herrschaftsstrukturen ab und unterstützten damit auch ihre zerstörerischen Potentiale. Reisen könne zwar den gegenseitigen Respekt für Kultur und Natur fördern, der abhängig sei vom individuellen Erleben. Doch gleichzeitig drohe Betäubung durch die Informationsflut. Die Autorin fordert wissenschaftliche Analysen über die strukturellen Rahmenbedingungen des Tourismus, warnt aber zugleich vor den Unzulänglichkeiten des westlichen (Wissenschafts)Verständnisses, das die heutigen Formen des Reisens samt aller Rahmenbedingungen erst geschaffen hat. So will McLaren die Sichtweisen der lokalen Bevölkerung aus den bereisten Regionen, ihre Beurteilung sozialer Verhältnisse und ökologischer Parameter einbezogen wissen.

So manches Nachhaltigkeitspostulat wird von der Autorin durch Hintergrundanalysen als Fiktion enthüllt. In der Hoffnung, über persönliches Engagement und durch öffentlichen Druck die greenwash-Konzepte disqualifizieren zu können, zeigt das Buch Handlungsoptionen auf, ohne in die Sackgasse des Pragmatismus abzugleiten. McLaren schafft es, auf die individuelle Verantwortlichkeit im Tourismus zu setzen, ohne einer Verzichtsethik das Wort zu reden. Ihr geht es um emanzipiertes Denken und Handeln, das sich gegen die Mythen der globalisierten Tourismusindustrie wehrt.

Martina Backes (FernWeh – Forum Tourismus und Kritik im iz3w)

► *Patricia East, Kurt Luger, Karin Immann (Hrsg.): Sustainability in Mountain Tourism – Perspectives for the Himalayan Countries. Studien Verlag, Innsbruck-Wien 1998.*

► *Ludwig Ellenberg, Marion Scholz, Birgit Breier (Hrsg.): Ökotourismus – Reisen zwischen Ökonomie und Ökologie. Spektrum Verlag Heidelberg 1997.*

► *Kreg Lindberg, Megan E. Wood, David Engeldrum: Ecotourism – A Guide for Planners and Managers. Volume 2, The Ecotourism Society, North Bennington, Vermont, 1998.*

► *Yörn Kreib und Angela Ulbrich (Hrsg.): Gratwanderung Ökotourismus, Ökozid 13, Focus Verlag, Giessen, 1997.*

► *Deborah McLaren: Rethinking Tourism and Ecotravel. Kumarin Press, West Hartford, Connecticut, 1998.*

Islamistinnen als religiöse Avantgarde

▶ Die Idee, einen empirisch orientierten Sammelband zum weiblichen Islam in der Moderne zusammenzutragen, entstand im Mai 1998 bei einer Tagung der Religionssoziologie an der Uni Bielefeld. Im einleitenden Aufsatz stellen sich die Herausgeberinnen von **Der neue Islam der Frauen** die Frage, wie sich Musliminnen unter den Bedingungen von Globalisierungsprozessen in alltagsweltlichen Kontexten als Individuen und Gruppen konstituieren und positionieren. Vor allem die Thesen des Globalisierungstheoretikers Roland Robertson geben die Zielrichtung an. Robertson verwirft die Prophezeihung einer McWorld-Instant-Kultur und versteht Globalisierung als einen wechselseitigen Prozess, in dem sich globale und lokale Formen der Vergemeinschaftung zunehmend miteinander verknüpfen und gegenseitig bedingen. Diese Dialektik zwischen universalen und partikularen Strukturen konstatieren die Herausgeberinnen sowohl für soziale Beziehungen und Strukturen in verschiedenen islamischen Räumen als auch für die Konstitution kultureller Identitäten.

In den Beiträgen von Monika Salzbrunn, Nancy Venel, Helma Lutz, Gerdien Jonker und Sigrid Nökel gilt das Hauptaugenmerk denjenigen Migrantinnen der zweiten Generation in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland, die sich dem Islam zuwenden. Es geht vor allem um junge Frauen, die zur sozial aufsteigenden Gruppe der 'Bildungsinländerinnen' gehören, also nicht um marginalisierte »Ghetto-Jugendliche« oder unqualifizierte Arbeiterinnen, die seit Anfang der 70er Jahre ein beliebtes Objekt sozialwissenschaftlicher Untersuchungen bilden. Mit auf die Dauer etwas ermüdender Übereinstimmung diagnostizieren die Untersuchungen eine »neue weibliche islamische Identität«, die sich im Spannungsfeld von Ethnisierung, Assimilation und Emanzipation in der Migration bilde. Die Frauen wenden sich demnach einem »fortschrittlichen, rationalen und universalistischen Islam« zu und setzen sich dabei bewusst von dem traditionellen und oberflächlichen Glauben der 'unaufgeklärten' Elterngeneration ab. Sie konstituieren sich als ein »islamisches Moralsubjekt« (Nökel, S.125) und erzielen »Macht- und Legitimationsgewinne« innerhalb ihrer Herkunftsfamilie. Gleichzeitig untergraben sie Assimilationsforderungen von außen und fordern als »selbstbestimmte Persönlichkeiten« Anerkennung und Sichtbarkeit in der Gesellschaft (S.135ff).

Ein ähnlicher Typus der »neuen islamischen Frau« tritt im Zuge der islamistischen Bewegung auch in urbanen Metropolen der Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung wie Kairo, Istanbul, Beirut und Jakarta in Erscheinung. Die Beiträge von Barbara Pusch, Refika Sarönder, Ursula Klaes und Karin Werner untersuchen urbane Islamistinnen, die sich von volkstümlichen Deutungen und Praktiken ablösen, Anspruch auf Bildung und Berufstätigkeit erheben, sich politisch engagieren und ihre Anschauungen in der Öffentlichkeit vertreten. Überwiegend stellen die Autorinnen fest, dass die neuen Islamistinnen, auch als »religiöse Avantgarde« betitelt (S.273), mit ihrem Lebensstil zu einem Wandel in den Geschlechterbeziehungen beitragen. Der neue intellektuelle Frauentyp rekurriere dabei auf lokale kulturelle Werte genauso wie auf universale wie Demokratie, Identität und Selbstbestimmung.

Wie unterschiedlich sich die Autorinnen mit der Frage nach der islamischen Identität von Frauen beschäftigen, zeigen die Beiträge von Karin Werner und Ursula Klaes. Während Werner in ihrer Fallstudie jede kleine Veränderung in den Alltagshandlungen einer ägyptischen Studentin, die sich dem Islamismus zugewendet hat, mikrosoziologisch analysiert, bis wir am Ende den Inbegriff einer Islamistin vorgeführt bekommen, versucht die Islamwissenschaftlerin Klaes in ihrem Beitrag über Frauen in der schiitischen islamistischen Bewegung Hizb Allah die Sicht der Islamistinnen selbst nachzuzeichnen. Weniger theoretisch fundiert, aber dafür vertrauter mit der islamischen Kultur und Geschichte, geht Klaes dem nach, was die Frauen in ihrem Selbstverständnis als Islamistinnen wollen: Sie möchten Bildung sowohl in religiösen als auch in säkularen Wissensbereichen erwerben und fordern die Berufstätigkeit der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft.

Zwei der interessantesten Beiträge gehen der Fragestellung der Publikation in einem dritten »Kontext« nach: dörfliche Räume, in denen sich lokale islamische Lebensformen unter dem Einfluss von globalen, geographisch und sozial ganz unterschiedlichen kulturellen Elementen transformieren. Anhand von Fallbeispielen schiitischer Bewohnerinnen und Aktivistinnen islamistischer Bewegungen eines »globalisierten Dorfes« im Südlibanon, die mittels Telefon, E-Mail, Audiokassetten und selbstproduzierten Videoaufnahmen ihre ausgewanderten Verwandten an der Elfenbeinküste am Dorfgeschehen teilnehmen lassen, zeigt Anja Peleikis, wie sich »translokale Identitäten auf globaler Ebene konstituieren« (S.208ff). Ruth Klein-Hessling macht anhand der Trauerzeremonie in einem nordsudanischen Dorf anschaulich, wie lokale Traditionen mit einem globalen islamischen Diskurs konkurrieren und dabei Kompetenzstreitigkeiten und Asymmetrien innerhalb der Frauengemeinschaft entstehen.

Seit Anfang der 90er Jahre erscheinen (auch zunehmend im feministischen Spektrum) Studien über Islamistinnen, die in zwei Richtungen polarisiert sind: Entweder verändern die Islamistinnen durch ihr öffentliches Engagement die Beziehungen zwischen Mann und Frau grundlegend oder sie lassen sich als Opfer für die Sache der Männer instrumentalisieren. Die meisten Beiträge des Buches tendieren zur ersten Version, erfassen aber auch die Widersprüchlichkeit weiblicher Mikropraktiken. Positiv ist anzumerken, dass die Fallstudien Verallgemeinerungen wie 'die Islamistin' oder 'der Islam' vermeiden. So wird deutlich, dass weder Islamismus noch Islam als bloßer Gegenentwurf zur Moderne begriffen werden können, sondern in ihrer Spezifik innerhalb der modernen Globalisierungsprozesse verstanden werden müssen.

Neriman Bayram

▶ *Ruth Klein-Hessling, Sigrid Nökel und Karin Werner (Hrsg.): Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne – Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa, transcript Verlag, Bielefeld 1999, 316 Seiten, 48 DM.*

Bericht aus Ruanda

► Der Journalist Philip Gourevitch hat 1998 in den USA ein Aufsehen erregendes Buch über den Völkermord in Ruanda veröffentlicht, das nun auf deutsch erschienen ist. Den Titel **Wir möchten Ihnen mitteilen, dass wir morgen mit unseren Familien umgebracht werden** hat der Autor aus einem Brief von Tutsi-Pastoren an ihren Kirchenobersten der Adventistenkirche entnommen. Sie suchten mit zweitausend anderen Tutsis in der Adventistengemeinde von Kibuye Schutz vor den Milizen der Hutu-Power. Nach mehrtägiger Belagerung erhielten sie die Ankündigung, dass man sie am nächsten Tag töten werde. Mit dem Brief erhofften sie die Intervention ihres Kirchenobersten, der allerdings selbst mit der Hutu-Macht paktierte. Tags darauf wurden fast alle von ihnen ermordet.

Gourevitchs Bericht ist in einer sensiblen Erzählweise verfasst, in der auch die Emotionalität der Opfer in den Blick kommt, ohne dabei ins Voyeuristische zu verfallen. Das Unbegreifliche des Völkermords bildet seine Ausgangsmotivation, Erklärungen für das Geschehene zu suchen, die mit der vagen Hoffnung verknüpft werden, »dass ein Wissen um die Geschehnisse vielleicht einmal etwas nützen wird«.

Der Autor zeigt auf, wie die Kolonialmächte Deutschland und Belgien die Einteilung in Hutu und Tutsi konstruierten und so die ruandische Gesellschaft nach einem ausgeklügelten System von Machterhalt und Privilegienverteilung neu strukturierten. Die Theorie, dass es sich in Ruanda um einen »primitiven Stammeskonflikt« gehandelt hätte, verweist Gourevitch so in das Arsenal der Mythenbildung sich »zivilisatorisch« gebender Kolonialnationen. Waren zunächst die Tutsis die Günstlinge des Kolonialsystems, drehte sich diese Rolle noch unter den Belgiern um. Ruandas Entlassung in die Unabhängigkeit begann nicht mit einer antikolonialen Revolution, sondern mit einem Massaker an den ehemaligen Günstlingen der Kolonialmacht. Die ethnische Strukturierung der Gesellschaft wurde dabei nicht zerschlagen, so dass sie bestimmend blieb für die Verteilung von Aufstiegschancen und Privilegien.

Gourevitch stellt das Planvolle des Völkermords heraus und zeigt, dass er von der Hutu-Elite des Landes vorbereitet wurde, um die ökonomische und politische Herrschaft zu behalten und jegliche Forderung nach Machtteilung und Integration der Tutsis zurückzuweisen. Die Gründe dafür, wie es möglich war, dass sich so viele Menschen an den Ermordungen beteiligten, liegen für ihn in der Militarisierung der ruandischen Gesellschaft, in der Gründung von paramilitärischen Milizen und der verschärften Propagierung der »Hutu Power«-Ideologie in Rundfunk und Medien, so dass eine klare Feindbildkonstruktion entstand.

Doch all dies stellt für Gourevitch nur eine Annäherung an das Geschehene dar. Wichtiger als eine letztgültige Erklärung ist ihm, wie der Bruch, der durch den Völkermord in Ruanda entstanden ist, auf die Menschen wirkt. Im zweiten Teil seines Buches beschreibt Gourevitch daher einerseits die Opfer mit ihren Erinnerungen, von denen sie nicht mehr loskommen, und andererseits die Täter mit ihren Entschuldigungen, die einem Verdrängungsdiskurs gleichkommen. Doch auch die politischen Entwicklungen werden aufgezeigt, die das ganze Gebiet um die großen Seen betreffen. Denn auch nach dem Sieg der RPF in Ruanda dauert der Bürgerkrieg fort. Die Milizen der »Hutu Power« haben sich in Zaire und in der Republik Kongo neu formiert. Ihr Ziel ist nach wie vor die Rückeroberung Ruandas.

Dem Westen wirft Gourevitch eine doppelte Schuld vor. Ein Eingriff etwa seitens der UNO zugunsten der Opfer blieb aus, was er durch die Abwesenheit von politischen und ökonomischen Interessen der meisten westlichen Staaten erklärt (außer Frankreich, das seinen ehemaligen Günstlingen die Treue hielt). Zum anderen ergriff der Westen indirekt Partei, indem er die Täter in den Flüchtlingslagern zu Opfern machte und die humanitären Hilfsorganisationen die Flüchtlinge und Milizen der ehemaligen ruandischen Armee alimentierten. Nach dem Völkermord wurde in der westlichen Presse suggeriert, es wäre niemand mehr ohne Schuld, verbunden mit der Forderung, man solle sich doch wieder vertragen. Doch gerade diese Position ist für Gourevitch inakzeptabel: Indem sie nur die Gewalt denunziert, verschwindet die Urheberschaft des Völkermords völlig aus der Geschichte. Gourevitch ist das Verdienst zuzusprechen, die Widersprüche der postgenozidalen Gesellschaft in Ruanda eindrucksvoll beschrieben zu haben.

Ronald Sperling

► *Philip Gourevitch, »Wir möchten Ihnen mitteilen, dass wir morgen mit unseren Familien umgebracht werden«, Bericht aus Ruanda, Berlin Verlag, 1999, 426 Seiten, 44,- DM*

PROKLA 118

► Die »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« widmet sich der »Re-Regulierung der Weltwirtschaft«. Die Redaktion warnt im Editorial zwar vor überzogenen Erwartungen an die Wirkungen etwa einer Tobin-Steuer, denn ein »Ende der Finanzkrisen ist so lange nicht absehbar, wie es Finanzmärkte gibt«. Dennoch sei Resignation fehl am Platze, nur müsse, wer mehr erreichen wolle, »an die Frage der Gestaltung der globalen Beziehungen mit größerer Radikalität herangehen, als sie in den Vorschlägen der Re-Regulierung enthalten ist«. An dieser Vorgabe versuchen sich u.a. Christoph Scherrer (zu »Global Governance«), Heribert Dieter und Susanne Lütz (zu internat. Finanzmärkten) und Dirk Messner (Transformation der Politik).

► *PROKLA-Redaktion, Postfach 100529, 10565 Berlin. www.prokla.de*

Widerspruch 38

► Auch die Schweizer Zeitschrift »Widerspruch« thematisiert die Tobin-Steuer. François Chesnais bringt dabei die Kapitalmärkte in Zusammenhang mit der Verschuldungsfrage. »Müsste die Forderung nicht auf die Streichung der Staatsschuld aller Länder ausgedehnt werden, wenn man sich zum Ziel setzt, die Grundlagen der Spekulationsgeschäfte abzuschaffen?« fragt er zunächst, um die Antwort gleich nachzulegen: »ATTAC ist gut beraten, in der Debatte über die Tobin-Steuer hinauszugehen, um nicht der unrealistischen Idee aufzusitzen, die Finanzmärkte wieder regulieren zu wollen, während gleichzeitig die internationalen Finanzinstitute eine Selbstregulierung anregen, um dieses zutiefst ausbeuterische Akkumulationsregime zu stabilisieren.«

► *Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich. www.widerspruch.ch*

off limits 28

► Die antirassistische Zeitschrift steht vor einem Neuanfang oder vor dem Ende. Zwar haben sich die zur Zeit sieben RedakteurInnen »in den letzten Jahren immer wieder für die Fortsetzung des Projekts off limits entschieden, obwohl die Bedingungen dafür nicht gerade besser geworden sind«, jetzt wollen sie so jedoch nicht mehr weitermachen. Sie rufen daher zu Mitarbeit und finanzieller Unterstützung auf, damit das Projekt bestehen bleiben kann. Die aktuelle Ausgabe dreht sich um »Kriminalisierung im Grenzregime«, um die Razzia im Mehringhof in Berlin und um »Strafbefehle für alle einreisenden Flüchtlinge.«

► *off limits, Hospitalstr. 109, 22767 Hamburg. www.offlimits.de*

Fit for fair

► Die Christliche Initiative Romero hat im Rahmen ihres Engagements in der Clean-Clothes-Kampagne eine Werkmappe erarbeitet, die sich unter dem Motto ‚Fit for Fair' mit den Produktionsbedingungen in den Weltmarktfabriken der Sportswearindustrie beschäftigt. Themen sind neben der Kritik an Firmen wie adidas, Nike, Puma oder Reebok auch Sozialklauseln und Verhaltenskodizes für Unternehmen, die in Ländern der Dritten Welt produzieren. Die 72-seitige Broschüre ist für Unterricht und Bildungsarbeit sowie zur Vorbereitung auf Aktionen geeignet. *Bezug: Christliche Initiative Romero, Frauenstr. 3-7, 48143 Münster, Tel. 0251/ 89503, Fax 82541, email: CI-Romero@t-online.de*

Peace Brigades International

► Seit 1981 versucht Peace Brigades International durch die Präsenz von internationalen Freiwilligen-Teams gewaltfreie Konfliktlösungen in verschiedenen Krisenregionen zu fördern. Projekte finden derzeit in Guatemala, Sri Lanka, Haiti, Kolumbien, Chiapas und im ehemaligen Jugoslawien statt. Die deutsche Sektion veranstaltet vom 16. bis zum 18. Juni in Berlin ein Informationsseminar für alle Interessierten. *Info: Peace Brigades International, Hohenesch 72, 22765 Hamburg, Tel. 040/ 3806903, Fax 3869417, email: pbiger@shalom.life.de*

Internationale Workcamps

► Auch im Jahr 2000 umfasst das Programm des Service Civil International (SCI) wieder mehr als 600 internationale Workcamps in 40 Ländern. Ihr Themenangebot ist weit gefächert: Frieden, Kinder und Jugend, Ökologie, Armut und Obdachlosigkeit, Antirassismus etc. Bei Camps im Ausland sind alle ab 18 Jahren teilnahmeberechtigt. *Info: SCI, Blücherstr. 14, 53115 Bonn, Tel. 0228/ 212086, Fax 264234, email: sci-d@sci-d.de, Internet: www.sci-d.de*

Gratiszug zum EU-Gipfel

► In Paris wird im Herbst dieses Jahres ein EU-Gipfel stattfinden. Der Bielefelder AK Internationalismus schlägt aus diesem Anlass eine gemeinsame Bahnfahrt von Arbeitslosen und illegalisierten Flüchtlingen sowie deren UnterstützerInnen vor – ohne Fahrscheine und Passkontrollen. Damit sollen nach dem Vorbild von ähnlichen Aktionen aus Frankreich, England und den Niederlanden einerseits Ausgrenzung und Rassismus, andererseits die kapitalistischen Prinzipien von Markt und Eigentum in Frage gestellt werden. Der AK hat dazu einen Reader erstellt, der im Internet unter *http://people.knup.de/~akinter/index.html* erhältlich ist sowie auf Papier bei: *AK Internationalismus, Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, Tel. 0521/ 171253 (DO 17-19 Uhr)*

Tagungen

► Ein Wochenendseminar zu **Wasser, Krieg und Frieden – Globale Problematik am Beispiel Wasser** veranstaltet vom 19. bis zum 21. Mai im Haus Reineberg das AKE-Bildungswerk. Themen sind u.a. regionale und globale Wasserkrisen in Nord und Süd sowie Wege zu einer neuen Wasserpolitik. *Info: AKE, Burgstr. 1, 32602 Vlotho, Tel. 05733/ 95737, Fax 18154, email: AKEBW@aol.com*

► Unter dem Motto **Ende des globalen Kapitalismus – Das neue historische Projekt** veranstaltet die 'Perspektive unabhängige Kommunikation' (puk) am 20. und 21. Mai ihren **Kongress 2000** in Göttingen. Dort soll radikale Kritik an den bestehenden Verhältnissen geübt und geschichtlich zukunftsweisende Alternativen angeboten werden. Es sprechen u.a. das gemischte Doppel Maria Mies und Hermann L. Gremliza. *Info: puk, c/o blackbit, Ernst-Ruhstrat-Str. 6, 37069 Göttingen, Tel. 0551/ 5315450, email: info@puk.de, Internet: www.kongress2000.de*

Aktionen gegen die EXPO 2000

► Wie schon anlässlich der EXPO 1992 in Sevilla rufen auch in Hannover zahlreiche linke Initiativen und Bündnisse zu Protestaktionen gegen die »Propagandashow der Herrschenden« auf. Ein Überblick über Aktivitäten und Argumente gegen die EXPO findet sich in der monatlich erscheinenden Mobilisierungszeitung EXPO NO!. Sie ist u.a. erhältlich bei: *Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen, Tel. 02361/ 17483, email: antifa-re@koma.free.de* sowie bei der *Anti-Expo-AG, c/o ASTA Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover, email: anti-expo-ag@gmx.de.* Bei der Anti-Expo-AG ist auch ein zweiteiliger Reader mit Hintergrundbeiträgen zur EXPO erhältlich.

Im Internet finden sich ausführliche Informationen und zahlreiche Links zu Anti-EXPO-Initiativen unter *www.expo-no.de* und unter *www.anti-expo-ag.de.* Kritisch-akzeptierende Infos sind erhältlich bei: *www.xposition.de.*

Infos zu Nord-Süd-Aktivitäten auf und anlässlich der EXPO gibt es bei: *EXPO-Watch-Büro, Husarenstr. 27, 30163 Hannover, Tel. 0511/ 3949190, www.expo-watch.org*

Offizielle Infos zur EXPO gibt es unter: *www.expo2000.de* und unter *www. expo2000-bg.de.*

Termine :

18. – 20. Mai: Linke Aktionstage gegen die EXPO in Bremen. *Kontakt: FROXS, St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen*

27. Mai – 4. Juni: Aktionswoche gegen die EXPO 2000 mit

27. Mai: Großdemo in Hannover. *Info: Anti-Expo-AG*

Mai/Juni: Veranstaltungsreihe in Münster. *Info: vamos e.V., Tel. 0251/ 45431*

1. Juni: Aktions- und Blockadetag gegen die EXPO-Eröffnung in Hannover. *Info: www.expo-no.de*

2. – 3. Juni: Strategiediskussion »Jenseits des Neuen Internationalismus« im Pavillon, Hannover. *Info: alaska, Tel. 0421/ 72034*

3. – 4. Juni: Reclaim-the-streets-Party und Innen!stadt!aktions!tage in Hannover. *Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover (s.o.)*

9.– 13. Juni: Anti-EXPO-Camp in Mellendorf. *Info: JANUN, BDR und Naturfreundejugend. Tel. 0511/ 3940415*

ab 10. Juli: Chaos-Tage 2000 in Hannover

19. Juli: Antirassistischer Aktionstag. *Info: AKKU, Tel. 0441/ 248175*

An vielen Ländertagen der EXPO finden Aktionstage statt, bspw. zu Kamerun (13.7.), Türkei (19.8.), Mexiko (20.8.) oder Nigeria (2.10.). *Info: www.expo-no.de*

► Das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) lädt am 27. und 28. Mai unter dem Titel **Kapitalismus im 21. Jahrhundert** zum 8. isw-forum ein. Themen sind u.a. Globalisierung und Staat, Boom in den USA ohne Ende?, Chinas Übergang zum Kapitalismus. Eingeladen sind ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. *Info: isw, Johann-v.-Werth.-Str. 3, 90639 München, Tel. 089/ 1689415*

► Zwischen Ausbeutung und Widerstand – **Frauen in Entwicklungsländern** heißt eine Tagung des Arbeitnehmerzentrums Königswinter, die vom 2.-4. Juni stattfindet. *Info: AZK, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel. 02223/ 730, Fax 73111*

► **Politische Partizipation** und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung lautet der Titel einer Tagung, mit der am 30. Juni und 1. Juli der AK Soziale Bewegungen der DVPW und andere Veranstalter neue Politikformen erkunden möchten. Zu den Themen gehören u.a. Migration und politische Mobilisierung, NGO-Engagement in der internationalen Umweltpolitik und Stadt und politische Beteiligung. Zu den ReferentInnen gehören auch einige iz3w-AutorInnen. *Infos: Ansgar Klein, Mahlowerstr. 25/26, 12049 Berlin, Tel. 030/ 6226210, email: ansgar.klein@snafu*

Vorschau: iz3w Nr. 246
Schwerpunkt: »Was ist Afrika?«

► Die Ausgangsfrage des Themenschwerpunktes widmet sich den unterschiedlichen Konstruktionen »Afrikas«. Kritisiert werden vor allem verallgemeinernde Betrachtungsweisen, die sich im Blick auf »afrikanische Kunst«, »afrikanische Traditionen« oder die »Ökonomie Afrikas« äußern. Andererseits verkennt die vor allem in der Ethnologie vorherrschende separate Betrachtungsweise einzelner afrikanischer »Gesellschaften« oder gar »Ethnien«, dass es Gemeinsamkeiten innerhalb der Regionen Afrikas gibt. Der **iz3w**-Schwerpunkt thematisiert die von Afrika in den hiesigen Medien gezeichneten Bilder wie auch die Folgen der Globalisierung für verschiedene Staaten und Regionen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die unabgeschlossenen nation-building-Prozesse.

► **Resisting violence against minorities** ist das Ziel einer Konferenz, zu der UNITED als größtes antirassistisches Netzwerk Europas vom 30. Juni bis zum 4. Juli nach Lissabon ruft. Themen sind u.a. die Diskriminierung von Roma und Sinti, die »sans-papiers«, Neokolonialismus, die Auswirkungen des Amsterdamer EU-Vertrages und die Arbeit von NGOs in Grenzgebieten. Auf Antrag gibt es einen Reisekostenzuschuss. *Info: UNITED, PB 413, NL-1000 AK Amsterdam, Tel. 0031/20/6834778,*
email: united@united.non-profit.nl,
Internet: www.united.non-profit.nl

► Angesichts der Debatte um die deutsche Red-Green-Card erfährt ein Seminar der Evangelischen Akademie Bad Boll mit dem Thema **Indische Wurzeln – deutsche Heimat** besondere Aktualität. Darin geht es vom 14. bis zum 16.7. um einen Vergleich des indischen Bildungssystems mit dem deutschen sowie um Tipps für Studien und Arbeitsaufenthalte in Indien. *Info: Ev. Akademie, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/ 790, Fax 79440,*
email: post@ev-akademie-boll.de,
Internet: www.ev-akademie-boll.de

► Ein **antinationales und linksradikales Sommercamp** organisieren vom 22.Juli bis zum 6. August verschiedene Gliederungen der Junge Linke sowie die Gruppe Ratio Rausch Revolution. Versprochen werden neben »Sommer, Sonne, Rausch« auch »Diskussionen bis zum abwinken«, und zwar über Nationalismus, Antisemitismus, Imperialismus und Krieg, Geschlechterverhältnis oder Drogen und Drogenpolitik. Das Camp findet in Schleswig-Holstein statt. *Info: Junge Linke, Postfach 910429, 30424 Hannover, Tel. 0511/ 8386226,*
email: info@junge-linke.de,
Internet: www.junge-linke.de

► Eine **Entwicklungspolitische Sommerschule** veranstaltet vom 28.7. bis zum 7.8. in Sachsen-Anhalt das Institut für Theologie und Politik. Themen sind. u.a. Neoliberalismus und Globalisierung, Entwicklungskonzepte und -politik, Dritte-Welt-Bewegung sowie befreiungstheologische Rückeroberungen. *Info: Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, 48153 Münster, Tel. 0251/ 5247-38, Fax -88*

► **Die Arbeit des iz3w wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.**

Herausgeberin:

► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:

► Martina Backes, Silke Bellanger, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Susanne Fohler, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Thomas Hohner, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Christopher Vogel, Sigrid Weber, Heiko Wegmann.

Vertrieb für den Buchhandel:

► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:

► Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:

► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):

► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):

► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40 - 35 899 - 4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

Spenden:

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 246:

► (Druckfertige Vorlagen) 29.5.2000

ISSN 0933-7733

▸ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477

82/ 1/245/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg